

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## 9/11

*Carola Dietze*  
9/11 REVISITED

*Stefan Weidner*  
9/11 UND DAS ENDE  
„DES WESTENS“

*Hendrik Hegemann*  
FREIHEIT UND SICHERHEIT  
IN LIBERALEN DEMOKRATIEN  
NACH 9/11

*Rolf Tophoven*  
ISLAMISTISCHER  
TERRORISMUS SEIT 9/11

*Max Bergmann · James Lamond*  
DAS ENDE DER 9/11-ÄRA.  
ZUR ZUKUNFT DER  
US-AMERIKANISCHEN  
AUßENPOLITIK

*Katajun Amirpur · Ingrid Overbeck*  
9/11 UND DIE BEZIEHUNGEN  
ZWISCHEN DEN USA  
UND IRAN

*Thomas Ruttig*  
AFGHANISTAN  
2001 BIS 2021

## APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

# 9/11

## APuZ 28–29/2021

**CAROLA DIETZE**

**9/11 REVISITED**

Inwiefern hat sich der Blick auf 9/11 verändert? Die Antwort auf diese Frage ist nicht nur für die historische Verortung der Anschläge bedeutsam, sondern auch für das Verständnis des historischen Ortes, an dem wir heute stehen, sowie für den Umgang mit Terrorismus generell.

**Seite 04–13**

**STEFAN WEIDNER**

**9/11 UND DAS ENDE „DES WESTENS“**

Die Entwicklungen nach 9/11 haben die etablierten Konzepte „des Westens“ infrage gestellt. Das Ende „des Westens“ lässt sich aber auch als positive Nachricht verstehen. Was an ihm wirklich bewahrenswert war, ist inzwischen globalisiertes Allgemeingut geworden.

**Seite 14–20**

**HENDRIK HEGEMANN**

**FREIHEIT UND SICHERHEIT IN LIBERALEN DEMOKRATIEN NACH 9/11**

Im Zuge des „Kriegs gegen den Terror“ kam es ab 2001 in vielen Staaten zu einer Ausweitung der Sicherheitslogik auf immer neue gesellschaftliche und politische Bereiche. Nicht wenige der damals befristet eingeführten Maßnahmen wurden inzwischen verstetigt.

**Seite 22–28**

**ROLF TOPHOVEN**

**ISLAMISTISCHER TERRORISMUS SEIT 9/11**

Nach 9/11 zeigte sich die Bedrohung durch islamistisch motivierten Terrorismus in ständig veränderten Formen. Auf den internationalen Dschihad-Terrorismus von al-Qaida folgte die Entstehung des „Islamischen Staates“, der trotz seiner militärischen Niederlage gefährlich bleibt.

**Seite 29–34**

**MAX BERGMANN · JAMES LAMOND**

**DAS ENDE DER 9/11-ÄRA. ZUR ZUKUNFT DER US-AMERIKANISCHEN AUßENPOLITIK**

2020 endete die 9/11-Ära endgültig. Für die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik ist nicht mehr der „Krieg gegen den Terror“ bestimmend, sondern vor allem die Konkurrenz mit China. Was bedeutet dieses neue Kapitel für die Rolle der USA in der Welt?

**Seite 36–43**

**KATAJUN AMIRPUR · INGRID OVERBECK**

**9/11 UND DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN USA UND IRAN**

Für einen kurzen Moment nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gab es für die USA und Iran die Gelegenheit, die gegenseitigen Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Doch diese blieb ungenutzt. Eine Perspektive könnte die Erneuerung des Atomabkommens bieten.

**Seite 44–48**

**THOMAS RUTTIG**

**AFGHANISTAN 2001 BIS 2021**

Unter den Terroristen vom 11. September 2001 war kein einziger Afghane. Trotzdem wurde Afghanistan Hauptziel des US-geführten Gegenschlags. Während al-Qaeda weitgehend aus dem Land verdrängt wurde, stehen die Taliban kurz vor der Rückkehr an die Macht.

**Seite 49–54**

# EDITORIAL

Als sich am Abend des 11. September 2001 die Nacht über Manhattan und die zerstörten Türme des World Trade Centers legte, waren die Anschläge, die an diesem Tag fast 3000 Todesopfer gefordert hatten, nicht vorbei. Die Auswirkungen von „9/11“ sollten noch Jahre andauern und nicht nur die US-amerikanische Politik prägen. Der Schutz vor islamistisch motiviertem Terrorismus war bei fast allen nachfolgenden Wahlen in den USA und Europa wichtiges Wahlkampfthema und schlug sich in weitreichenden Sicherheitsgesetzen nieder. Die Angst vor ihm schürte islamfeindliche Ressentiments, und in der Außenpolitik vieler Staaten bestimmte lange Zeit der vom damaligen US-Präsidenten George W. Bush ausgerufenen *war on terror* die Agenda.

All dies hat in den demokratischen Gesellschaften „des Westens“ deutliche Spuren hinterlassen – mentale wie rechtliche. So gilt auch in Deutschland manche sicherheitspolitische Maßnahme, die vor 9/11 als rechtsstaatlich zweifelhaft bewertet worden wäre, heute als normal; manch temporär gedachtes Gesetz ist inzwischen in dauerhaftes Recht überführt. Darüber hinaus wurde der „Krieg gegen den Terror“ bisweilen mit Mitteln geführt, die mit „westlichen“ Werten unvereinbar sind. Wenn die USA und ihre Verbündeten im Herbst 2021 aus Afghanistan abgezogen sein werden, haben sie das Land nicht als strahlende Sieger verlassen.

Die eigenen Werte beschädigt, kulturelle Gräben vertieft, dazu die terroristische Bedrohung nicht gebannt – haben die Terroristen von 9/11 ihr Ziel also erreicht? Für eine abschließende Bewertung ist es auch 20 Jahre nach den Anschlägen noch zu früh. Erst allmählich sind in den vergangenen Jahren andere dringliche globale Herausforderungen (wieder) in den Vordergrund gerückt. Wie mit diesen umgegangen wird und ob es dabei gelingt, die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit (etwa vor Terrorismus, Klimaschäden oder Pandemien) zu halten, wird das historische Urteil über den 11. September 2001 mitbestimmen.

*Johannes Piepenbrink*

## ESSAY

## 9/11 REVISITED

Überlegungen zu zeitgenössischen Deutungen  
des 11. September 2001*Carola Dietze*

„Die Katastrophe, die am Morgen des 11. September 2001 das untere Manhattan in den Schlund der Hölle verwandelte, entfaltete sich in vier Schüben. (...) Es dauerte Stunden, bis man begann, das Ausmaß [der Ereignisse] zu begreifen; es dauert Tage, bis die von ihnen hervorgerufene abwehrende Starre nachlässt; es wird Monate – oder Jahre – dauern, um ihre Auswirkungen und Bedeutung zu ermessen.“ Mit diesen Worten antizipierten die Journalisten und Schriftsteller Hendrik Hertzberg, John Updike, Jonathan Franzen und Denis Johnson in einem Beitrag für die Zeitschrift „The New Yorker“, dass es Zeit benötigen würde, die Anschläge vom 11. September 2001 wirklich zu begreifen.<sup>01</sup> Das ist zweifellos richtig. 20 Jahre später hat sich der Blick auf die Anschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Arlington, Virginia, sowie den geplanten, aber verhinderten Anschlag auf das Kapitol oder das Weiße Haus in Washington, D. C., verändert. Die Frage, inwiefern das eigentlich genau der Fall ist, ist allerdings nicht einfach zu beantworten. Denn in den Tagen und Wochen nach dem 11. September gab es vielfältige Perspektiven auf diese Anschläge, und auch heute sind sie kaum auf einen Nenner zu bringen.

Grundsätzlich lässt sich die Frage, wie sich der Blick auf 9/11 verändert hat, in zwei Richtungen interpretieren. Zum einen kann man sie als Frage danach verstehen, welche der damaligen Einschätzungen Bestand haben und welche nicht. Was würde man heute ebenso beurteilen? Was sieht man anders? Will man solchen Fragen nachgehen, ist es zunächst notwendig, sich noch einmal genau an den 11. September 2001 zu erinnern: Wie wurden die Anschläge erlebt? Was waren die ersten Reaktionen? Und wie sind die Gewaltakte an diesem Tag und unmittelbar danach interpretiert worden? Zum anderen kann die Frage nach

der Veränderung des Blicks auch als Versuch aufgefasst werden, zu verstehen, welche Perspektiven in den vergangenen 20 Jahren hinzugekommen sind, weil sie sich überhaupt erst mit der Zeit eröffnen konnten. Dazu gehören Überlegungen über die realen Konsequenzen des Anschlags sowie solche, ob und inwiefern der Anschlag aus der Perspektive seiner Urheber wohl als erfolgreich gelten kann und muss. Auch 20 Jahre danach behalten Antworten auf diese Fragen einen vorläufigen Charakter, zumal in einem Essay wie diesem. Dessen ungeachtet ist es notwendig, diese Fragen zu stellen. Denn die Antworten, die wir auf sie geben, sind nicht nur für die historische Verortung der Anschläge vom 11. September 2001 bedeutsam, sondern auch für das Verständnis des historischen Ortes, an dem wir heute stehen, sowie für den Umgang mit terroristischen Anschlägen generell.

## PERSÖNLICHES ERLEBEN

Auf die Frage danach, wie die Anschläge am 11. September 2001 – auch fernab von New York und Washington – erlebt wurden, gibt es vermutlich ebenso viele Antworten wie Zeitgenossen, die das Geschehen bewusst erlebt haben. Denn ähnlich wie die Ermordung John F. Kennedys oder der Fall der Berliner Mauer gehören die Anschläge in die Kategorie von Ereignissen, denen man unmittelbar und völlig spontan eine besondere Bedeutung zuschreibt, sodass man noch Jahre später genau weiß, wo man war und was man tat, als man von dem Geschehen erfuhr. Nehmen wir ein Fallbeispiel, das ich besonders gut kenne: mein eigenes.

Nicht nur in New York, auch in Göttingen war der 11. September 2001 ein strahlend schöner Tag mit tiefblauem Himmel. Ich hatte damals kei-

nen Fernseher und saß im Studentenwohnheim über meinen Büchern, als mein Nachbar kurz vor drei Uhr nachmittags energisch an die Tür klopfte: „Schau mal, was in New York los ist.“ Alarmiert von seinem Ton folgte ich ihm sofort beschleunigten Schrittes in seine Wohnung, wo wir beide starr vor dem Bildschirm seines Fernsehers stehenblieben und mitverfolgten, wie ein Flugzeug direkt in das World Trade Center flog. Ein Turm brannte bereits. Mir kroch es kalt den Rücken hinunter. Wir rätselten beide, wer oder was genau hinter den Anschlägen stecken könnte und welche Konsequenzen zu erwarten seien. Krieg? Aber gegen wen? Da ich einen Termin hatte, musste ich mich bald vom Fernseher losreißen. Mit dem Fahrrad fuhr ich in die Innenstadt, sie war menschenleer; in einem Geschäft, das ich betrat, war ich die einzige Kundin. Das Personal hatte einen Fernseher an die Kasse gestellt und verfolgte die Bilder aus New York. Wir tauschten Mutmaßungen über ihre Bedeutung aus. Dann fuhr ich weiter zum Max-Planck-Institut für Geschichte, wo im Hauptgebäude gerade eine Tagung zum Thema „Politische Gewalt“ stattfand. Die Organisatoren hatten die Veranstaltung unterbrochen und irgendwo im Institut einen Fernseher aufgetrieben. Die Tagungsteilnehmer saßen zusammen mit dem Institutspersonal davor versammelt.

Mein Kollege hatte ebenfalls vom Anschlag in New York erfahren, und wir fragten uns, ob wir uns auch ins Hauptgebäude zu den anderen vor den Fernseher setzen sollten. Nach einem kurzen Austausch entschieden wir uns dagegen und beschlossen, zu arbeiten. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war das Gefühl, dass wir – sobald wir unsere Normalität zugunsten der Fernsehübertragung aus New York aufgaben und zum Publikum des Anschlags wurden – genau das tun würden, was diejenigen, die den Anschlag geplant und verübt hatten, von uns erwarteten. Damit würden wir den Absichten und dem Kalkül der Attentäter entsprechen, eine uns zuge dachte Rolle ein- und annehmen und in diesen Anschlag hineingezogen werden. Dagegen hat sich in mir alles gesträubt. Deshalb setzten wir uns beide an unsere Rechner und arbeiteten weiter. Für den Abend hatte ich geplant, mit dem Auto von Göttingen nach Lüneburg mitzufahren. Un-

terwegs stellte sich heraus, dass die Autobahnabfahrten von der Militärpolizei der Bundeswehr, den Feldjägern, gesperrt worden waren, um den Truppenübungsplatz Munster abzuriegeln. Nur über weiträumige Umwege kamen wir ans Ziel. All dies objektivierte den Eindruck einer akuten Bedrohungslage. Worin diese Bedrohung genau bestehen konnte, war aber nach wie vor unklar.

Diese Erfahrungen und unmittelbaren Reaktionen sind in mancher Hinsicht typisch, in anderer nicht. Jede Person, die von den Anschlägen erfuhr, begriff sofort, dass die Vorgänge in den USA eine große, kaum zu überblickende Tragweite hatten. Zugleich herrschte allerorten Verunsicherung und Ratlosigkeit mit Blick auf die Bedeutung des Geschehens: Aufgrund der wenigen Indizien, die es gab, versuchten alle, ich eingeschlossen, die Hintergründe der Gewaltakte zu verstehen und zu deuten, nicht zuletzt, um mögliche Konsequenzen für die Zukunft abschätzen zu können. Wenn ich die Anschläge in einer ersten Assoziation palästinensischen Terrorgruppen zuschrieb, schloss ich lediglich aus dem Erfahrungsraum der Vergangenheit. Mein Nachbar hatte diese Zuschreibung gleich infrage gestellt: „Warum sollten palästinensische Gruppen Ziele in New York angreifen und auf diese Weise die USA als Vermittler im Konflikt mit Israel verprellen?“ So war die Bedrohungslage zwar intensiv gefühlt, aber in der Sache völlig ungewiss – die Deutung des Geschehens also noch ganz offen. Dass dies nicht nur für Privatpersonen galt, zeigt die Abriegelung eines Truppenübungsplatzes in der Lüneburger Heide anlässlich terroristischer Angriffe in über 6000 Kilometern Entfernung.

#### UNMITTELBARE DEUTUNGEN IN POLITIK UND MEDIEN

Fragt man danach, wie die Anschläge am 11. September 2001 in den darauffolgenden Tagen und Wochen in Politik und Presse kommentiert und interpretiert wurden, fällt ins Auge, dass die tiefe Verunsicherung durch die Gewaltakte selbst und ihre Deutung sowie die Ungewissheit angesichts der möglichen Reaktionen darauf fast ubiquitär waren und sogar anhielten, nachdem die Frage der Urheberschaft geklärt war. Dieser Eindruck von Ungewissheit und Verunsicherung war so augenfällig, dass er vielfach thematisiert wurde. Geradezu legendär wurde die Aussage eines hochrangigen Mitarbeiters des National Security

01 Hendrik Hertzberg et al., *The Talk of the Town: Tuesday, and After*, in: *The New Yorker* 77/2001, S. 27.

Council gegenüber der „Washington Post“: „Wir wissen hier gar nichts. Wir schauen auch CNN“ („We don't know anything here. We're watching CNN too“).<sup>02</sup> Die Stille und Leere nach dem Anschlag, der Mangel an validen Antworten und Deutungen, selbst bei den zuständigen Sicherheitsbehörden, standen in einer schwer auszuhaltenden Spannung zur unübersehbaren Bedeutung des Geschehens.

US-Präsident George W. Bush hielt sich zur Zeit der Anschläge in einer Grundschule in Sarasota, Florida, auf. Als er darüber informiert wurde, dass ein Flugzeug in einen Turm des World Trade Centers geflogen war, war seine erste Vermutung, dass es sich um einen Fehler des Piloten gehandelt haben müsse. Bush saß vor einer Schulklasse, als ihm der Stabschef des Weißen Hauses um 9.05 Uhr zuflüsterte: „Ein zweites Flugzeug traf den zweiten Turm. Amerika wird angegriffen.“ Er blieb noch einige Minuten im Klassenraum, während die Kinder vor ihm weiterlasen, wurde dann in einem Nebenraum informiert und anschließend auf eine Air-Force-Basis nach Nebraska evakuiert. Die Videokonferenz mit seinen Beratern begann Bush mit den Worten „Wir sind im Krieg.“<sup>03</sup> Die Staatenlenker vieler Nationen pflichteten ihm bei; Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärte tags darauf im Bundestag: „Die gestrigen Anschläge in New York und Washington sind nicht nur ein Angriff auf die Vereinigten Staaten von Amerika; sie sind eine Kriegserklärung gegen die gesamte zivilisierte Welt.“<sup>04</sup>

Doch warf die Deutung der Anschläge als Kriegshandlung auch neue Fragen auf. So formulierte der Journalist Anthony Lewis in der „New York Times“: „Sollte dies ein Krieg sein, unterscheidet er sich erheblich von dem am besten in Erinnerung gebliebenen Angriff auf Amerika. Pearl Harbor war so klar. (...) Niemand konnte daran zweifeln, wer der Feind war oder wie Amerika zu reagieren hatte. Genau das sind jetzt die Zweifel. Keiner von uns kann so tun, als wüsste er genau, wie er mit dieser neu entdeckten Bedrohung durch einen groß angelegten, hoch ent-

wickelten Terrorismus umgehen soll.“<sup>05</sup> Die Unklarheit der Bedrohungssituation und die Frage, wie mit ihr umzugehen sei, waren demnach nicht zu unterschätzende Bestandteile des Bedrohungsszenarios, auch wenn es als Krieg interpretiert wurde.

Auffällig ist, wie stark die Anschläge sofort in historischen Kategorien gedeutet wurden. Politiker und Kommentatoren aus unterschiedlichen Ländern und politischen Lagern betonten unisono das Neue, das Präzedenzlose. Doch worin genau bestand jeweils dieses Neue? Neu waren ihnen zufolge zunächst die Form der Gewalt sowie ihre Urheber. So war in der „Zeit“ vom „größte[n] Terroranschlag der Geschichte“ die Rede,<sup>06</sup> und Anthony Lewis sprach von der „neu entdeckten Bedrohung durch groß angelegten, hoch entwickelten Terrorismus“.<sup>07</sup> Maureen Dowd von der „New York Times“ stellte fest: „Wir sind aufgerüttelt worden von der Erkenntnis, dass die intelligenten Raketen, die wir in Desert Storm [im Irak-Krieg 1991] gesehen haben, zwar Schornsteine hinunter gelenkt werden, uns aber nicht vor einer Handvoll Typen mit Teppichmessern und Plastikmessern schützen können.“ Dazu zitierte sie den ehemaligen Senator Pat Moynihan, der seit Langem als Kritiker des US-Auslandsgeheimdienstes CIA bekannt war, mit der Überlegung, dass Washington sich immer über Interkontinentalraketen gesorgt habe, „während wir eine ganz neue Art von Bedrohungslage hatten, nämlich die erbitterte und ungelöste islamische Gegnerschaft angesichts der jahrhundertelangen Vorherrschaft des Westens“.<sup>08</sup> Neu waren diesen Kommentatoren zufolge auch die ausgefeilte Planung sowie die Tatsache, dass die Täter die Anschläge in den USA selbst vorbereitet und bei der Ausführung auf einfachste Mittel gesetzt hatten. Kurz: Es handelte sich um einen neuen Feind mit neuen Motiven und Methoden.

Neu war aus der Sicht amerikanischer Kommentatoren zudem die Wirkung: „Wir alle werden für immer von diesem Tag gezeichnet sein. Terror ist das, was die Angreifer hervorrufen woll-

**02** Zit. nach Alexander Cockburn, *The Next Casualty: Bill of Rights?*, in: *Los Angeles Times*, 13. 9. 2001, S. B9.

**03** Vgl. National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States, *The 9/11 Commission Report*, New York–London 2004, S. 35, S. 38, S. 325f.

**04** Deutscher Bundestag, *Plenarprotokoll 14/186*, Berlin, 12. 9. 2001, S. 18293.

**05** Anthony Lewis, *A Different World*, in: *The New York Times*, 12. 9. 2001, S. A27.

**06** Hans Kammertöns et al., *Der Terrorpilot von Flug 011*, in: *Die Zeit Extra, Die Welt zwischen Terror und Krieg*, 17. 9. 2001, S. 8.

**07** Lewis (Anm. 5).

**08** Maureen Dowd, *The Modernity of Evil*, in: *The New York Times*, 16. 9. 2001, S. WK11.



11. September 2001: US-Präsident George W. Bush in der Emma Booker Elementary School in Sarasota, Florida, kurz nachdem er über den Anschlag auf das World Trade Center in New York informiert wurde.

Quelle: picture alliance/Eric Draper – White House via CNP



12. September 2001: Schlagzeilen deutscher Zeitungen.

Quelle: picture alliance/dpa, Werner Baum

ten, und sie waren erfolgreich. Sie haben nicht nur Tod und Zerstörung über Symbole der amerikanischen wirtschaftlichen und politischen Macht gebracht. Sie haben gezeigt, wie verwundbar die einzige Supermacht der Welt ist: wie unvollkommen unsere Flughafensicherheitsysteme sind, wie ungeschützt selbst unser militärisches Hauptquartier.“<sup>09</sup> Die beiden zentralen Elemente dieser Analyse – Angst und Verletzlichkeit – finden sich in ähnlicher Weise auch in vielen weiteren Kommentaren. Der Kulturwissenschaftler Todd Gitlin wurde in der „Los Angeles Times“ mit der Einschätzung zitiert, dass „die Attacken offensichtlich einen schweren Schlag für die nationale Psyche“ bedeuten, deren Nachhall „wahrscheinlich kompliziert“ werden wird.<sup>10</sup> Als Taktik zielt Terrorismus auf eine psychische Reaktion beim Publikum, und die zitierten Medienreaktionen belegen, dass die Anschläge am 11. September solche Reaktionen „erfolgreich“ hervorgerufen haben.

Das Neue der Gewalt, ihrer Urheber und ihrer Wirkung brachte amerikanischen Kommentatoren zufolge schlagartig ein neues Lebensgefühl mit sich: „Wir leben heute in einem anderen Amerika als noch vor letztem Dienstag“, schrieb etwa der Journalist Frank Rich in der „New York Times“. Und weiter: „Der Albtraum dieser Woche, so viel ist nun klar, hat uns aus einem frivolen, wenn nicht gar dekadenten, jahrzehntelangem Traum geweckt, auch wenn er uns in eine ungewisse Zukunft stürzt, mit der wir nie gerechnet hatten. Der Traum war einfach – dass wir alles haben könnten, ohne einen Preis dafür zahlen zu müssen (...). Dieses fette, tagträumende Amerika ist jetzt weg, weit weg (...), so verdampft wie der Glaube, dass High-Tech-Überwachung und Waffen uns sicher halten würden.“<sup>11</sup> Rich zufolge war das neue Lebensgefühl durch Verluste charakterisiert: Die unbeschwerte Reise- und Bewegungsfreiheit gehöre ebenso der Vergangenheit an wie die Illusion, die Welt gezähmt zu haben und ohne Konsequenzen handeln zu können.

Der Verlust lang gehegter Illusionen wurde mitunter in geradezu biblischem Sinne als selbstkritischer Erkenntnisprozess gefasst. So

schrieb der Filmkritiker Richard Corliss: „Es war einmal‘ ist für viele Amerikaner jene Zeit vor 8.48 Uhr am 11. September 2001. Wir lebten in einer Art Disneyland-Festung, einem Land mit enormen natürlichen und wirtschaftlichen Ressourcen, mit befreundeten Nationen nördlich und südlich von uns und schützenden Ozeanen auf beiden Seiten. Wir weilten in einem Eden der Unschuld oder was man dafür halten kann. (...) Wir dachten nicht, dass wir jemals in einer Stimmung nervöser Angst leben würden, auf der Hut vor jedem plötzlichen Geräusch, jedem Flugzeug über uns, einem Fremden, der auf uns zugeht. (...) Jetzt wachen wir in dem Alptraum auf, den Dutzende von Millionen Unschuldiger weit entfernt jeden Moment erleben. Der 11. September war der Tag, an dem wir dem Rest der Welt beigetreten sind. Der wirklichen Welt.“<sup>12</sup>

Dieses „Erwachen“ in der Realität historischer Normalität begriffen Journalisten und Kommentatoren innerhalb und außerhalb der USA weitgehend einhellig als einen historischen Moment, als Anbruch einer neuen Zeit. Der „Zeit“-Journalist Gunter Hofmann konstatierte, „dass mit den Anschlägen in New York und Washington eine Epoche zu Ende gegangen ist“, und zitierte das Diktum des britischen Historikers Timothy Garton Ash vom „wahren Anfang des 21. Jahrhunderts“.<sup>13</sup> Der Journalist und Schriftsteller Fareed Zakaria brachte die Tragweite des als historisch gesehenen Moments am eindrücklichsten auf den Punkt, als er in der Zeitschrift „Newsweek“ schrieb: „Historiker werden sicher sagen: ‚Das war die Woche, in der sich Amerika veränderte.‘ (...) Dies ist sicherlich das Ende vom Ende der Geschichte (...).“<sup>14</sup> Zakaria zufolge lag die historische Bedeutung des 11. September 2001 nicht in der Gewalt, sondern in den psychischen Reaktionen, die die Anschläge ausgelöst hatten, sowie den Interpretationen und Neuverortungen, die – ungeachtet aller Ungewissheiten – umgehend vorgenommen wurden.

Überblickt man diese exemplarisch ausgewählten Kommentare, fanden sich die Erfahrungen und Interpretationen des Neuen auf ganz un-

**09** Lewis (Anm. 5).

**10** Reed Johnson, Will War on Terrorism Define a Generation? Historians Ponder to What Extent the Attacks Will Be a True Turning Point for Society, in: Los Angeles Times, 23.9.2001, S. E1.

**11** Frank Rich, The Day Before Tuesday, in: The New York Times, 15.9.2001, S. A23.

**12** Richard Corliss, Old Feelings in the New World, 24.9.2001, <http://content.time.com/time/arts/article/0,8599,176135-1,00.html>.

**13** Gunter Hofmann, Vernünftige Ohnmacht, in: Die Zeit Extra, Die Welt zwischen Terror und Krieg, 17.9.2001, S. 3.

**14** Fareed Zakaria, The End of the End of History, in: Newsweek 138/2001, S. 70.

terschiedlichen Ebenen wieder: auf den Ebenen der Gewalt, ihrer Urheber und Motive sowie der Wirkung der Anschläge, die weit über die Grenzen der USA hinaus Gefühle der Beklommenheit, der Angst und der Verletzlichkeit auslösten, ebenso auf den Ebenen des Lebensgefühls sowie der persönlichen, innen- und außenpolitischen Sicherheit und Kontrolle, ja, der erhabenen nationalen Souveränität und Ausnahmestellung in der Welt. Aus diesen Gründen schienen die Anschläge vielen Kommentatoren eine historische Zäsur zu bilden.

### UNTERSCHIEDLICHE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Aus den Deutungen der unterschiedlichen Dimensionen des Neuen konnten im Rahmen damaliger Erwartungshorizonte ganz verschiedene Erwartungen an die Zukunft folgen und unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen werden. Genau das ist auch geschehen. Ausgehend von dem Gedanken, dass man es mit einer neuen Form von Gewalt, neuen Urhebern und neuen Formen der Bedrohung für die innere Sicherheit zu tun habe und dass die Sicherheitssysteme versagt hatten, war es eine naheliegende Sichtweise, dass im Bereich der inneren Sicherheit Handlungsbedarf bestand und nachgerüstet werden müsse. „Spätestens seit dem 11. September 2001 muss klar sein, dass sich kein Land der Erde auf den Lorbeeren ausruhen kann, die es in der Vergangenheit beim Kampf gegen den Terrorismus erworben hat – mögen die Erfolge noch so groß gewesen sein“, formulierte beispielsweise der Terrorismusforscher Bruce Hoffman. „In der Vergangenheit haben wir uns gern eingeredet, der Terrorismus zähle zu unseren weniger ernstesten und komplexen Sicherheitsproblemen. Das können wir uns nun endgültig nicht mehr erlauben.“<sup>15</sup>

Was das neue Lebensgefühl in den USA betraf, zielten die Erfahrungen und Erwartungen der Umorientierung auf verschiedene Bereiche der Gesellschaft. So schrieb die „Time“-Journalistin Nancy Gibbs: „Wir werden uns einfach an etwas gewöhnen müssen, was wir noch nie gesehen haben: den regelmäßigen Anblick von Soldaten auf unseren Straßen, an den Flughäfen, in den

Einkaufszentren.“<sup>16</sup> Fared Zakaria hingegen erwartete einen globalen Ausbau von Sicherheitsstaaten: „Überall auf der Welt werden wir erleben, dass Regierungen mächtiger, zudringlicher und wichtiger werden. Das mag Bürgerrechtlern und Menschenrechtsaktivisten nicht gefallen, aber es wird keine Rolle spielen. Der Staat ist zurück, und zwar aus dem ältesten Hobbes'schen Grund – der Gewährleistung von Sicherheit.“<sup>17</sup> Der politische und gesellschaftliche Schulterschluss mit dem Ziel der Landesverteidigung und eine Zunahme der Bedeutung und der Sichtbarkeit von Militär und Sicherheitsdiensten – nach außen wie im Innern – waren beobachtete und erwartete Folgen der Anschläge.

Auch aus dem Verlust der Illusion der Uneinnehmbarkeit konnten unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen werden. Einige Kommentatoren waren der Auffassung, dass die USA sich nach dieser Katastrophe notwendigerweise der Welt stärker zuwenden müssten und würden. So stellte Zakaria fest: „Für die Amerikaner schien Sicherheit ein Geburtsrecht zu sein. Infolgedessen hatte Amerika während des letzten Jahrhunderts das Gefühl, dass Außenpolitik eine Frage der Wahl und nicht der Notwendigkeit war. Wir haben uns stark in der Welt engagiert, aber wir haben uns auch aus ihr zurückgezogen, wenn wir es wollten. In unserer Diplomatie und in unseren Allianzen gingen wir davon aus, dass die Welt uns mehr braucht als wir sie brauchen. Das ist vorbei.“<sup>18</sup> Die Erkenntnis gegenseitiger Angewiesenheit ging einher mit dem Imperativ, hinzusehen und sich zu kümmern, wie Anthony Lewis schrieb: „Nach dem 11. September wurde von vielen gesagt, dass sich unsere Welt unwiderruflich verändert hat. (...) Es ist in der Tat eine andere Welt, eine, in der die Vereinigten Staaten und der Westen sich darum sorgen müssen, was an so weit entfernten Orten wie, nun ja, Afghanistan passiert. Verzweifelte Bevölkerungen klopfen an unsere Türen und bedrohen unseren Lebenskomfort. Wir müssen uns darum kümmern.“<sup>19</sup> In dieser Deutung sollten die Anschläge vom 11. September als Warnsignal dienen, sich der Welt

<sup>16</sup> Nancy Gibbs, *What Comes Next?*, in: *Time*, 8. 10. 2001, S. 22.

<sup>17</sup> Zakaria (Anm. 14).

<sup>18</sup> Ebd.

<sup>19</sup> Anthony Lewis, *The Inescapable World*, in: *The New York Times*, 20. 10. 2001, S. A23.

<sup>15</sup> Bruce Hoffman, *Neue Härte, langer Atem*, in: *Die Zeit Extra, Die Welt zwischen Terror und Krieg*, 17. 9. 2001, S. 6.

zuzuwenden, sie als interdependent und vernetzt zu verstehen sowie die globalen Wirtschafts- und Umweltprobleme anzugehen, um weiteren Angriffen und Konflikten vorzubeugen.

Eine andere Schlussfolgerung war Krieg. Die Bush-Administration hatte die Anschläge umgehend als Kriegshandlungen bezeichnet. Diese Sprache nahmen anfänglich nur wenige Kommentatoren in den USA auf. Eine von ihnen war die Juristin und Journalistin Ann Coulter. Unter Bezug auf den Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland schrieb sie bereits am 13. September 2001 im „National Review Online“: „Wir brauchen keine langen Untersuchungen der forensischen Beweise, um mit wissenschaftlicher Genauigkeit die Person oder Personen zu bestimmen, die diesen speziellen Angriff befohlen haben. Wir brauchen keine ‚internationale Koalition‘. Wir brauchen keine Studie über ‚Terrorismus‘. Wir brauchen ganz sicher keine Resolution des Kongresses, die den Angriff in dieser Woche verurteilt. (...) Es ist absurd, anzunehmen, dass jeder Passagier ein potenziell durchgeknallter mörderischer Verrückter ist. Wir wissen, wer die gemeingefährlichen Verrückten sind. Sie sind diejenigen, die gerade jetzt jubeln und tanzen. Wir sollten in ihre Länder einmarschieren, ihre Führer töten und sie zum Christentum bekehren. Wir waren nicht zimperlich bei der Suche und Bestrafung Hitlers und seiner Top-Offiziere. Wir haben deutsche Städte mit Flächenbombardierungen überzogen, wir haben Zivilisten getötet. Das war Krieg. Und dies ist ein Krieg.“<sup>20</sup>

Die Auffassung, dass der Krieg als Antwort moralisch legitimiert sei, wurde auch von anderen Kommentatoren geteilt. So stellte Maureen Dowd in der „New York Times“ mit Blick auf den Afghanistan-Krieg fest: „Dies ist der erste Krieg seit dem Zweiten Weltkrieg, der persönlich ist. Der Vietnamkrieg beruhte auf der Domino-Theorie und zog sich hin, weil [US-Präsident] Lyndon Johnson und [Verteidigungsminister] Robert McNamara ihr Gesicht nicht verlieren wollten. Bei Desert Storm ging es darum, unsere Benzinspreise niedrig zu halten. Aber dieses Mal haben sie den Krieg zu uns gebracht, und jetzt geht es darum, dass wir uns selbst und unsere Lebensweise schützen. (...) Wenn die Vereinigten Staaten jemals ein historisches Gedächtnis brauchten,

dann gerade jetzt. Dies ist nicht irgendein Krieg, sondern ein gerechter Krieg.“<sup>21</sup> Andere beschrieben den Krieg eher als ein nicht zu leugnendes Faktum, ohne ihn explizit zu werten: „Die Vereinigten Staaten befinden sich im Kriegszustand, auch wenn unklar ist, um was für eine Art Krieg es sich handeln wird,“ schrieb etwa der Philosoph Richard Rorty in der „Zeit“.<sup>22</sup>

Eine verbreitete Erwartung war, dass es sich dabei um eine neue Form des Krieges handeln würde. So kündigte Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in der Sendung „Fox News Sunday“ an: „Es ist eine neue Art von Krieg“, und er fügte hinzu: „Es wird politisch, wirtschaftlich, diplomatisch und militärisch sein. Es wird unkonventionell sein, was wir tun.“<sup>23</sup> Nicht wenige Kommentatoren beschäftigte zudem die Frage, ob es eine neue Lagerbildung analog zu der des Kalten Krieges geben würde. So hieß es im „Spiegel“: „Die Freudentänze der Palästinenser auf den Straßen Ostjerusalems, die Sieges-Partys von Muslimen in Brüssel wie in Berlin, in Kabul oder Islamabad, weisen auf einen neuartigen Ost-West-Konflikt“,<sup>24</sup> während der Journalist Bill Keller in der „New York Times“ überlegte: „Ich bin mir nicht sicher, ob der erklärte Krieg gegen den Terror auf einen neuen Kalten Krieg hinausläuft. Der Krieg gegen den Kommunismus hatte ein definierbares Ende, während die Beendigung des Terrorismus ein Ziel ohne Ziellinie ist. (...) Wenn wir es ernst meinen, ist dies einer jener Konflikte, die die Welt neu ausrichten können. Wie der Kalte Krieg wird auch dieser, solange er andauert, eine Anziehungskraft auf alles ausüben. Er wird bestimmen, wer unsere Freunde sind, unsere Prioritäten revidieren und die Elastizität unserer Ideale testen.“<sup>25</sup> Solche Überlegungen standen noch ganz unter dem Eindruck des Kalten Krieges und schrieben diese Erfahrungen fort.

Doch gab es umgehend auch skeptische Stimmen sowie kritische und warnende Kommentare in Bezug auf so gut wie alle Ebenen der Deu-

<sup>20</sup> Ann Coulter, This Is War. We Should Invade Their Countries, 13.9.2001, [www.nationalreview.com](http://www.nationalreview.com).

<sup>21</sup> Maureen Dowd, These Spooky Times, in: The New York Times, 31.10.2001, S. A15.

<sup>22</sup> Richard Rorty, Die Militarisierung Amerikas, in: Die Zeit Extra, Die Welt zwischen Terror und Krieg, 17.9.2001, S. 21.

<sup>23</sup> Zit. nach Todd S. Purdum, Bush Warns of a Wrathful, Shadowy and Inventive War, in: New York Times, 17.9.2001, S. A2.

<sup>24</sup> Carolin Emcke et al., „Wir werden zurückschlagen“, in: Der Spiegel, 15.9.2001, S. 16–25.

<sup>25</sup> Bill Keller, The 40-Year War, in: The New York Times, 6.10.2001, S. A23.

tungen und Schlussfolgerungen. Die eingangszitierten Journalisten und Schriftsteller Hertzberg, Updike, Franzen und Johnson beispielsweise warnten davor, den Begriff des Krieges für die Anschläge vom 11. September zu verwenden. Dabei stellten sie die Dimension des Geschehens ausdrücklich nicht infrage. Doch sahen die vier Autoren gute Gründe dafür, andere Worte zu wählen: „Mit wachsender Heftigkeit haben Beamte vom Präsidenten an abwärts die blutigen Taten als Kriegshandlungen bezeichnet. Aber solange sich nicht herausstellt, dass eine ausländische Regierung die Operation geleitet hat (oder zumindest ihren Umfang im Detail und im Voraus gekannt und gebilligt hat), ist das ein Kategorienfehler. Die Metapher des Krieges – und es handelt sich hier mehr um eine Metapher als um eine Beschreibung – schreibt den Tätern eine Würde zu, die sie nicht verdienen, einen Status, den sie nicht beanspruchen können, und eine Stärke, die sie nicht innehaben. Schlimmer noch, sie verweist auf eine Reihe von Reaktionen, die sich als sinnlos oder kontraproduktiv erweisen könnten.“ Und sie folgerten daraus die Frage: „Wie geht man mit ‚massiven militärischen Maßnahmen‘ gegen die Infrastruktur einer staatenlosen, verteilten und aufgeteilten ‚Armee‘ von fünfzig oder zehnmal fünfzig Mann vor, deren Waffen Mietwagen, Kreditkarten und Flugtickets sind?“<sup>26</sup>

Diese Argumente sind nicht von der Hand zu weisen. Terroristen sehen sich selbst gern als Soldaten in einem Krieg, weil diese Begriffe ihnen vermeintlich die offizielle Legitimation verleihen, die ihnen gerade fehlt. Man sollte ihnen nicht den Gefallen tun, ihre Begrifflichkeit zu übernehmen. Anstelle des Begriffs „Krieg“ schlugen Hertzberg, Updike, Franzen und Johnson vor, die Anschläge als „Verbrechen“ zu bezeichnen und entsprechend als Kriminalität zu behandeln. In Deutschland formulierte der SPD-Politiker Erhard Eppler diese Argumente in analoger Weise im „Spiegel“: „Die 19 [Täter] waren keine Soldaten, keinem Staat verpflichtet. Sie waren Teil eines privat finanzierten Netzwerks. (...) Solange wir vom Krieg gegen den Terrorismus reden, bekommen wir wichtige Aufgaben gar nicht in den Blick. Daher schlage ich vor, den Terror als die für uns gefährlichste Form privatisierter und kommerzialisierter Gewalt zu be-

kämpfen.“<sup>27</sup> Mit der Bezeichnung der Täter als Kriminelle, ihrer Verfolgung durch Polizei und Geheimdienste sowie ihrer Verurteilung durch Gerichte erweist sich der angegriffene Staat als legitimer Rechtsstaat, zudem verleiht man den Tätern weniger Aura und Märtyrerstatus und kann das privatisierte Gewalthandeln besser durchleuchten und für die Zukunft verhindern.

Schließlich gab es auch Kommentatoren, die die Interpretation vom Anbruch einer neuen Zeit, vom historischen Moment oder vom Wendepunkt früh relativierten. Die „Los Angeles Times“ etwa zitierte den Historiker Arthur Schlesinger Jr. mit den Worten „Ich denke, dieses Gerede von einer neuen historischen Epoche ist völlig überzogen. (...) Wir bewegen uns jetzt in einen Zustand hinein, in dem sich der Rest der Welt bereits befindet.“<sup>28</sup> Auch Eppler äußerte sich historischen Superlativen gegenüber skeptisch: „Dass dieses Jahrhundert nur eines des Terrors sein könne, ist höchst zweifelhaft. Aber zumindest seine ersten Jahrzehnte dürften geprägt sein von entstaatlichter, privatisierter, kommerzialisierter und oft auch krimineller Gewalt. Dafür steht der 11. September 2001.“<sup>29</sup> Andere wiederum stellten fest, dass der internationale Terrorismus „ja keine neue Entdeckung für die Bundesrepublik“ sei und verwiesen etwa auf den Anschlag auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen 1972 in München durch die palästinensische Organisation Schwarzer September.<sup>30</sup>

## WAS IST GEBLIEBEN? EIN ZWISCHENFAZIT

Etwa 20 Jahre später endet der Afghanistan-Einsatz. Die 2001 begonnene, von der NATO geführte Mission der International Security Assistance Force (ISAF), die 2015 mit der kleineren Ausbildungsmission „Resolute Support“ eine Fortsetzung fand, geht zu Ende. „Bittere Lehren aus Afghanistan“ titelt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ Anfang Juli anlässlich der Rückkehr der

<sup>27</sup> Erhard Eppler, Weder Krieg noch Frieden, in: Der Spiegel, 8.10.2001, S. 56–59, hier S. 59.

<sup>28</sup> Zit. nach Johnson (Anm. 10).

<sup>29</sup> Eppler (Anm. 27), S. 56.

<sup>30</sup> So Michael Naumann/Matthias Geis im Interview mit Verteidigungsminister Rudolf Scharping: Natürlich ist die Antwort militärisch, in: Die Zeit Extra, Die Welt zwischen Terror und Krieg, 17.9.2001, S. 4.

<sup>26</sup> Hertzberg et al. (Anm. 1).

letzten Bundeswehrsoldaten und kommentiert: „Osama Bin Laden ist tot, aber Al-Qaida gibt es in Afghanistan immer noch, heute auch den IS. Und die Taliban haben gute Chancen, demnächst die Inseln der Aufklärung zurückzuerobern, die im Schutz der internationalen Truppen entstanden sind.“<sup>31</sup> Inwiefern verändern solche Erfahrungen den Blick auf die Anschläge vom 11. September 2001? Inwiefern hat sich in dieser Zeit die Perspektive auf 9/11 verändert?

Diese Frage ist umso wichtiger, weil terroristische Anschläge nicht mit dem Ende der Gewaltausübung und ihren unmittelbaren Folgen enden. Die Taktik des Terrorismus ist ein Spezialfall der Provokation, ein absichtlich herbeigeführter überraschender Normbruch, „der den anderen in einen offenen Konflikt hineinziehen und zu einer Reaktion veranlassen soll, die ihn, zumal in den Augen Dritter, moralisch diskreditiert und entlarvt“, so der Soziologe Rainer Paris.<sup>32</sup> Eine Provokation führt den Mächtigen vor und bestreitet seine Legitimität. Dabei geht der Provokateur indirekt vor: Der andere soll sich angegriffen fühlen, um seinerseits anzugreifen, denn der Provokateur will dafür sorgen, dass der andere sich möglichst selbst in Misskredit bringt. Die Reaktionen sind folglich Teil des Kalküls von Provokationen.<sup>33</sup> Dabei sind zielführende Reaktionen schwer. Denn eine Provokation setzt unter Zugzwang, sie ahnden oder hinnehmen zu müssen. Beides – der Einsatz von Gewalt wie auch die Offenbarung von Ohnmacht – gefährdet die Legitimität der Macht und bestätigt den Provokateur. Überdies polarisiert die emotionale Aufladung der Situation das Publikum und schafft Solidaritätswänge, die wiederum leicht Radikalisierungen nach sich ziehen.<sup>34</sup> Terrorismus ist eine extreme Ausprägung dieser Form des Handelns. Deshalb sind Reaktionen als Teil des Kalküls terroristischer Anschläge einzubeziehen, wenn man mit Blick auf einen terroristischen Anschlag Bilanz ziehen will – und sei es auch nur eine vorläufige Zwischenbilanz.

Was bedeutet das für den Blick auf die Anschläge vom 11. September 2001? Zunächst gilt es,

die Verunsicherung durch die Gewalt und die Unsicherheit und Ungewissheit mit Blick auf mögliche Deutungen und Reaktionen nicht zu übergehen, sondern ernst zu nehmen. Zwar war die Gewalt dieser Anschläge in einer Weise geplant und ausgeführt, die Botschaften transportierte. Doch waren diese Botschaften keineswegs eindeutig, sondern in einem hohem Maße deutungs offen und interpretationsbedürftig. Solche Deutungen und Interpretationen sind Teil der Reaktion. Darin liegt ein nicht zu unterschätzendes Machtpotenzial für Gesellschaft, Politik und Medien, das mit Bedacht genutzt werden kann. Die Anschläge vom 11. September mussten nicht notwendig als Kriegshandlung oder Eröffnung eines Krieges betrachtet werden. Sie hätten auch als kriminelles Verbrechen definiert werden können, wie auch schon einige Zeitgenossen wussten und vorschlugen.

Deutungen des Anschlags in historischen Kategorien sind ebenfalls nicht unproblematisch. Im Falle von 9/11 schrieben sie der Gewalt eine Macht über die Gesellschaft zu, die in anderen Zusammenhängen kaum denkbar wäre. Zwar waren solche Deutungen aus der Situation heraus verständlich, denn sie schienen von der Absicht getragen, die außergewöhnlichen und nur schwer fassbaren Gewaltakte in historische Dimensionen zu übersetzen, um ihnen gerecht zu werden. Doch darf man dabei nicht außer Acht lassen: Das Ziel der terroristischen Taktik ist, durch spektakuläre Gewalt bei den Gegnern Angst und Terror zu verbreiten. Deutungen in historischen Superlativen drohen den Gewalttätern in die Hände zu spielen.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage an Gewicht, welche der historischen Deutungen sich bis heute als beständig erwiesen haben. Vor dem Hintergrund der Terrorismusgeschichte ist dabei zu bestätigen: Neu und präzedenzlos war in der Tat das Ausmaß der Gewalt als terroristische Gewalt und seine Wirkung. Gemessen am Verlust an Menschenleben und dem Ausmaß des Schadens, handelte es sich tatsächlich um den „größten Terroranschlag der Geschichte“, wie es in der „Zeit“ gestanden hatte, und er löste zweifellos weit über die Grenzen der USA hinaus Gefühle von Angst und Verletzlichkeit aus. Bei einer solchen Aussage ist jedoch einzubeziehen, dass Anschläge in früheren Jahrhunderten vergleichbare Schockwirkungen erzielt haben.<sup>35</sup> Man denke beispiels-

**31** Nikolas Busse, *Bittere Lehren aus Afghanistan*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1.7.2021, S. 1.

**32** Rainer Paris, *Der kurze Atem der Provokation*, in: ders., *Stachel und Speer. Machtstudien*, Frankfurt/M. 1998, S. 57–89.

**33** Ebd., S. 61–64.

**34** Ebd., S. 66, S. 69 und S. 77 f.

**35** So auch schon Walter Laqueur, *World of Terror*, in: *National Geographic* 4/2004, S. 72–77.

weise an den Anschlag Felice Orsinis auf Napoleon III. im Januar 1858 in Paris, der mit neuartigen konstruierten Granaten verübt wurde – der Anschlag, der im 19. Jahrhundert die meisten Opfer forderte.<sup>36</sup> Nicht unbekannt und auch nicht neu waren dagegen die Urheber der Anschläge vom 11. September und ihre Motive. Was die Entstehung des radikalen Islamismus betrifft, kann verwiesen werden auf die Anfänge in den 1920er Jahren sowie die Revolution in Iran 1978/79, den Kampf der Mudschaheddin gegen den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979 sowie die terroristischen Aktivitäten der Hisbollah in den 1980er Jahren, wobei der Abzug der US-Marines nach einem Anschlag in Beirut 1983 als Schlüsselmoment gilt.<sup>37</sup> Spätestens mit dem ersten islamistisch motivierten Anschlag auf das World Trade Center 1993 war der Übergriff auf das Territorium der USA gegeben.

Was heißt das für die historische Bedeutung der Anschläge vom 11. September? In der Terrorismusgeschichte stehen die Anschläge ungeachtet der außergewöhnlichen Destruktion, die sie verursachten, in Kontinuität zu Entwicklungen, die seit Mitte der 1990er Jahre als *new terrorism* gefasst wurden. Die Entstehung der terroristischen Handlungslogik selbst geht dagegen schon auf die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Terrorismus entstand aus der Kombination von spektakulärer Gewalt mit schneller und regelmäßiger Berichterstattung in den Massenmedien an ein politisch interessiertes Massenpublikum. Seitdem wurde die Taktik an technologische, ideologische, mediale und soziale Veränderungen angepasst. Das gilt auch für 9/11. Dass diese Anschläge als eine historische Zäsur beurteilt werden müssen, wird immer wahrscheinlicher. Dies ist jedoch nicht auf die Gewalt der Anschläge zurückzuführen, sondern auf die psychologischen Wirkungen, Deutungen und Reaktionen, die sie hervorzubringen in der Lage waren. Diese Reaktionen beendeten die Offenheit der 1990er Jahre.

Hinsichtlich der damaligen Schlussfolgerungen lässt sich feststellen, dass Terrorismus als Taktik bei den Behörden wie auch in der Wissenschaft – wie schon in den 1970er Jahren – wieder

stärker in den Fokus genommen wurde. Bei vielen, die sich dem Thema zuwandten, mögen die eigenen Erfahrungen und das Erleben der Anschläge von Belang gewesen sein – in meinem Fall die Frage nach der Rolle und der Bedeutung der Medien und des Publikums in Hinblick auf die terroristische Taktik sowie die Frage, ob und inwiefern diese Anschläge wirklich neu waren. Die innere Sicherheit hat in Reaktion auf die Anschläge in fast allen Industrienationen an Stellenwert gewonnen. Gesetzespakete, die dem Staat weitreichende Handlungsmöglichkeiten einräumen, und Sicherheitssysteme an Flughäfen, aber auch in öffentlichen Gebäuden überall auf der Welt, gehören zu den sichtbaren Folgen.

Eine weitere Reaktion auf die Anschläge war Krieg. Auf den Afghanistan-Krieg folgten ein weiterer Krieg einer US-geführten Allianz gegen den Irak, der wiederum zur Bildung und zum Eroberungszug des „Islamischen Staates“ und seiner Wiedereindämmung führte sowie zu zahllosen islamistisch motivierten Terroranschlägen in Europa, aber auch in Asien und Afrika. Entgegen den Ankündigungen und verbreiteten Erwartungen setzten diese Kriege eher alte und konventionelle Muster fort und trugen insgesamt gesehen wohl mehr zur Delegitimierung der USA in der Region des Nahen Ostens sowie auch in anderen Teilen der Welt bei als zur Steigerung ihrer Legitimität. Anders als 2001 aus der Vergangenheit geschlossen wurde, war jedoch nicht ein neuer Ost-West-Konflikt das Ergebnis. Stattdessen waren die genannten Kriege ein nicht unwesentlicher Faktor dafür, dass die USA ihre Rolle und Bedeutung als einzig verbliebene Supermacht nicht unangefochten fortführen konnten. Umso wichtiger wird nun die andere Alternative, die bereits 2001 von vielen Kommentatoren aufgezeigt wurde: die Welt als interdependent und vernetzt anzuerkennen und die globalen Wirtschafts-, Umwelt- und Klimaprobleme anzugehen.

Ich danke Scott Harrison für umfangreiche Recherchehilfe und Marcus Düwell für wertvolle Hinweise.

#### CAROLA DIETZE

ist Professorin für Neuere Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Autorin des Buches „Die Erfindung des Terrorismus in Europa, Russland und den USA 1858–1866“ (2016).  
carola.dietze@uni-jena.de

<sup>36</sup> Vgl. Carola Dietze, *Die Erfindung des Terrorismus in Europa, Russland und den USA 1858–1866*, Hamburg 2016, Kap. 2.

<sup>37</sup> Vgl. etwa Louise Richardson, *Was Terroristen wollen. Die Ursachen der Gewalt und wie wir sie bekämpfen können*, Frankfurt/M.–New York 2006, Kap. 3.

## ESSAY

## 9/11 UND DAS ENDE „DES WESTENS“

Stefan Weidner

Zehn Jahre nach dem 11. September 2001 sah es für kurze Zeit danach aus, als würde die Weltgeschichte eine versöhnliche Wendung im „westlichen“ Sinn nehmen. Der erste nicht-weiße Präsident der USA, Barack Obama, hatte rhetorisch mit dem außenpolitischen Stil seines Vorgängers George W. Bush gebrochen. Das euro-amerikanische Verhältnis konsolidierte sich. Die große Finanzkrise, die 2007 in den USA begonnen und bald auch den Euro-Raum erfasst hatte, war zwar noch nicht überstanden, hatte jedoch ihren Zenit überschritten, ohne das weltweite Finanzgefüge oder den Euro zerbrechen zu lassen.

Eine deutliche Aufstockung der westlichen Truppen in Afghanistan auf 100 000 Mann zeigte Erfolge und zwang die Taliban, die nach 9/11 nur kurzzeitig vertrieben worden waren, wieder in die Defensive. Mit einer innovativen Counter-Insurgency-Strategie gelang es den Amerikanern, die Sicherheit im Irak, den die US-geführte Invasion nach 2003 destabilisiert hatte, vorläufig wiederherzustellen. Und mit Iran zeichnete sich ein Weg für Atomverhandlungen und die Aufhebung der Sanktionen ab. Sogar Osama bin Laden, der Drahtzieher der Anschläge von 9/11, war endlich aufgespürt worden. Er wurde Anfang Mai 2011 von einem amerikanischen Einsatzkommando in seinem Haus in Abbottabad in Pakistan erschossen – trotz der Möglichkeit, ihn lebend festzunehmen.<sup>01</sup>

Zudem kam es zum Jahreswechsel 2010/11, ausgehend von Tunesien, in der arabischen Welt zu Aufständen gegen Regime, die seit vielen Jahrzehnten an der Macht gewesen waren. Die aggressive amerikanische Nahostpolitik der Bush-Ära hatte nach 2001 in Afghanistan und im Irak auf gewaltsamen Umsturz, auf Liberalisierung und Demokratisierung von außen gesetzt. Nun forderten die Araber von sich aus Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein und erfüllten damit – scheinbar – die westlichen Erwartungen. 2011 wurde damit das große Jahr des Aufbruchs und der Hoffnung. Nach dem Ende des Kalten Krieges hatten vie-

le westliche Entscheidungsträger geglaubt, es folge eine kontinuierliche globale Entwicklung hin zu Freiheit und Demokratie. Die Geschichte lief, wie es im euro-atlantischen Raum vorausgesagt worden war: Eines Tages würden alle „wie wir“ werden, wie „der Westen“ selbst. Dies jedenfalls war die breit rezipierte These des amerikanischen Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama in seinem Buch „Das Ende der Geschichte“.<sup>02</sup> Fukuyama sprach freilich nur aus, wovon ohnehin viele in Europa und den USA überzeugt waren: Der Westen hatte den geschichtlichen Endkampf zwischen freiheitlichem Kapitalismus und diktatorischem Kommunismus gewonnen. Jetzt stand die ganze Welt seinem segensreichen Einfluss offen und würde ihm folgen, wie es sich in Osteuropa bereits andeutete.

Die arabischen Revolutionäre der ersten Stunde, jung, technikaffin, kreativ, euro-amerikanisch gebildet, schrieben sich Ideale auf die Fahne, die viele im transatlantischen Raum der arabisch-islamischen Welt zwar nahegelegt, ihr aber zugleich kaum zugetraut hatten: Menschenwürde, politische Teilhabe, Freiheit von Diktatur und Unterdrückung, Selbstbestimmung und Demokratie. Einen beträchtlichen Beitrag zu diesem Aufbruch leisteten die medialen Entwicklungen des Jahrzehnts davor. Der TV-Sender Al-Jazeera aus Qatar, wegen seiner populistischen, die Berührung mit dem dschihadistischen Islam nicht scheuenden Ausrichtung oft in die Kritik geraten – er hatte unter anderem die Videobotschaften Bin Ladens ausgestrahlt –, trug die von der Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi im Dezember 2010 ausgelöste tunesische Revolution in die Wohnzimmer aller arabischen Länder.

Bereits nach wenigen Wochen waren die ersten Despoten gestürzt: Zine el-Abidine Ben Ali in Tunesien und Hosni Mubarak in Ägypten. Andere, wie Muammar al-Gaddafi in Libyen und Ali Abdalah Saleh im Jemen, gerieten ins Wanken, und bald war klar, dass auch Baschar al-Assad in

Syrien mit einem Volksaufstand zu kämpfen hatte, der von den Großstädten Homs und Hama in Mittelsyrien getragen wurde. Damit waren die ältesten und am längsten an der Macht befindlichen Herrscher beziehungsweise Herrscherfamilien beseitigt oder stark angeschlagen. Weitere zehn Jahre später, im Sommer 2021, ist Assad der einzige, der noch am Leben und im Amt ist – einem Amt freilich, das am seidenen Faden russischer und iranischer Unterstützung hängt.

## AUßENPOLITISCHES ENDE

Der Austausch der Köpfe und Gesichter der Macht – seit 2019 auch im Sudan und in Algerien – ist den Revolutionären damit fast überall gelungen. Vordergründig betrachtet, ist das keine schlechte Bilanz. Die alten Strukturen konnten sie jedoch nicht nachhaltig aufbrechen. Wo dies zu gelingen schien, kam es zum Bürgerkrieg, etwa in Libyen, Syrien und im Jemen. Die kurzzeitige Aufbruchstimmung wurde damit von neuen und größeren Krisen abgelöst, die an die mit 9/11 beginnenden Destabilisierungen und Kriege anknüpften und den Terror auch nach Europa trugen, nunmehr in Gestalt von Kämpfern des sogenannten Islamischen Staates (IS). Die Hoffnung, dass sich die „Verwestlichungsgeschichte“ Osteuropas nach 1989 in der arabischen Welt wiederholen und damit auf einen weiteren Weltteil erstrecken würde, starb mit der Konterrevolution in Ägypten 2013 und der gleichzeitigen Internationalisierung des Konflikts in Syrien, die bis heute andauert.

In den arabischen Revolutionen entlud sich unter anderem die Wut über die politische Stagnation, die seit 2001 eingetreten war, wenn nicht bereits seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der für viele der mit ihr verbündeten arabischen Länder und Regime eine massive Umorientierung zur Folge hatte. Hatten Europa und die USA lange die Taktik verfolgt, die politische Lage und den dschihadistischen Terrorismus in der arabischen Welt durch Sicherheitskooperation mit den Regimen unter Kontrolle zu halten, so scheiterte dieser Ansatz mit den Revolutionen von 2011. Wo demokratische Wahlen stattfanden

– in Tunesien und Ägypten –, gingen islamistische Kräfte als Sieger hervor, vor allem die Muslimbrüder. Wo die Revolte in den offenen Bürgerkrieg abglitt, gewannen islamistische Kräfte die Oberhand, die oft weit radikaler waren als die Muslimbrüder. Auch sonst waren es ausgerechnet die alten, eingefleischten Gegner der USA oder „des Westens“, die das Machtvakuum ausnutzten, das die USA erst im Irak, dann durch Obamas Nichteinmischungspolitik in Syrien geschaffen hatten: Russland und Iran gingen dabei auf der Seite Assads allen voran.

Der dschihadistische Islam, der schon für den 9/11-Terrorismus verantwortlich war, eroberte in Gestalt des IS, der aus Bin Ladens al-Qaida im Irak hervorgegangen war, im Nordirak und im Grenzgebiet zu Syrien weiträumige Gebiete: Zum ersten Mal seit 9/11 und dem Sturz der Taliban in Afghanistan kontrollierten nun dezidiert antiwestliche Dschihadisten ein großräumiges Territorium. Wenn man ihrer Propaganda glauben wollte, hatten sie gar einen eigenen Staat. Mit den davon – und durch Assads Krieg gegen die eigene Bevölkerung – ausgelösten Fluchtbewegungen und einer neuen, vom IS ausgehenden Welle des Terrorismus in einem für Europa, insbesondere für Frankreich, ungeahnten Ausmaß manifestierte sich der weitgehende Kontrollverlust westlicher Mächte über die Entwicklung in der MENA-Region (*Middle East and North Africa*) nach 9/11.

Mit Hilfe kurdischer Bodentruppen und eines schweren und rücksichtslosen Bombardements der vom IS besetzten irakischen Metropole Mossul durch Kampfflugzeuge der Anti-IS-Koalition gelang es zwar 2017, den IS zu schlagen. Die weitere Entwicklung dort entzieht sich aber nach wie vor der westlichen Kontrolle – ganz wie in Afghanistan, wo das sang- und klanglose Verschwinden „des Westens“, also sein Ende als außenpolitisch zu verbreitendes Konzept für andere Gesellschaften, mit dem geplanten Abzug aller Truppen bis September 2021 symbolisch besiegelt wird: Es ist trotz zwischenzeitlich großem Engagement und hoher militärischer Präsenz nicht gelungen, die Entwicklungen im Land so zu steuern, wie man es sich nach 9/11 erhofft hatte, nämlich einen funktionierenden afghanischen Staat aufzubauen, in dem Terroristen und Dschihadisten keine Heimat mehr haben würden. Stattdessen wird Kabul bis heute fast jede Woche von Terroranschlägen heim-

**01** Vgl. Robert O'Neill, *The Operator. Firing the Shots that Killed Bin Laden*, New York 2017, Kap. 21 f.

**02** Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, New York u. a. 1992.

gesucht, die sich zumeist gegen Zivilisten richten und über die in westlichen Medien kaum noch berichtet wird. Die Feinde der USA in Afghanistan, die Taliban, werden nach dem Abzug westlicher Truppen, der spätestens zum 20. Jahrestag von 9/11 abgeschlossen sein soll, die stärkste Macht im Lande sein und seine Zukunft entscheidend mitbestimmen.<sup>03</sup>

Seit Napoleon mit seinem Ägyptenfeldzug von 1798 die europäische Vormachtstellung im Nahen und Mittleren Osten in die Wege geleitet hatte, waren Europa und die USA, im Volksmund also „der Westen“, den Entwicklungen in dieser Region nicht mehr derartig machtlos ausgeliefert. Stattdessen geben dort inzwischen andere Kräfte den Takt und das Tempo der Entwicklung vor: Russland, die Türkei, die arabischen Golfemirate, Saudi-Arabien, Israel, Iran – Staaten, die man in den 1990er Jahren entweder als irrelevant abgeschrieben hatte, stetig nach Westen hin konvergieren sah oder von denen man glaubte, sie kontrollieren zu können.

Das außenpolitische Ende des Westens manifestiert sich also am Scheitern seines Anspruchs, wie er nach dem Ende des Kalten Krieges formuliert worden war, den Lauf der politischen Entwicklung auch und besonders in der MENA-Region entscheidend mitzubestimmen. Mit dem machtpolitischen Scheitern der „transatlantischen Wertegemeinschaft“ ausgerechnet in dem geopolitischen Raum, von dem die Terroranschläge vom 11. September 2001 ausgegangen waren, sind für nüchterne Beobachterinnen und Beobachter daher auch die damit verknüpften politischen und weltanschaulichen Theorien des Westens und folglich sein Selbstverständnis insgesamt obsolet geworden. Die Ursache dafür liegt allerdings nicht allein in den politischen Entwicklungen, sondern ebenso in den nach 1989 entstandenen verengten und problematischen Definitionen dieses Westens.

### GRENZEN DES WESTLICHEN SELBSTBILDES NACH 1989

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der kommunistischen Systeme in Osteuropa hatte eine Neuausrichtung, ja Neudefinition „des Wes-

tens“ notwendig gemacht. Dieser hatte sich bis dahin vornehmlich als freiheitliches Gegenmodell zu den als totalitär erfahrenen kommunistischen Staaten des Warschauer Paktes definiert. Im Rahmen dieser Definition blieb während des Kalten Krieges die Frage ungeklärt, was der mögliche, damals nicht absehbare Wegfall der kommunistischen Bedrohung für das Selbstverständnis und die zukünftigen politischen Schwerpunkte des Westens bedeuten würde, wenn es den Ostblock nicht mehr gäbe.

Würde dieser Westen auch ohne das Gegenbild und den politischen Druck des Sozialismus noch auf soziale Belange und Demokratie im Sinn von Gleichheit und Solidarität Rücksicht nehmen? Würde die westliche Außenpolitik weiterhin der einstigen Logik der Blockbildung folgen, also der Logik imperialer Hegemonie ohne Rücksicht auf Menschenrechte oder globale Gerechtigkeit, wie sie es stets getan hatte, indem sie verbündete diktatorische Systeme überall auf der Welt stützte? Oder würde nun eine Ära von Solidarität, Gleichheit und Freiheit anbrechen? Diese in der Aufklärung und im Zeitalter der Revolutionen in Europa und den USA gewonnenen politischen Wertvorstellungen und Ideale wurden zwar nie konsequent umgesetzt, aber man hatte sie vor 1989 auch nie wirklich aus den Augen verloren.

In gewisser Hinsicht konnte man die Spaltung des hochindustrialisierten globalen Nordens in Ost und West während des Kalten Krieges auch als Aufspaltung der politischen Ideen „des Westens“ selbst in zwei konkurrierende Blöcke verstehen: Die westliche Seite betonte aus der bekannten Parole der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ vor allem den Wert der (politischen, wirtschaftlichen und medialen) Freiheit. Die östliche Seite hingegen betonte die (soziale, aber auch ethnisch-nationale) Gleichheit. Dagegen blieb die Brüderlichkeit die Domäne des vom Faschismus diskreditierten Nationalismus, der sich in unterschiedlichen Verwässerungsstufen in beiden Blöcken fand. Der Zusammenbruch des Kommunismus führte nun aber nicht dazu, die zwischen Ost und West aufgespaltenen „westlichen“ Werte wieder zusammenzuführen, sondern bewirkte eine bis dahin ungeahnte Radikalisierung des Leitbegriffs der Freiheit auf Kosten von Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität, national wie global. Die 1990er Jahre waren das

<sup>03</sup> Siehe hierzu auch den Beitrag von Thomas Ruttig in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

Jahrzehnt der Neoliberalisierung, die auch und gerade von (sozial-)demokratischen Regierungen verfolgt wurde.

Diese Entwicklung spiegelten und theoretisierten zwei viel diskutierte politikwissenschaftliche Großtheorien: die bereits erwähnte vom „Ende der Geschichte“ von Fukuyama und diejenige vom „Kampf der Kulturen“ von Samuel Huntington, der Fukuyamas These ablehnte und stattdessen davon ausging, dass künftig nicht mehr die Konkurrenz von Ideologien, sondern von Kulturkreisen den Lauf der Welt bestimmen würde.<sup>04</sup> Entgegen dem vordergründigen Anschein waren beide Theorien jedoch nie wirklich einander entgegengesetzt; vielmehr verhielten sie sich auf bequeme Weise komplementär zueinander. Sie schufen einen doppelten konservativen Frame für die amerikanisch-westliche Politik, in dessen Koordinatensystem sich jede Störung entweder in der einen oder der anderen Weise deuten und in eine Politik mit dem Ziel westlicher Vorherrschaft umleiten ließ. Das doppelte Koordinatensystem gab nach Art eines Algorithmus weltanschauliche Schlussfolgerungen und politische Reaktionen vor, ohne die tatsächlichen Verhältnisse näher in Betracht ziehen zu müssen, was sich in der Vernachlässigung globaler und regionaler Komplexitäten ebenso bemerkbar machte wie in der nachlässigen Umweltpolitik der 1990er und 2000er Jahre. Denn Umweltpolitik spielte bei Fukuyama und Huntington bezeichnenderweise keine Rolle, obwohl die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 das Thema bereits auf die globale Agenda gesetzt hatte, die Problematik der gefährdeten natürlichen Lebensgrundlagen also durchaus erkannt war.

Während die politische Entwicklung in den 1990er Jahren der Geschichtsdeutung von Fukuyama Recht zu geben schien und die Welt sich zunehmend zum (neo-)liberalen, westlichen Modell hin orientierte – oder unter ökonomischer Isolation zu dieser Orientierung gezwungen werden sollte –, schien sich mit dem Terror von 9/11 die Theorie Huntingtons zu bewahrheiten: Der aus einem politisch radikalisierten Islamverständnis motivierte Massenmord in New York und Washington setzte den „Clash of Civilizations“ in ein erschreckendes, weltweit übertragenes Bild.

**04** Vgl. Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York 1996.

Jenseits dieses doppelten neoliberal-konservativen Frames blieb die Idee „des Westens“ jedoch eine Chimäre, in die jede und jeder hineinprojizieren konnte, was ihm oder ihr gefiel. Die eigentlichen Probleme der Welt, vor allem die globale Ungleichheit und die Klima- und Umweltkrise kamen in einer verengten politischen Agenda nicht in den Blick, die vornehmlich auf das verführerische Schlagwort der Freiheit setzte und in ihrem Gefolge die politische, wirtschaftliche und kulturelle Hegemonie des Westens durchzusetzen suchte.<sup>05</sup> Wenn diese Probleme 20 Jahre nach 9/11 unweigerlich in den Vordergrund rücken, deutet sich damit ebenfalls das Ende jenes Westens an, wie er seit den 1990er Jahren, wenn nicht seit Beginn des Kalten Krieges, von den meisten euro-amerikanischen Entscheidungsträgern und Medien verstanden worden war und wie er allzu oft immer noch verstanden wird. Auf den mythischen Westen, das „Abendland“, das sich auf das antike Griechenland, auf Rom oder auch auf die Reformation beruft, brauchen wir hier nicht einzugehen. „Der Westen“ bleibt somit imaginär, eine Projektion aus dem Rückblick, eine „erfundene Tradition“.<sup>06</sup>

Mit den nach 9/11 nochmals verstärkten militärischen, außenpolitischen und weltwirtschaftlichen Überwältigungsstrategien, deren Eckpfeiler in Gestalt der Welthandelsorganisation in den 1990er Jahren trotz zahlreicher Proteste eingerammt worden waren, konnte dieser Westen zwar einen globalen Machtanspruch, jedoch keine universalistischen, kosmopolitischen Wertvorstellungen mehr geltend machen. Er verkümmerte zur Wertegemeinschaft seiner selbst, offen fast nur noch für die, die sich seinen Leitvorstellungen unterwarfen beziehungsweise die nötigen Ressourcen hatten, um überhaupt nach den westlichen Spielregeln mitspielen zu können – die ölfreudigen Golfstaaten, aus denen die meisten Attentäter von 9/11 rekrutiert wurden, zählen dazu.

Alternative politische oder kulturelle Vorstellungswelten benötigte dieser Westen vor allem als Objekt seines Handelns oder zur ab-

**05** Vgl. dazu auch Stefan Weidner, *Unsere Freiheit, von außen gesehen*, 20. 1. 2019, [www.deutschlandfunk.de/liberalismus-unsere-freiheit-von-aussen-gesehen.1184.de.html?dram:article\\_id=435837](http://www.deutschlandfunk.de/liberalismus-unsere-freiheit-von-aussen-gesehen.1184.de.html?dram:article_id=435837).

**06** Vgl. Eric Hobsbawm/Terence Ranger, *The Invention of Tradition*, Cambridge 1992.

grenzenden Selbstdefinition. Zweifel kamen allenfalls in marginalisierten und medial gut eingehegten akademischen, literarischen oder künstlerischen Räumen zum Ausdruck. Seit 1989 gab es kein politisches Gegenmodell mehr, welches, wie einst der Sozialismus oder der Faschismus, das Selbstverständnis des Westens innerhalb der von ihm kontrollierten Sphäre zu untergraben drohte. Zwar versuchte der politisch radikalisierte Islam, sich in Gestalt von al-Qaida und des IS als Gegenmacht in Stellung zu bringen. Er wurde im Westen auch vielfach als eine solche gefährliche Gegenmacht betrachtet. Der politisierte, dschihadistische „Islam“ erklärte jedoch im selben Moment aufgrund der menschenverachtenden Mittel, die er einsetzte, seinen moralischen Bankrott und seine Unglaubwürdigkeit. Auch und besonders der politische Islam ist damit als Alternative zum Westen gescheitert.

Allerdings hat im Kampf gegen ihn, anders als im Kampf gegen den Kommunismus, auch der Westen seine Glaubwürdigkeit als globales Orientierungsmodell verspielt. Eine Folge dieses Scheiterns war der Aufstieg des Trumpismus in den USA und anderer Formen des Rechtspopulismus in Europa. Auch sie dürfen als Nachfolgeideologien des Westens gelten und setzen sich diesem entgegen. Die Zukunft der rechtspopulistischen Bewegungen mag ungewiss sein, doch ihr Aufkommen im Herzen der westlichen Welt ist ein starkes Indiz für das Ende „des Westens“, wie wir ihn kannten.

Das gegenwärtig verbreitete Jammern über den Aufstieg Chinas<sup>07</sup> veranschaulicht selbst für diejenigen, die das Ende des Westens leugnen, dessen Macht- und Bedeutungsverlust. Die besondere Ironie der „Bedrohung“ durch China besteht freilich darin, dass es die wirtschaftlichen Praktiken und hegemonialen Bestrebungen des Westens nach jahrhundertelanger Unterlegenheit, darunter auch Unterwerfung und Kolonisierung, nun geschickt gegen diesen selber kehrt. Die heraufziehende Hegemonie Chinas und anderer Mächte kann daher auch nur dann abgemildert und mitgestaltet werden, wenn „wir“ uns von eben diesem „westlichen“ Paradigma verabschieden, das von China nun gegen

„uns“ gerichtet wird: das der Konfrontation, der Übervorteilung, der Korruption, der Propaganda und kulturellen Mission, wie westliche Mächte sie seit dem Beginn des Kolonialzeitalters praktiziert und damit als Erfolg versprechendes, nachahmenswertes Modell in der Welt verbreitet haben.

## INNENPOLITISCHER ZERFALL

Charakteristisch für die Entwicklung nach 9/11 sind aber nicht nur der massive außenpolitische Kontrollverlust des Westens und die gesteigerte Instabilität in der islamischen Welt, die sich unter anderem in Form von Terror oder der Migration in Europa auswirkt, sondern auch die politischen Verwerfungen im Westen selbst. Diese gehen mit einer im Vergleich zu den 1990er Jahren veränderten, gegenwärtig heftig umkämpften Eigenwahrnehmung einher, die einem Blick in einen zersplitterten Spiegel ähnelt: Ein auch nur halbwegs geschlossenes Bild zeigt „der Westen“ jedenfalls nicht mehr.

Mitverantwortlich dafür sind der seit 9/11 kontinuierlich gewachsene Rechtspopulismus mit beunruhigenden Schnittstellen in die „gesellschaftliche Mitte“, das unverminderte Fortwirken eines bislang kaum aufgearbeiteten, spezifisch westlichen (euro-amerikanischen) „weißen“ Rassismus und das Aufkommen eines globalisierten Rechtsterrorismus mit entschieden antiislamischer Ausrichtung. Diese Entwicklungen im Inneren der nordatlantischen Gesellschaften, die die hässliche Seite der vom Kolonialzeitalter geprägten Textur des Westens deutlich hervortreten lassen, sind nicht von den Terroranschlägen des 11. September 2001 zu trennen, haben diese doch das Verhältnis des Westens zur Welt, zu sich selbst und zu seinen Einwanderern auf den Prüfstein gestellt.<sup>08</sup> In der Folge ist dabei das Selbstbild des Westens als Speerspitze von Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie und anderen progressiven Werten einer intensiven Befragung unterzogen worden.

Diese Befragung ist eine Folge des nach 9/11 rasch einsetzenden Regierungshandelns, als die Bush-Administration beschloss, die Genfer Kon-

<sup>07</sup> Zum Beispiel bei Clive Hamilton/Mareike Ohlberg, *Die lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet*, München 2020.

<sup>08</sup> Ausführlich zum diesem Themenkomplex vgl. Arun Kundnani, *The Muslims Are Coming. Islamophobia, Extremism, and the Domestic War on Terror*, London 2014.

vention zu ignorieren und eine neue, nämlich rechtlose Kategorie Kriegsgefangener zu schaffen, die „feindlichen Kämpfer“. Diese wurden in Guantanamo, einer gepachteten Enklave auf Kuba, also auf rechtsfreiem nicht-amerikanischem Territorium, ohne Gerichtsverfahren gefangen gehalten. Auch das Folterverbot, eine zentrale Errungenschaft des vom Westen bis dahin vorangetriebenen Menschenrechtsdiskurses, wurde in den USA ausgesetzt oder relativiert. Weitere rechtsfreie, für Willkür offene Räume entstanden erwiesenermaßen in Gefängnissen und Gefangenenlagern im Irak und kooperierender Staaten, von denen man wusste, dass sie die üblichen euro-amerikanischen Standards nicht einhielten, und wohin Gefangene überstellt wurden, um sie dort „besonderen Verhörmethoden“ zu unterziehen.

Zur selben Kategorie der Entrechtung – und damit Entrechtlichung der Machtausübung des Westens – zählt die Ausweitung sogenannter extralegalen Hinrichtungen, das heißt ohne Prozesse oder andere nachvollziehbare Verfahren, vor allem mit ferngesteuerten Waffensystemen. Auch die Ermordung Bin Ladens kam einer Aussetzung rechtsstaatlicher Verfahren gleich. Der Wunsch der USA, mit dem Kapitel 9/11 auf diese Weise zügig abzuschließen, statt Bin Laden vor Gericht zu bringen und es auf einen langwierigen Prozess ankommen zu lassen, war emotional und womöglich auch sicherheitspolitisch nachvollziehbar. Gleichwohl widersprach er Grundprinzipien „westlicher“ Rechtsauffassung. Der so häufig nicht-westlichen Ländern gemachte Vorwurf willkürlicher Verfahren und Verurteilungen konnte nun vollkommen zu Recht dem Westen selbst gemacht werden.

Neben der Aushöhlung der eigenen Werte und Glaubwürdigkeit lässt sich seit 9/11 in Europa und Nordamerika eine neue politische Lagerbildung beobachten, die schließlich zu verschiedenen Brüchen innerhalb des Westens geführt hat. Hierzu zählt etwa der transatlantische Riss, der sich im Vorfeld und während des Irak-Krieges 2003 durch die von der Bush-Regierung vorgenommene Einteilung in kriegswillige „neue“ und sich dem Krieg verweigernde „alte“ Europäer auftrat. Dieser unter Obama nur oberflächlich gekittete Spalt weitete sich unter Trump zu einem tiefen Graben. Auch wenn mit Joe Biden als US-Präsident neuerdings Aussicht auf Besserung besteht, plagen

den Westen zahlreiche weitere Brüche – allein in Bezug auf Europa seien nur der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, die Uneinigkeit der EU in Migrationsfragen oder die unterschiedlichen Auffassungen über die Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn genannt.

Im Ergebnis führen Brüche wie diese dazu, dass sich der Huntington'sche Clash inzwischen nicht mehr zwischen dem Westen und anderen Kulturkreisen abspielt, sondern vielmehr innerhalb dieses (einstigen) Westens selbst, wovon auch die heftige Debattenlage auf den Themenfeldern Rassismus, Kolonialismus und Identitätspolitik zeugt. Angesichts dieser Entwicklungen wie selbstverständlich von „dem Westen“ zu reden, läuft darauf hinaus, die genannten Probleme und Krisen für unwesentlich zu erklären und sie für das Selbstbild und die politische Orientierung der nordatlantischen Gesellschaften als nachrangig zu erachten. Eine solch abwehrende Haltung wäre jedoch selbst wie ein schwerwiegender politischer Eingriff und hätte zur Folge, dass die angesprochenen Probleme, nachdem man sie kleingeredet hat, erst recht aus dem Blick geraten. Mit einer solchen Blindheit für fundamentale Probleme nicht nur im Westen, sondern im Konzept „des Westens“ selbst, laufen Europa und die USA Gefahr, sich den Weg in die Zukunft zu versperren.

Auf die eine oder andere Weise wird diese Zukunft unweigerlich eine jenseits dieses Westens sein: entweder eine verbarrikadierte, reaktionäre, die sich an einer vergangenen, mit Kolonialismus und Rassismus erkaufte Größe und folglich nicht mehr an universellen, aufklärerischen Werten orientiert – oder eine global zugewandte, progressive, kosmopolitische, die entsprechende Werte nicht mehr als spezifisch „westliche“, sondern als solche der Welt und der Menschheit insgesamt zu begreifen gelernt hat.

## NACH DEM ENDE „DES WESTENS“

Das Ende eines „Westens“, der es nach 9/11 nicht geschafft als, aus dem Schatten der Erbmasse von Kolonialismus und Imperialismus hinauszutreten, ist eine positive Nachricht und weist keine Gemeinsamkeiten mit einem als bedrohlich empfundenen und dargestellten „Untergang des Abendlandes“ auf (Oswald Spengler,

1918), wie er auch heute noch regelmäßig heraufbeschworen wird. Gewiss: Die zurückliegenden 20 Jahre sind verlorene Jahre gewesen, Jahre der verpassten Chancen. Aber den Krieg, den die Kulturkämpfer auf beiden Seiten der eingebildeten Front „des Westens“ und „des Islams“ angezettelt haben, endete mit ihrer Niederlage, ihrer Entzauberung. Die Welt hat sich weder im Sinn der einen noch der anderen geordnet, und es scheint absehbar, dass dies auch in Zukunft nicht geschehen wird.

Die Entzauberung und damit das Ende einer glaubwürdigen Idee „des Westens“ nach 9/11 heißt, dass all diejenigen Kräfte, die ihn zur Zukunft der Welt machen und die Welt verwestlichen wollten, 20 Jahre nach 9/11 gescheitert sind. Wenn aber jede globale Hegemonie ihrer Natur nach gefährlich und ungerecht ist – die im „Krieg gegen den Terror“ praktizierte Aushebelung ansonsten weithin propagierter Rechtsprinzipien lieferte einen Vorgeschmack auf das, was eine solche Hegemonie bedeuten würde –, ist das Scheitern und das Ende des Westens eine versöhnliche Wendung der Geschichte. Sie bringt freilich den Auftrag mit sich, jede andere Hegemonie ebenfalls zu blockieren.

Das, was am „Westen“ – wie er sich gesehen hat und wie er von seinen Freunden gesehen wurde –, bewahrenswert war, ist währenddessen zu einem globalisierten Allgemeingut geworden, auf das die nordatlantischen Gesellschaften zwar stolz sein dürfen, aber kein Patentrecht erheben können: Dazu zählen Werte wie Menschenrechte und Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Emanzipation, Partizipation, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie klingen modern, und sie sind es. Aber sie haben sich in anderem Gewand und unter anderen Namen auch in anderen Weltgegenden, anderen Gesellschaften und anderen politischen und kulturellen Zusammenhängen herausgebildet. Heute sind diese hergebrachten mit jenen modernen Wertvorstellungen in vielen Gesellschaften fusioniert, sodass sich, wer sich darauf beruft, nicht auf westliche, sondern allgemein menschliche Wertvorstellungen beruft.

Die Globalisierung der brauch- und universalisierbaren Teile moderner, vermeintlich westlicher Wertvorstellungen entspricht somit in gewisser Hinsicht einer Läuterung, die infolge der seit 9/11 betriebenen Politik unerlässlich wurde, wenn sie nicht schon länger unerlässlich

war. Diese Läuterung besteht darin, diejenigen Aspekte westlicher Politik diskursiv und politisch herauszufiltern, die in einer globalen Gemeinschaft keine Heimat mehr finden sollten: Rassismus, Imperialismus und Kolonialismus, Ausgrenzungsmechanismen, wirtschaftliches, politisches, militärisches und kulturelles Hegemoniestreben, willkürliche Anwendung des Rechts, ein Freiheitsbegriff bloß im Sinn einer Freiheit, die keine Rücksicht nimmt auf andere oder auf die Umwelt, eine Akkumulations-, Expansions- und Steigerungslogik, eine Überbewertung des materiellen vor dem geistig-moralischen Fortschritt. All das brauchen wir nicht mehr. Mit dem Ende des bedauerlicherweise auch damit assoziierbaren und verstrickten Westens beginnt etwas Neues, Besseres. Welchen Namen es tragen wird, wissen wir nicht. Fest steht nur, dass es nicht der „des Westens“ sein wird.

#### STEFAN WEIDNER

ist freischaffender Autor, Übersetzer und Islamwissenschaftler in Köln. Zuletzt erschien von ihm „Ground Zero. 9/11 und die Geburt der Gegenwart“ (2021).

# Zum Weiterlesen.



Der neue Länderbericht USA mit Beiträgen von über 50 Autorinnen und Autoren aus Deutschland und Amerika bietet grundlegende Informationen zu Geschichte, Politik, Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Außenpolitik der Vereinigten Staaten, um gegenwärtige Ereignisse in einen geschichtlichen Kontext einordnen zu können.

---

2021  
Bestell-Nr. 10700  
4,50 Euro



# NORMALISIERUNG DES AUSNAHMEZUSTANDS?

## Freiheit und Sicherheit in liberalen Demokratien nach 9/11

*Hendrik Hegemann*

„9/11“ hat nicht nur politische und gesellschaftliche Denkweisen über Art und Ausmaß der Bedrohung durch terroristische Gewalt verändert, sondern auch Vorstellungen darüber, welche Schritte im Kampf gegen diese Gefahr als notwendig und angemessen erachtet werden. Wenige Tage nach den Anschlägen erklärte der US-Präsident George W. Bush dem transnationalen Terrorismus den Krieg und versprach, die USA und ihre Verbündeten in diesem Kampf mit aller Entschlossenheit zum Sieg zu führen.<sup>01</sup> Das Narrativ des „Kriegs gegen den Terror“ etablierte sich in den Folgejahren als ein dominanter politischer und gesellschaftlicher Deutungsrahmen. Es prägte nicht nur die Außenpolitik vieler Staaten und ihre Beziehungen untereinander, sondern beeinflusste auch, wie liberale Demokratien nach innen im Umgang mit ihren eigenen Bürger\*innen das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit ausgestalten. Viele demokratische Staaten beschlossen mit dem Verweis auf die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus eine Vielzahl weitreichender Maßnahmen und griffen damit auf zuvor kaum denkbare Weise in Grund- und Freiheitsrechte ein.<sup>02</sup>

20 Jahre später mag die Hochphase des offenen „Kriegs gegen den Terror“ weitgehend vorbei sein; seine politischen, rechtlichen und sozialen Auswirkungen sind aber immer noch wirkmächtig und spürbar. Viele der eingeführten Maßnahmen, etwa zur Telekommunikationsüberwachung, sind weiterhin in Kraft und wurden in dauerhaftes Recht überführt. Darüber hinaus beförderten die Reaktionen auf 9/11 längerfristige Trends im Umgang mit transnationalen Sicherheitsrisiken, zum Beispiel die immer weiter voranschreitende Verlagerung behördlicher Maßnahmen ins Vorfeld möglicherweise

drohender Gewalthandlungen. Aktuelle Diskussionen über den Umgang mit der Corona-Pandemie verdeutlichen zudem die fortdauernde Relevanz grundsätzlicher Fragen nach dem Verhältnis von Sicherheit, Freiheit und Demokratie in Zeiten allgegenwärtiger Krisen- und Unsicherheitsdiagnosen.

Im Folgenden gehe ich daher der Frage nach, wie sich die Anschläge vom 11. September 2001 auf Vorstellungen von Sicherheit und Freiheit in liberalen Demokratien ausgewirkt haben. Im Fokus stehen dabei die Konstruktion eines politischen und rechtlichen Ausnahmezustands sowie die Ausbreitung einer umfassenden Sicherheitslogik, die auch andere Politikfelder und Lebensbereiche erfasste. Diese politische Logik hat sich über längere Zeit „normalisiert“ und verstetigt, es zeigen sich aber auch die Möglichkeiten demokratischer Politik zur Korrektur und öffentlichen Diskussion. Abschließend argumentiere ich, dass terroristische Gewalt als ein politisches Problem neben anderen betrachtet werden sollte, das sich mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaats und auf der Basis öffentlicher Abwägungen alternativer Handlungsoptionen bearbeiten lässt.

### VERSICHERHEITLICHUNG DEMOKRATISCHER POLITIK

Insbesondere die USA und einige ihrer Verbündeten griffen der Logik des *war on terror* folgend in ihrer Antiterrorpolitik zu drastischen Schritten, wobei Art und Intensität mitunter deutlich variierten. Zu diesen Maßnahmen zählten etwa die Folter durch vorgetäushtes Ertränken (*waterboarding*) oder die Entführung von Terrorverdächtigen, die dann in Geheimgefängnissen rund um die Welt ohne Gerichtsverfahren inhaftiert

wurden. Die US-Regierung sprach danach verharmlosend von „verbesserten Verhörmethoden“ (*enhanced interrogation*) und „außerordentlichen Auslieferungen“ (*extraordinary renditions*). Die National Security Agency (NSA) und andere westliche Nachrichtendienste legten – teils an den nationalen Parlamenten vorbei – Programme zur umfassenden Überwachung auch der eigenen Bürger\*innen auf, die teilweise später unter anderem von Edward Snowden aufgedeckt wurden. Der USA Patriot Act ermöglichte den Sicherheitsbehörden unter anderem weitgehende Einblicke in Bank- und Finanzdaten sowie Hausdurchsuchungen ohne Wissen der Betroffenen. Einige demokratische Staaten wie das Vereinigte Königreich erlaubten die zeitlich unbefristete Inhaftierung ausländischer Terrorverdächtiger ohne Gerichtsbeschluss. Auch in Deutschland beschloss der Bundestag 2001 und 2002 mit den Sicherheitspaketen 1 und 2 neue Befugnisse für die Sicherheitsbehörden, etwa zur Erfassung biometrischer Merkmale oder Speicherung von Telekommunikationsdaten. In der Folge weiterer islamistischer Anschläge, etwa in Madrid 2004 und London 2005 oder durch Anhänger des „Islamischen Staates“ nach 2014, wurden diese Gesetzespakete immer wieder erweitert und angepasst.

Viele autoritäre oder diktatorische Staaten nutzten den Verweis auf vermeintliche Terrorgefahren zu noch weiter gehenden Maßnahmen gegen innere Feinde, so etwa die chinesische Regierung bei der Unterdrückung der Uiguren in Xinjiang. Der „Krieg gegen den Terror“ bot diesen Regimen eine willkommene Rechtfertigung, und westliche Demokratien taten sich in diesem Kontext oftmals schwer, die Menschenrechtsverletzungen entschlossen zu kritisieren.

Der Kampf gegen den Terrorismus hatte liberale Demokratien bereits in früheren Zeiten zu weitgehenden Schritten veranlasst, etwa zur „Rasterfahndung“ in der Auseinandersetzung mit sozialrevolutionären Gruppen wie der Roten Armee Fraktion (RAF) in den 1970er Jahren oder zur Entsendung der britischen Armee im Inland

während der Hochphase des Nordirland-Konfliktes. Die Qualität und Quantität der Reaktionen auf 9/11 sowie ihre globalen Auswirkungen waren allerdings neu und lassen sich nur durch die „suggestive Macht der Eindrücke des 11. September“ sowie deren politische und mediale Darstellung und Instrumentalisierung erklären.<sup>03</sup>

Insgesamt ließ sich dabei ein Trend beobachten, den Politikwissenschaftler\*innen als „Versicherheitlichung“ bezeichnen.<sup>04</sup> Damit ist gemeint, dass politische Akteure – oftmals begleitet von entsprechenden medialen Darstellungen – Terrorismus als eine existenzielle Bedrohung beschreiben und auf dieser Basis außergewöhnliche, in „normalen“ Zeiten und gegen „gewöhnliche“ Straftaten kaum denk- und durchsetzbare Maßnahmen und Machtbefugnisse einfordern. Durch eine solche Argumentationsweise werden die Handlungsspielräume der Exekutive gegenüber Parlamenten und anderen Institutionen erweitert und die Möglichkeiten offener demokratischer Entscheidung sowie der Abwägung verschiedener Güter eingeschränkt, da die Sicherheit des Staates und seiner Bürger\*innen im Angesicht der existenziellen Gefahr nicht verhandelbar erscheinen und stets Vorfahrt genießen soll. Am Ende steht so die Konstruktion eines Ausnahmezustands, in dem demokratische Grundrechte für die Zeit der unmittelbaren Bedrohung hinter der Machtfülle der Exekutive und der Notwendigkeit entschlossener Entscheidungen zurückzustehen haben.<sup>05</sup> Nach 9/11 stimmten die Parlamente in vielen Fällen der exekutiven Machterweiterung zu und gewährten den Regierungen einen weiten Ermessensspielraum, weil sie die Einschätzung und Rhetorik der existenziellen Bedrohung selbst übernahmen; in anderen Fällen setzten sich Regierungen und Behörden einfach über die demokratische Gewaltenteilung hinweg oder handelten geheim und gänzlich ohne parlamentarische Ermächtigung und rechtliche Kontrolle, insbesondere in Teilen nachrichtendienstlicher Tätigkeiten.

In liberalen Demokratien bedürfen solche weitreichenden Eingriffe in Freiheitsrechte aber

**01** Vgl. U.S. Diplomatic Mission to Germany, Bush kündigt Beginn eines „Kriegs gegen den Terror“ an. Rede des Präsidenten, 20. 9. 2001, <https://usa.usembassy.de/etexts/docs/gal-092001d.htm>.

**02** Vgl. dazu etwa Laura K. Donohue, *The Cost of Counterterrorism. Power, Politics, and Liberty*, Cambridge 2008; Kent Roach, *The 9/11 Effect: Comparative Counter-Terrorism*, Cambridge 2011.

**03** Oliver Lepsius, *Freiheit, Sicherheit und Terror: Die Rechtslage in Deutschland*, in: *Leviathan* 1/2004, S. 64–88, hier S. 65.

**04** Vgl. ausführlich dazu Barry Buzan/Ole Wæver/Jaap de Wilde, *Security: A New Framework for Analysis*, Boulder 1998.

**05** Vgl. ausführlich dazu Matthias Lemke, *Demokratie im Ausnahmezustand: Wie Regierungen ihre Macht ausweiten*, Frankfurt/M. 2017.

selbst in Krisenzeiten der öffentlichen Rechtfertigung, jedenfalls solange sie nicht verdeckt erfolgen. Begründet wurden viele der erwähnten Einschnitte in die individuellen Grund- und Menschenrechte mit der Notwendigkeit, den Fortbestand freiheitlich-demokratischer Ordnungen als Ganze zu sichern. Selbst wenn der islamistische Terrorismus nie auch nur ansatzweise über die Möglichkeit verfügte, die staatliche Existenz etablierter Demokratien zu gefährden, bewirkten die Anschläge vom 11. September 2001 und ihre öffentliche Darstellung eine deutliche Verschiebung im politischen Diskurs.

In einer Rede vor dem US-Kongress im September 2001 sagte Präsident Bush: „Die Nacht brach über eine andere Welt herein, eine Welt, in der die Freiheit selbst Angriffen ausgesetzt ist.“<sup>06</sup> Das zu schützende Gut war in dieser Argumentationsweise nicht mehr primär die physische Unversehrtheit der Bürger\*innen oder die territoriale Integrität des Staates, sondern der Erhalt der freiheitlichen Gesellschaft als solche. Die Freiheit des Einzelnen wird damit der Sicherheit des freiheitlichen Staates im Angesicht einer vermeintlich existenziellen Bedrohung untergeordnet: „Die individuelle Freiheit wird zu einer Freiheit unter Gesellschaftsvorbehalt.“<sup>07</sup> Der Verweis auf die Freiheit begründet so letztlich vor allem kollektive Schutzpflichten und Sicherheitsimperative des Staates und dient zur Rechtfertigung weitreichender Einschränkungen der Abwehrrechte der einzelnen Bürger\*innen, deren Grenzen sich durch neue Bedrohungsstrukturen immer weiter verschieben lassen. Diese Denkweise zeigte sich auch noch 2013, als der damalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich die Beteiligung deutscher Nachrichtendienste an den von Edward Snowden aufgedeckten Überwachungsprogrammen mit Verweis auf ein angebliches „Supergrundrecht Sicherheit“ rechtfertigte.<sup>08</sup>

Das Risiko terroristischer Anschläge ist dabei ebenso allgegenwärtig wie diffus. Es herrscht ein hohes Maß an Ungewissheit bezüglich möglicher Täter\*innen sowie ihrer Fähigkeiten und Intentionen. Anschläge können zwar

überall und zu jedem Zeitpunkt erfolgen, bleiben jedoch extrem selten und unwahrscheinlich. Bildlich zum Ausdruck kommt dies im Begriff der „abstrakten Gefährdungslage“, mit dem Politiker\*innen, Behördenvertreter\*innen und Sicherheitsexpert\*innen die Situation regelmäßig zu beschreiben versuchen. Trotz dieser Ungewissheit herrscht ein hoher, durch die politischen Akteure teils selbst geschürter, Handlungs- und Erwartungsdruck, dass ein neuer Anschlag unter nahezu allen Umständen zu verhindern sei. Die Legitimität des demokratischen Staates hängt aus dieser Sicht an der – mindestens subjektiv wahrgenommenen – Erfüllung seines Schutzversprechens an die Bürger\*innen. Dies gilt es aufrechtzuerhalten, auch wenn sich umfassende Sicherheit im Umgang mit einer diffusen Gefahr wie dem Terrorismus, bei dem Zeit, Ort und Ausmaß möglicher Anschläge gar nicht absehbar sind, immer weniger garantieren lässt. Der damalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld fasste dies während einer Pressekonferenz in der vielzitierten Formel zusammen, dass er sich vor allem Sorgen um *unknown unknowns* mache, also um Bedrohungen, von denen man noch gar nicht wisse, dass man sie nicht kennt, gegen die es wegen ihres potenziellen Schadensausmaßes aber trotzdem bereits jetzt Vorkehrungen zu treffen gelte.<sup>09</sup>

Dieser Rationalität folgend, sind gerade auch unwahrscheinliche Worst-Case-Szenarien wie Anschläge mit chemischen, biologischen und radiologischen Materialien zu antizipieren und abzuwehren. Terrorismus ist in diesem Sinne ein klassisches Beispiel für ein Risiko als „handlungsaktivierendes Noch-Nicht-Ereignis“, das weitreichende Handlungen in der Gegenwart erfordert, um den Eintritt imaginerter, mehr oder weniger möglicher Ereignisse in der Zukunft zu verhindern.<sup>10</sup> Gleichzeitig befördern diese Vorstellungen möglicher Szenarien sowie ihre mediale und politische Thematisierung bereits in der Gegenwart gesellschaftliche Ängste und ein Gefühl diffuser Ungewissheit. Unter dem Eindruck des scheinbar allgegenwärtigen Terrorrisikos wurden so vor allem Nicht-Handeln, Abwägen und

<sup>06</sup> Bush (Anm. 1).

<sup>07</sup> Lepsius (Anm. 3), S. 83.

<sup>08</sup> Vgl. Manuel Bewarder/Thorsten Jungholt, Friedrich erklärt Sicherheit zum „Supergrundrecht“, 16.7.2013, [www.welt.de/politik/deutschland/article118110002](http://www.welt.de/politik/deutschland/article118110002).

<sup>09</sup> Vgl. Christopher Daase/Oliver Kessler, *Knowns and Unknowns in the War on Terror: Uncertainty and the Political Construction of Danger*, in: *Security Dialogue* 4/2007, S. 411–434.

<sup>10</sup> Ulrich Beck, *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt/M. 1988, S. 43.

Zurückhaltung rechtfertigungsbedürftig. Selbst weitgehende Einschränkungen von Freiheitsrechten lassen sich hingegen mit Verweis auf die Notwendigkeit entschlossener und frühzeitigen Eingreifens sowie die – in der Regel nur bedingt beleg- und überprüfbar – Möglichkeit eines Beitrags zur Verhinderung potenziell katastrophaler zukünftiger Ereignisse begründen.

### SICHERHEITSLOGIK UND PRÄVENTIONSSTAAT

Vor dem Hintergrund dieser Denkweisen erwies sich der Kampf gegen den Terrorismus als ein wesentlicher Treiber eines breiteren Wandels der „Sicherheitskultur“, der neue Vorstellungen und Praktiken der Sicherheit hervorbrachte.<sup>11</sup> Die beschriebene Versicherheitlichung nach 9/11 hatte vor allem zwei zentrale Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik liberaler Demokratien.

Eine erste zentrale Konsequenz liegt in einer Ausweitung der Sicherheitslogik auf immer neue gesellschaftliche und politische Bereiche. Die Reaktionen auf den 11. September 2001 beschränkten sich nicht auf klassische Maßnahmen des Strafrechts oder der polizeilichen und nachrichtendienstlichen Ermittlung. Sie betrafen unter anderem Regeln zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, zur Sicherung des öffentlichen Raums und des Luftverkehrs, zum Handel mit bestimmten Chemikalien, zum Zivil- und Katastrophenschutz oder zum Schutz „kritischer Infrastrukturen“ wie Energie- oder Wassernetze. Dadurch wurden etwa Banken, Baumärkte oder Fluglinien verpflichtet, den Imperativ des Antiterrorkampfes auf oftmals eher unscheinbare Weise in ihre Arbeit zu integrieren, zum Beispiel durch erweiterte Sicherheitsstandards oder Meldepflichten. So entstand ein neues Feld der „zivilen Sicherheit“, in dem Terrorismus als Ausdruck der komplexen Verwundbarkeit globalisierter, hochtechnologisierter Gesellschaften betrachtet wurde, etwa durch Cyberangriffe. Gleichzeitig wurde diese Hochtechnologie, etwa in Form von Körperscannern, Datenbanken, Videokameras oder Gesichtserkennungssoftware, auch als bevorzugte Lösung für diese Sicherheitsprobleme betrachtet, wovon auch die durch sinken-

de Militärausgaben nach dem Ende des Kalten Krieges geschwächte „Sicherheitsindustrie“ profitierte.<sup>12</sup>

Insbesondere mit dem zunehmenden Fokus auf „Radikalisierung“ als zentraler Ursache terroristischer Gewalt rückten weitere Personengruppen und Lebensbereiche in den Blickpunkt der Sicherheitslogik. Das Radikalisierungsnarrativ benennt einen schrittweisen Prozess der Aneignung „radikaler“ Ideen durch Individuen und Kleingruppen als Treiber eines möglichen Weges in die Gewalt, wobei bestimmte Gruppen und Kontexte, etwa orientierungslose Jugendliche in als problematisch markierten Stadtteilen, als besonders anfällig beziehungsweise „vulnerabel“ gelten. Im Zuge des Ausbaus der Radikalisierungsprävention wurden auch Bereiche wie Sozial-, Bildungs- oder Integrationspolitik zunehmend als ein möglicher Aspekt der Antiterroragenda betrachtet. Im Vereinigten Königreich etwa wurden Schulen und Universitäten im Rahmen der sogenannten *prevent duty* verpflichtet, „verdächtige“ Äußerungen oder Verhaltensweisen im Unterricht zu melden. Dabei ist aber oftmals unklar, ab wann Radikalität eigentlich zum Problem wird und woran sich ein entsprechender Verdacht konkret festmachen und erkennen lässt. Zudem besteht so die Gefahr der Diskriminierung bestimmter Personengruppen, Überzeugungen oder Orte, insbesondere wenn sich die Agenda der Radikalisierungsprävention mit ohnehin kontroversen Debatten um Integration und Migration verbindet.<sup>13</sup> 9/11 beförderte somit eine Versicherheitlichung weiter Teile des gesellschaftlichen Alltages.

Eine zweite zentrale Konsequenz liegt in der immer weiteren Verlagerung von Sicherheitsmaßnahmen ins Vorfeld gewalttätiger oder strafbarer Handlungen. Dies greift einen bereits länger bestehenden Trend auf und kann als „konsequente Frucht eines Sicherheitsdenkens im Präventionsstaat“ betrachtet werden.<sup>14</sup>

<sup>12</sup> Vgl. Raphael Bossong/Hendrik Hegemann, Die Politik der „zivilen Sicherheit“: Bedeutungen und Wirkungen eines aufstrebenden Begriffs, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 1/2017, S. 39–65.

<sup>13</sup> Vgl. Hendrik Hegemann, Die Politik der „Radikalisierung“: Ein politisches Narrativ zwischen Komplexitätsreduzierung und Selbstvergewisserung, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung 1/2019, S. 31–60.

<sup>14</sup> Erhard Denninger, Freiheit durch Sicherheit? Anmerkungen zum Terrorismusbekämpfungsgesetz, in: APuZ 10–11/2002, S. 22–30, hier S. 22.

<sup>11</sup> Vgl. Christopher Daase, Wandel der Sicherheitskultur, in: APuZ 50/2010, S. 9–16.

9/11 befeuerte diese Entwicklung und hob sie auf eine neue, zuvor kaum für möglich gehaltene Stufe. In der Bewertung der Anschläge des 11. September führten die Sicherheitsbehörden ihr Scheitern hinsichtlich der Verhinderung der Taten unter anderem darauf zurück, dass sie die sich anbahnende Gefahr, die von einer Gruppe zuvor weitgehend unauffälliger „Schläfer“ ausging, nicht rechtzeitig erkannt hatten. Aus Sicht der Sicherheitsbehörden galt es daher, trotz dieser Ungewissheit die potenziell katastrophalen Folgen weiterer Anschläge zu verhindern. Die Devise lautete also, entsprechende Gefahren möglichst frühzeitig zu erkennen, noch bevor diese überhaupt zu einer realen Bedrohung werden können. Dies führte zunächst dazu, dass neue Straftatbestände eingeführt wurden, durch die bereits Handlungen im Vorfeld gewaltsamer Aktivitäten kriminalisiert wurden. In Deutschland betrifft dies etwa den Paragraphen 89a des Strafgesetzbuches, der bereits die „Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat“ unter Strafe stellt. Dies verlangt allerdings nach wie vor den Nachweis, dass bereits erkennbare Pläne und Vorbereitungen angelaufen sind, die sich vor Gericht entsprechend nachweisen lassen müssen.

Darüber hinaus wurden polizeiliche Ermittlungen und rechtliche Maßnahmen zunehmend in Bereiche ausgedehnt, in denen strafbare Aktivitäten noch nicht konkret erkennbar waren, sondern Sicherheitsbehörden lediglich davon ausgingen, dass es in Zukunft welche geben könnte. Aufgrund bestimmter Merkmale wird Personen dabei unterstellt, dass sie potenziell Anschläge begehen oder planen könnten, auch ohne zu wissen, ob, wann und wie dies der Fall sein wird. Besonders deutlich kommt dies in der Figur des „Gefährders“ zum Ausdruck. Nach dem Motto *better safe than sorry* können gegen diese Personen mitunter weitreichende Freiheitsbeschränkungen bis hin zu elektronischen Fußfesseln erlassen werden, selbst wenn sich die unterstellte Gefahr vielleicht auch sonst nicht eingestellt hätte. Viele Polizeigesetze der Bundesländer haben dieses Grundprinzip inzwischen unter der Überschrift der „drohenden Gefahr“ übernommen. Selbst in der Schweiz, die bislang praktisch keine terroristischen Anschläge zu verzeichnen hatte, stimmten die Bürger\*innen im Juni 2021 per Bürgerentscheid einem neuen Gesetz über „polizeiliche Maßnahmen

zur Bekämpfung von Terrorismus“ zu, das unter anderem Hausarrest für als Gefährder eingestufte Personen vorsieht. Frühere Entwürfe der Regierung umfassten gar die Idee einer „Präventivhaft“. Diese durch 9/11 wesentlich beförderte Präventionslogik wird in der Kriminalpolitik als „neue Denkweise“<sup>15</sup> oder „Paradigmenwechsel“<sup>16</sup> beschrieben, da sie unter anderem die Unschuldsvermutung untergräbt und die Grenze zwischen polizeilicher Gefahrenabwehr und nachrichtendienstlicher Frühwarnung aufweicht.

## NORMALISIERUNG ODER POLITISIERUNG?

In liberalen Demokratien bleiben die bisher beschriebenen Entwicklungen und Trends grundsätzlich auch in Krisenzeiten Bestandteil politischer und gesellschaftlicher Diskussions- und Aushandlungsprozesse, durch die sie bestätigt, kritisiert oder verändert werden können. Dabei lassen sich vor allem zwei widerstreitende Dynamiken identifizieren, die die längerfristige Entwicklung der Antiterrorpolitik in liberalen Demokratien prägen.

Auf der einen Seite finden sich Anzeichen einer „Normalisierung“ der in Reaktion auf 9/11 beschlossenen Maßnahmen sowie der sie tragenden Denk- und Argumentationsweisen. Die Idee des Ausnahmezustands ist ursprünglich auf einen bestimmten Zeitraum und genau beschriebene Kompetenzen begrenzt und impliziert die anschließende Rückkehr zum vorherigen Normalzustand. In vielen Fällen aber werden Teile der „Ausnahmen“ schrittweise und oftmals unmerklich in einen langfristigen Normalzustand überführt. Die Öffentlichkeit gewöhnt sich im Moment der Krise an zuvor höchst kontroverse Rechtfertigungen für drastische Freiheitseinschränkungen, die dann zunehmend in reguläres Recht übersetzt und als alltägliche Handlungspraxis verinnerlicht werden.<sup>17</sup>

<sup>15</sup> Andrea Kretschmann, Soziale Tatsachen: Eine wissenssoziologische Perspektive auf den „Gefährder“, in: APuZ 32–33/2017, S. 11–16, hier S. 13.

<sup>16</sup> Nele Austermann/Gianna Magdalena Schlichte, Gefährliche Begriffe?! Über „Gefährder“ und drohende Gefahren, in: Kritische Justiz 4/2018, 479–494, hier S. 479.

<sup>17</sup> Vgl. Tristan Barczak, Der nervöse Staat: Ausnahmezustand und Resilienz des Rechts in der Sicherheitsgesellschaft, Tübingen 2020.

Dies zeigt sich exemplarisch am Beschluss des Deutschen Bundestags aus dem November 2020, mit dem das Parlament ohne größere öffentliche Anteilnahme die ursprünglich befristeten Regelungen der nach dem 11. September 2001 verabschiedeten Sicherheitsgesetze nach mehreren Verlängerungen endgültig entfristete. Die Verabschiedung dieser Gesetze wurde ursprünglich unter anderem damit begründet, dass die Maßnahmen vor dem spezifischen Hintergrund von 9/11 zeitlich begrenzt seien und ihre Notwendigkeit und Angemessenheit regelmäßig überprüft würden. Die bisher erfolgten Evaluierungen stießen bei Expert\*innen auf Kritik; in ihrem Rahmen wurde oftmals lediglich überprüft, ob die Behörden die jeweiligen Maßnahmen einsetzten und wie sie diese aus ihrer Praxis heraus bewerteten. Dennoch erfolgte die endgültige Verstetigung. Der „Zeit“-Journalist Kai Biermann beschrieb dies als „schleichenden und letztlich gefährlichen Umbau“ staatlicher Sicherheitspolitik, gerade weil deren Tragweite nach einem längeren Prozess der Gewöhnung weiten Teilen der Öffentlichkeit kaum noch bewusst ist.<sup>18</sup>

Die Normalisierung des „Kriegs gegen den Terror“ wurde und wird auch durch mediale Berichterstattungen, öffentliche Inszenierungen und popkulturelle Darstellungen vorangetrieben. Zahlreiche Filme und Serien, die das Thema aufgriffen, reproduzierten die Vorstellung, dass Terrorist\*innen eine besondere Art von „Bösewichten“ seien und Ermittler\*innen es im existenziellen Kampf gegen den Terrorismus und beim Einsatz für die „nationale Sicherheit“ mit den Regeln des Rechtsstaats, etwa dem Verbot der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen Verdächtige, im Zweifel nicht allzu eng nehmen müssten.<sup>19</sup>

Auf der anderen Seite besitzen demokratische Rechtsstaaten auch in Momenten der Krise die Mittel und Fähigkeiten für offene Diskussionen und politische Korrekturen. Diese kamen auch nach 9/11 durchaus zum Einsatz. Einige Parlamente haben Untersuchungsausschüsse

zur Aufarbeitung von Geheimdienstkandalen und besonders drastischen Antiterrorpraktiken eingesetzt. Gerichte haben immer wieder einzelne Maßnahmen rechtsstaatlich überprüft und teilweise für rechtswidrig erklärt. So gibt es etwa in Deutschland mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten sowie zur Telekommunikationsüberwachung im Ausland. Medien und zivilgesellschaftliche Gruppen haben regelmäßig verdeckte Operationen oder Skandale aufgedeckt. Auch Whistleblower\*innen wie Edward Snowden oder Chelsea Manning haben dabei eine zentrale Rolle gespielt. Einige Maßnahmen konnten bereits vor ihrer Einführung verhindert oder abgeschwächt werden, etwa in Bezug auf sogenannte Körperscanner an Flughäfen. Aktuell laufen derartige Kontroversen beispielsweise um die Anwendung von Technologien zur Gesichtserkennung. Es zeigen sich also durchaus auch Formen einer „Politisierung“ der nach 9/11 beschlossenen Sicherheitsmaßnahmen, selbst wenn die Diskussionen darum oftmals vor allem ohnehin schon politisch aktive Kreise erfasst haben (wie im Fall der Diskussionen über die Enthüllungen Edward Snowdens) und viele Beschlüsse dennoch in Kraft bleiben.<sup>20</sup>

Sicherheitspolitische Entscheidungen in liberalen Demokratien können sich letztlich also demokratischer Kontrolle und öffentlicher Diskussion nicht vollständig entziehen. Dies verlangt allerdings funktionierende demokratische Institutionen und Prozesse. Der „Krieg gegen den Terror“ erwies sich daher dort als besonders problematisch, wo entsprechende Kontrollmechanismen ohnehin unter Druck stehen oder ihre Rolle nur noch bedingt erfüllen können. Hier kann die Terrorismusbekämpfung breitere Entdemokratisierungsprozesse weiter vorantreiben und vermeintlich rechtfertigen. Als Beispiel kann etwa die Türkei dienen, wo seit dem Putschversuch 2016 zahlreiche Aktivist\*innen, Journalist\*innen oder Wissenschaftler\*innen mit dem Verweis auf eine angebliche Unterstützung von Terrororganisationen inhaftiert oder anderweitig diskriminiert wurden.

**18** Vgl. Kai Biermann, *Das Wasser kocht schon*, 6. 11. 2020, [www.zeit.de/politik/deutschland/2020-11/ueberwachung-terrorismusgesetz-fingerabdrucke-ausweis-freiheit](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-11/ueberwachung-terrorismusgesetz-fingerabdrucke-ausweis-freiheit).

**19** Vgl. Frank Gadinger, „Whatever it takes“: 24 und die Normalisierung des Ausnahmezustandes, in: Niko Switek (Hrsg.), *Politik in Fernsehserien*, Bielefeld 2018, S. 297–317.

**20** Vgl. Hendrik Hegemann/Martin Kahl, (Re-)Politisierung der Sicherheit? Legitimation und Kontestation geheimdienstlicher Überwachung nach Snowden, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2/2016, S. 8–41.

## FAZIT

20 Jahre nach 9/11 ist der „Krieg gegen den Terror“ im öffentlichen Bewusstsein in den Hintergrund gerückt, und einige seiner sichtbarsten Exzesse konnten revidiert oder eingeschränkt werden. Seine Nachwirkungen dauern aber immer noch an. Die beschriebenen Reaktionen und ihre Begründungen haben Diskussionen über das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit in liberalen Demokratien nachhaltig geprägt und langfristige Verschiebungen und Trends befördert, die auch den Umgang mit zukünftigen Sicherheitsrisiken und Krisen prägen könnten. Der Umgang mit 9/11 hat die Gefahren eines politischen und rechtlichen Ausnahmezustands verdeutlicht, wenn in „normalen“ Zeiten kaum denkbare Freiheitseingriffe möglich und zum Teil verstetigt werden, während gleichzeitig offene politische Diskussion und demokratische Kontrolle unter einem übergreifendem Sicherheitsimperativ leiden. Eine wesentliche Gefahr besteht in der schleichen den Gewöhnung an eine solche Sicherheitslogik und die damit verbundenen Freiheitseinschränkungen. Gleichzeitig sind einem umfassenden Ausnahmezustand in liberalen Demokratien mit funktionierenden Institutionen und kritischer Öffentlichkeit Grenzen gesetzt, und demokratische Politik kann sich selbst in Krisenzeiten ihre Spielräume zurückerobern. Dies setzt allerdings voraus, dass politische Institutionen und demokratische Öffentlichkeiten ihre Rechte und Möglichkeiten gerade auch in diesen Phasen wahrnehmen und einfordern.

Terroristische Gewalt hat moderne Gesellschaften immer wieder in unterschiedlichen Formen und in unterschiedlicher Intensität getroffen. Außerhalb von Gebieten mit akuten bewaffneten Konflikten wie Afghanistan oder Irak gefährdet sie aber nicht die grundsätzliche Existenz von Staaten, und die mit terroristischen Anschlägen verbundenen Risiken bleiben im Vergleich zu anderen Bedrohungen eher gering. Der Schutz ihrer Bürger\*innen vor Anschlägen ist für demokratische Staaten durchaus ein legitimes Ziel, das im gut zu begründenden Einzelfall auch streng begrenzte Freiheitseinschränkungen rechtfertigen kann. Terrorismus ist aber weder ein alle Mittel rechtfertigender Ausnahmezustand noch ein nicht beeinflussbares natürliches Risiko, bei dem es nur um die Abmilderung der Konsequenzen geht. Terrorismus ist vielmehr ein politisches

Problem neben vielen anderen, das sich in letzter Konsequenz nicht aus der Welt schaffen, aber im Rahmen demokratischer und rechtsstaatlicher Politik durch eine Vielzahl unterschiedlicher Instrumente bearbeiten lässt. Welche Reaktionen dabei als angemessen und notwendig erachtet werden, gilt es sowohl in Momenten der Krise als auch in scheinbar „normalen“ Zeiten immer wieder durch ergebnisoffene öffentliche Diskussionen auszuhandeln, ohne dabei einen pauschalen Freifahrtschein für übergreifende Sicherheitsnarrative auszustellen.

## HENDRIK HEGEMANN

ist promovierter Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Referent im Forschungsbereich „Gesellschaftlicher Frieden und Innere Sicherheit“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.  
hegemann@ifsh.de

# Gedanken, Anregungen, Kritik?

Schreiben Sie uns eine E-Mail:  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

Folgen Sie uns auf Twitter:  
[@apuz\\_bpb](https://twitter.com/apuz_bpb)

# ISLAMISTISCHER TERRORISMUS SEIT 9/11

## Ausprägungen, Abwehr und Aussichten

*Rolf Tophoven*

Der 11. September 2001 beginnt als gewöhnlicher, sonniger Tag in New York City. Die Stadt erwacht, und die Menschen strömen zu ihren Arbeitsplätzen. Um 8.46 Uhr Ortszeit zerplatzt diese Normalität: Eine von Terroristen entführte Verkehrsmaschine der American Airlines, Flug 11, rast in den nördlichen Turm der über 400 Meter hohen „Twin Towers“ des World Trade Centers. 17 Minuten später kracht ein weiteres Flugzeug, Flug 175 der United Airlines, in den südlichen Turm und explodiert. Beide Hochhäuser brennen und stürzen später in sich zusammen. Fast 3000 Menschen sterben in dem Inferno, Tausende werden verletzt. Das Wahrzeichen von Manhattan und Symbol der US- Wirtschaftsmacht existiert nicht mehr.

Aber der Horror dieses Tages trifft nicht nur New York. Um 9.37 Uhr wird eine Boeing 757, der American-Airlines-Flug 77, in den Südflügel des Pentagons gelenkt, den Hauptsitz des US-Verteidigungsministeriums bei Washington, D. C. Kurz darauf, um 10.03 Uhr, stürzt eine weitere Verkehrsmaschine, Flug 93 der United Airlines, bei Shanksville im Bundesstaat Pennsylvania auf einem Feld ab. Vermutlich sollte auch dieses Flugzeug Kurs auf die US-Hauptstadt nehmen. Dass es nicht dazu kam, hing wohl mit einem verzweifelten Kampf der Passagiere mit den Entführern zusammen. In der Folge dieses Tages steht nicht nur Amerika unter Schock, sondern nahezu die gesamte Welt.<sup>01</sup>

Fachleute erkannten relativ schnell: Nur eine global operierende Terrororganisation konnte die Fähigkeiten besitzen, einen solch strategisch, operativ und logistisch perfekt geplanten Terroranschlag auszuführen.<sup>02</sup> Bereits im Februar 1993 hatte es einen Versuch gegeben, das World Trade Center zu zerstören. Islamisten um den blinden Hassprediger Omar Abdel-Rahman hatten in der Tiefgarage eine heftige Explosion herbeigeführt. Sechs Menschen wurden getötet, über 1000 verletzt. Nur glückliche Umstände, die Statik des

Gebäudes und die Schwäche der Bombe verhinderten, dass es schon damals zum Einsturz der Türme kam.

### INTERNATIONALER DSCHIHAD-TERRORISMUS

Die Botschaft der Terroranschläge des 11. September 2001, bis heute die spektakulärsten und vermutlich folgenreichsten der Geschichte, waren jedem kritischen Beobachter rasch klar: In New York sollten die Wirtschafts- und Nervenstränge der westlichen Führungsmacht USA getroffen werden; zudem zielten die Anschläge auf eine Megametropole der modernen Industriegesellschaft. In New York zeigte sich zum ersten Mal auch im Herzen der USA das Bild eines sich immer stärker profilierenden neuen Terrorismus islamistischer Prägung. Dieser wird von einer fanatischen Energie der Täter gespeist, welche die Lehren des Korans in ihrem Sinne zu einer politischen Ideologie militant-islamistischer Prägung umdeuten und interpretieren. Bestimmendes Motiv dieser Haltung ist ein tiefsitzender Hass auf „die westliche Welt“ und ihre Gesellschaftssysteme. Der Hass zielt aber gleichermaßen auf jene muslimisch geprägten Staaten, die, wie Saudi-Arabien, mit dem Westen durch wirtschaftliche Interessen eng verbunden sind. Dieser Konstellation erklärten die Strategen des Terrors einen „Heiligen Krieg“ (Dschihad), der künftig immer wieder als Rechtfertigung und Argumentationshilfe ihrer Aktionen dienen sollte.<sup>03</sup>

Das Bild des internationalen Terrorismus gewann durch die Anschläge vom 11. September völlig neue Konturen. Der Dschihad-Terrorismus missbrauchte die Religion, der Terror gegen die „Ungläubigen“ wurde zudem ideologisch als globale Strategie angelegt. Schon unmittelbar nach den Anschlägen von New York und Washington zeichneten die US-Geheimdienste ein erstes Bild der Tatverdächtigen und Drahtzieher. Die Spur

führte zum saudi-arabischen Multimillionär Osama bin Laden, der sich mit seinem Terrornetzwerk al-Qaida („die Basis“) in den Bergen Afghanistans unter dem Schutz der dort regierenden radikalislamischen Taliban verschanzt hatte. Er nahm zu diesem Zeitpunkt schon seit Längerem einen Spitzenplatz auf den Fahndungslisten vieler Nachrichtendienste ein. Vom pakistanischen Peschawar aus hatte Bin Laden in den 1980er Jahren den Kampf der afghanischen Mudschaheddin gegen die sowjetische Besatzung, den entstehenden „afghanischen Dschihad“, mit Unmengen an Geld und Material unterstützt.<sup>04</sup>

Im Zuge internationaler Großfahndungen wurde auch in Hamburg eine Al-Qaida-Zelle aufgedeckt. Als ihr Anführer gilt der damals 33-jährige Ägypter Mohammed Atta, der das erste Flugzeug ins World Trade Center steuerte. Er hatte lange Zeit in einer bürgerlichen Scheinlegalität gelebt und in Hamburg-Harburg studiert.<sup>05</sup> Neben ihm waren weitere 18 Männer direkt an den Flugzeugentführungen beteiligt, 15 davon stammten wie Bin Laden aus Saudi-Arabien.

Nur knapp einen Monat nach den Anschlägen begann am 7. Oktober 2001 der US-geführte Angriff auf afghanische Al-Qaida-Stützpunkte. Die Nato hatte den Bündnisfall ausgerufen, und so konnte die US-Administration auf weltweite Solidarität und Unterstützung zählen, auch aus Deutschland. Die massive Offensive der USA und ihrer Verbündeten führte zwar zur Zerschlagung der Trainingsbasen der Bin-Laden-Truppe, auch wurde deren Schutzmacht, das Regime der Taliban, in diesem Antiterrorfeldzug beseitigt. Doch die Idee eines Dschihad gegen die westliche Führungsmacht und ihre Verbündeten wirkte weiter, und auch die Taliban blieben einflussreich. Osama bin Laden wurde erst ein Jahrzehnt später im pakistanischen Abbottabad aufgespürt und

am 2. Mai 2012 durch eine US-Spezialeinheit getötet. Seine Hilfe für das sowjetisch besetzte Afghanistan haben ihm viele Menschen in der Region bis heute nicht vergessen, nicht wenigen gilt er als Held.<sup>06</sup>

## VON AL-QAIDA ZUM „ISLAMISCHEN STAAT“

Nach den Angriffen vom 11. September 2001 sprach der damalige US-Präsident George W. Bush vom „Krieg gegen den Terror“. Ähnliche Worte wählte auch der französische Präsident François Hollande 14 Jahre später, nachdem islamistisch motivierte Terroristen am 13. November 2015 bei einer Anschlagsserie in und um Paris 130 Menschen getötet und über 680 Menschen verletzt hatten. Manchen Fachleuten geht die Rede vom „Krieg“ allerdings zu weit, denn Terroristen sind gemeinhin keine Kombattanten im klassischen militärischen Sinne. Dennoch ist es „seit dem 11. September 2001 üblich geworden, von Krieg zu sprechen und auch tatsächlich Kriege zu führen“.<sup>07</sup> In der Praxis allerdings bedeutet das einen Wandel des herkömmlichen Kriegsbildes.

Dieser neue Typus kriegerischer Auseinandersetzung heißt in der Sprache der Militärexperten *low intensity war*; damit ist eine hybride oder auch asymmetrische Kriegführung gemeint. Darunter wird eine Konfrontation verstanden, die von nicht-staatlichen Gruppen oder Organisationen nach neuen Regeln sowie mit neuen Taktiken und Absichten ausgefochten wird. Die großen militärischen Konfrontationen des vergangenen Jahrhunderts mit „klassischer“ Kriegführung zwischen Staaten sind demnach Auslaufmodelle. Den neuen Typus einer Kriegspartei repräsentieren Gruppen oder (Terror-)Kommandos vom Schlage der proiranischen Hisbollah im Libanon, der islamistischen Hamas im Gazastreifen, die Terrorkader al-Qaidas und des sogenannten Islamischen Staates (IS), um nur einige Beispiele zu nennen. Diese Kommandos operieren nicht mit hochgerüsteten Armeen, sondern in kleinen flexiblen Einheiten, die mit zunehmend raffinierten taktischen Mitteln einen terroristischen Guerillakrieg aus dem Untergrund führen können. Punk-

**01** Zu den Ereignissen vgl. Stefan Aust/Cordt Schnibben (Hrsg.), *Der 11. September. Geschichte eines Terrorangriffs*, Hamburg 2002; Lawrence Wright, *Der Tod wird euch finden. Al-Qaida und der Weg zum 11. September*, München 2006.

**02** Vgl. Kai Hirschmann, *Terrorismus in neuen Dimensionen*, in: APuZ 51/2001, S. 7–15.

**03** Vgl. Peter Heine, *Terror in Allahs Namen. Hintergründe der globalen islamistischen Gewalt*, Freiburg/Br. 2015, S. 22ff.

**04** Zu Bin Laden in Afghanistan vgl. Peter L. Bergen, *Heiliger Krieg Inc., Osama bin Ladens Terrornetz*, Berlin 2001, S. 59ff.

**05** Vgl. Rolf Tophoven, *Islamistische Netzwerkstrukturen in Deutschland*, in: Kai Hirschmann/Christian Leggemann (Hrsg.), *Der Kampf gegen den Terrorismus. Strategien und Handlungserfordernisse in Deutschland*, Berlin 2003, S. 101ff.

**06** Gespräche des Autors mit Al-Qaida-Sympathisanten in Koranschulen im pakistanischen Peschawar, 2005/06.

**07** Herfried Münkler, *Nach dem Angriff*, in: *Welt am Sonntag*, 28. 4. 2019, S. 11.

tuell sind diese Kommandos konventionell agierenden Streitkräften sogar überlegen.

Hinsichtlich Dynamik, Organisation und Fanatismus übertraf die von Bin Laden gegründete al-Qaida 2001 alle bis dahin bekannten Formen und Strukturen eines terroristischen Szenarios. Das Terrornetzwerk war dem Terrorismusforscher Rohan Gunaratna zufolge durch den US-geführten Einsatz in Afghanistan „fast schon vernichtend geschlagen“, doch der Abzug von US-Eliteverbänden, die ab Frühjahr 2003 im Krieg gegen den Irak gebraucht wurden, erlaubte sein Überleben. Ein „schlimmer Fehler“, so Gunaratna, denn der Krieg im Irak wirkte fortan als „Brandbeschleuniger des islamistischen Terrors“.<sup>08</sup>

Die von den USA geführte „Koalition der Willigen“ begründete den Einmarsch in den Irak mit der falschen Behauptung, das Regime Saddam Husseins plane den baldigen Einsatz von Massenvernichtungswaffen. Hussein war rasch besiegt, doch in den Wirren der Nachkriegszeit und insbesondere nach dem 2011 erfolgten Abzug des Großteils der US-Soldaten kam es zum Aufstieg des aus al-Qaida im Irak hervorgegangenen IS. Begünstigt durch den syrischen Bürgerkrieg und mit Hilfe früherer Spitzenmilitärs und Geheimdienstexperten des gestürzten irakischen Regimes gelang 2014 die Gründung des ersten „Terrorstaates“ in der Geschichte. In der von IS-Kommandos eroberten nordirakischen Stadt Mossul rief ihr Führer Abu Bakr al-Baghdadi am 4. Juli während einer Freitagspredigt in einer Moschee das „Kalifat“ aus. Durch diesen Schachzug übertraf der IS seine „Mutterorganisation“ al-Qaida an Wirkung und Ausstrahlung. Besonders die in ihren Anfängen mit äußerster Härte und Brutalität durchgesetzte Eroberungstaktik im Irak und in Syrien wurde zum prägenden Merkmal dieser Terrorformation, die zeitweise eine Fläche von der Größe Großbritanniens kontrollierte.<sup>09</sup>

Spätestens Ende des Jahres 2019 zerbrachen das „Kalifat“ und seine Strukturen unter dem massiven Druck einer breiten internationalen Anti-IS-Koalition. Die militärische Nie-

derlage der Terrormiliz sollte allerdings nicht zu der Annahme verleiten, der IS sei schon besiegt, denn aus ihr heraus erwuchs eine Art Mythos, der Glaube an eine vermeintliche staatliche Einheit, die für viele Anhänger des IS eine besondere Attraktivität besaß. In den Worten des Terrorismusforschers Bruce Hoffman: „Es ist eine Tatsache, dass der IS im westlichen Irak und in Syrien schwere Rückschläge erlitten hat. Aber eine Terrorgruppe schwer zu beschädigen, ist nicht dasselbe, wie ihre Ideologie zu untergraben oder ihre *raison d'être* zu zerstören. (...) Die Gruppe wird zu den terroristischen Operationen auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene zurückkehren, die in ihrer DNA verankert sind (...) Dass der Kern der extremistischen Ideologie des IS (...) in dieser Welt überlebt hat, zeugt von ihrer anhaltenden Anziehungskraft auf zumindest eine kleine Anzahl von Anhängern, die allerdings über eine unverhältnismäßige Fähigkeit verfügen, unschuldigen Menschen auf mehreren Kontinenten in großem Stil Schmerz und Leid zuzufügen.“<sup>10</sup>

## DER 11. SEPTEMBER ALS IMPULSGEBER

Die Anschläge vom 11. September 2001 haben letztlich nicht nur die weltpolitische Sicherheitsarchitektur verändert, sie haben auch den Blick und die Wahrnehmung vieler Menschen auf das Gewaltphänomen des Terrorismus islamistischer Prägung neu geschärft – und auch den Blick auf „den Islam“ und „die Muslime“. Dieses Thema erforderte und erfordert differenzierte Aufklärung; entsprechend waren und sind Islamwissenschaftler verstärkt gefragt, denn „viele Muslime in Deutschland und anderen westlichen Staaten fühlten sich plötzlich kollektiv unter Generalverdacht gestellt, und nicht wenige hielten sogar die Anschläge vom 11. September für eine ‚Verschwörung‘, ein ‚Fake‘ mit dem Ziel, den Islam und die Muslime in ein schlechtes Licht zu rücken.“<sup>11</sup>

In den Jahren nach 9/11 zeigte sich die Bedrohung durch islamistisch motivierten Terro-

<sup>08</sup> Gespräch des Autors mit Rohan Gunaratna von der Nanyang Technology University Singapur im September 2003 auf einer Konferenz in Herzlia, Israel.

<sup>09</sup> Vgl. Guido Steinberg, *Kalifat des Schreckens. IS und die Bedrohung durch den islamistischen Terror*, München 2015; Christoph Reuter, *Die schwarze Macht. Der „Islamische Staat“ und die Strategien des Terrors*, München 2015.

<sup>10</sup> Bruce Hoffman, *ISIS' Shifting Focus*, 23. 4. 2019, [www.theicpherbrief.com/column\\_article/isis-shifting-focus](http://www.theicpherbrief.com/column_article/isis-shifting-focus). Vgl. auch Yassin Musharbash, *Sie sind nicht tot*, in: *Die Zeit*, 28. 2. 2019, S. 12.

<sup>11</sup> Klaus Hummel/Andreas Rieck, *Salafismus, Islamismus und islamistischer Terrorismus*, in: Brahim Ben Slama/Uwe E. Kemmesies (Hrsg.), *Handbuch Extremismusprävention*, Bundeskriminalamt, Wiesbaden 2020, S. 87–112, hier S. 96.

ismus in ständig veränderten Formen. Mit dem Angriff auf die Twin Towers und das Pentagon hatte eine neue Ära des Terrorismus, das Zeitalter des Dschihad-Terrorismus, mit weltweiter Ausstrahlung begonnen. Zugleich hatte al-Qaida die Spur für Massenvernichtung durch Terroristen gelegt – und zwar ohne den auch bis dahin schon oft von Experten befürchteten Modus Operandi mittels nuklearer, biologischer oder chemischer Substanzen. Die Welt erlebte nach 2001 dennoch ein „Jahrzehnt des Terrorismus“.<sup>12</sup> Das Credo vom Kampf gegen die „Ungläubigen“ pflanzte sich fort. Angriffsziele waren, wie von Bin Laden definiert, der „ferne Feind“ – die USA, Israel, Europa – und der „nahe Feind“, die prowestlichen arabischen Staaten. Letztere sollten allerdings erst in einem zweiten Schritt ins Fadenkreuz der islamistischen Krieger geraten.<sup>13</sup> Ob in Madrid, Barcelona, London, Paris, Nizza, Brüssel oder Berlin – viel häufiger aber noch in Afghanistan, im Nahen Osten sowie in vielen asiatischen und afrikanischen Ländern: Seit 2001 verübten islamistisch motivierte Terroristen weltweit Tausende Anschläge mit Zigtausenden – vor allem muslimischen – Todesopfern.<sup>14</sup> Außerhalb von Irak und Syrien zählte das australische Institute for Economics & Peace seit 2013 über 3000 terroristische Attacken allein von mit dem IS verbündeten Gruppen oder Einzeltätern.<sup>15</sup> Islamistisch motivierter Terrorismus ist somit zu einem bestimmenden Faktor der globalen Politik geworden.

Die hohen Opferzahlen verraten, dass die Angriffe auf die wirtschaftspolitischen und militärischen Kraftzentren der USA vor 20 Jahren eine durchaus stimulierende und motivierende Ausstrahlung auf Terrorgruppen in aller Welt hatten. Die Faszination der Schläge ins Herz der westlichen Führungsmacht haben vielerorts junge Muslime und Konvertiten angezogen. Zwar ist

inzwischen längst eine neue Generation von militanten Islamisten herangewachsen, die nicht mehr in Terrorcamps al-Qaidas oder des IS ausgebildet wurden, aber die Geschehnisse rund um den terroristischen „Super-GAU“ von 2001 wirken als Vorbild nach – auch wenn sich die Terrorkommandos von heute an Bin Laden und die Gründungsväter al-Qaidas oft nur noch aus Überlieferungen erinnern.

Nationale und internationale Sicherheitsbehörden sind sich einerseits weitgehend einig, dass ein „zweiter 11. September“ heute wohl kaum mehr in dieser Form realisierbar wäre. Der Anschlag bleibt möglicherweise ein singuläres Ereignis – nicht zuletzt aufgrund weltweit besserer Abwehrmechanismen und Aufklärungsergebnisse über extremistische Herausforderungen und ihre Akteure. Andererseits haben sich Vorgehensweise und Waffen islamistischer Terroristen im Grundsätzlichen nicht geändert. Wirk- und Tatmittel einer Terroroperation sind nach wie vor relativ simpel: Schusswaffen, Bomben und Sprengstoffgürtel sowie zunehmend auch Gegenstände des täglichen Gebrauchs wie Messer oder Fahrzeuge.

Dies sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass Terroristen durchaus daran arbeiten, Dramatik und Dimension des 11. September irgendwann noch zu übertreffen. So wurde beispielsweise im Juni 2018 in Köln ein IS-Anhänger festgenommen, der kurz davorstand, einen Anschlag mit hochgiftigem Rizin zu verüben. Das Bundeskriminalamt (BKA) sprach damals von einer „Bio-Bombe“. Substanzen für den geplanten toxischen Angriff hatte sich der Täter über das Internet bestellt und die Bombe nach einer online veröffentlichten Anleitung selbst hergestellt.

## VIRTUELLER DSCHIHAD

Das Kölner Ereignis zeigt, wie die weltweite Vernetzung und Digitalisierung heutigen Terroristen bei der operativen Planung in die Hände spielt. Vor allem der IS, der nach wie vor Ableger in aller Welt hat, nutzt dieses Instrumentarium. Wenn Terrorismus als eine Art Kommunikationsstrategie begriffen wird,<sup>16</sup> dann steht seinen radikalen Akteuren im Digitalzeitalter ein perfekter Baukasten zur Verfügung, mit dem sich auch Nieder-

<sup>12</sup> Vgl. Kai Hirschmann/Rolf Tophoven, *Das Jahrzehnt des Terrorismus*, Essen 2010.

<sup>13</sup> Vgl. Guido Steinberg, *Der nahe und der ferne Feind. Das Netzwerk des islamistischen Terrorismus*, München 2005.

<sup>14</sup> Die „Welt am Sonntag“ stellte 2019 eine Liste zusammen, laut der seit 2001 allein 3071 Anschläge mit zwölf oder mehr Todesopfern verübt wurden, insgesamt wurden demnach über 95000 Menschen ermordet. Vgl. *Welt am Sonntag*, 28. 4. 2019, S. 12f.

<sup>15</sup> Vgl. Institute for Economics & Peace, *Global Terrorism Index 2020*, November 2020, S. 5, [www.economicsandpeace.org/wp-content/uploads/2020/11/GTI-2020-web-2.pdf](http://www.economicsandpeace.org/wp-content/uploads/2020/11/GTI-2020-web-2.pdf).

<sup>16</sup> Vgl. Peter Waldmann, *Terrorismus. Provokation der Macht*, Hamburg 2005<sup>2</sup>.

lagen kompensieren lassen – wie es der militärisch geschlagene IS derzeit durch massive mediale Propaganda versucht.

Den Stellenwert digitaler Mittel für heutige Terroristen betont auch BKA-Präsident Holger Münch: „Der Einfluss der Digitalisierung ist im Bereich Terrorismus deutlich spürbar. (...) Terroristen kommunizieren beispielsweise über Messengerdienste in verschlüsselten Chats miteinander; ferner haben Terroristen, wie alle Kriminellen, heute die Möglichkeit, sich Waffen im Darknet zu besorgen oder auch andere Dienstleistungen von Cyberkriminellen einzukaufen – Stichwort: Crime as a Service.“<sup>17</sup> Social-Media-Kanäle und Messengerdienste wirken darüber hinaus als ideale Propagandaplattformen und „machtvolle interaktive Multiplikatoren“.<sup>18</sup>

Schon al-Qaida nutzte das Internet als operative Basis. Bereits 2005 schrieben Steve Coll und Susan Glasser von der „Washington Post“: „Al-Qaida ist die erste Guerillabewegung der Geschichte, die aus dem physischen in den Cyberraum gewandert ist. Mit Laptops und DVDs, in geheimen Schlupfwinkeln und Internetcafés in der Nachbarschaft haben junge codeschreibende Dschihadisten versucht, die in Afghanistan verlorenen Trainings-, Kommunikations-, Planungs- und Predigt-Einrichtungen im Internet zu replizieren.“<sup>19</sup> Die digitalen Möglichkeiten sind seither nicht weniger geworden. Auch der ehemalige Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) Gerhard Conrad betonte 2019 als Leiter der EU-Nachrichtenabteilung die Bedeutung des Internets für die heutige Terroristen-Generation: „Spontanäter orientieren sich an der virtuellen Welt. Früher wurden sie ‚analog‘ inspiriert, etwa durch Prediger in einer Moschee oder anderen sozialen Treffpunkten. Heute passiert das oft im Cyberraum. Und im Extremfall lässt sich auch der Dschihad virtuell führen.“<sup>20</sup>

Eine Art Schlüsselereignis, das deutlich vor Augen führte, dass der Dschihad inzwischen auch im Netz geführt wird, war der Hackerangriff auf den französischen Sender TV5 Monde am 9./10. April 2015. Hacker eines selbsternannten

„Cyber-Kalifats“ hatten damals den Sendebetrieb stundenlang lahmgelegt und auf den Internetseiten des Senders IS-Propaganda platziert.<sup>21</sup> Für den militärisch geschlagenen IS und seine Restkader bieten die heutigen digitalen Möglichkeiten eine einzigartige Chance, als „asymmetrisches Terrornetzwerk“ fortzubestehen, unterstreicht auch Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang: „Während er zukünftig in der Realwelt deutlich konspirativer agieren muss, kann er seine Propaganda im Cyberraum unbegrenzt fortsetzen und weiter verbreiten.“<sup>22</sup> In der „realen Welt“ werden al-Qaida und der IS vor allem dort weiter existieren, wo staatliche Autorität und Kontrolle fehlen – in erster Linie also in Regionen Afrikas, im Nahen Osten und in Südostasien.

## WAS FOLGT AUF DEN 11. SEPTEMBER 2021?

Das Datum ist symbolträchtig: Bis zum 11. September 2021 sollen die letzten US-Truppen und ihre Verbündeten, auch die Bundeswehr, Afghanistan verlassen. Damit beendet US-Präsident Joe Biden den längsten Krieg, den Amerika je geführt hat. Sein Vorgänger Donald Trump hatte mit den Taliban den Abzug bereits zum 1. Mai 2021 vereinbart. Doch dieser Termin war nach dem Regierungswechsel in den USA nicht zu halten. Außerdem hatten Trumps Verhandlungsführer sich von den Taliban dahingehend diplomatisch ausmanövrieren lassen, dass die USA zusagten, vollständig abzuziehen, noch bevor eine innerafghanische Friedenslösung unter Einbeziehung der Taliban formuliert und ausgehandelt ist. Das ist bisher nicht geschehen, „und so verweigern die Islamisten der afghanischen Regierung nun konsequent jedes Zugeständnis“.<sup>23</sup> Daher beschleicht bereits jetzt viele Afghanen ein ungutes Gefühl, dass positive Entwicklungen, zum Beispiel im Schul- und Bildungswesen, durch die Rückkehr der Taliban an die Macht zunichte gemacht werden.

Sicherheitsexperten weltweit beschäftigt zudem die Frage: Wird Afghanistan wieder zu ei-

**17** Gespräch des Autors mit Holger Münch, 18. 7. 2019.

**18** Hummel/Rieck (Anm. 11), S. 96.

**19** Steve Coll/Susan Glasser, Terrorists Turn to the Web as Base of Operations, in: Washington Post, 7. 8. 2005, S. 10.

**20** „Der Dschihad lässt sich auch virtuell führen“, Gerhard Conrad im Interview mit Christoph B. Schiltz, in: Welt am Sonntag, 6. 5. 2018, S. 8.

**21** Vgl. Rolf Tophoven/H.-Daniel Holz, Der „Islamische Staat“: Geschlagen – nicht besiegt, Bonn 2020, S. 57f.

**22** Rede von BfV-Präsident Thomas Haldenwang auf dem 22. Europäischen Polizeikongress in Berlin, 20. 2. 2019, [www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/reden/DE/2019/rede-haldenwang-europaeischer-polizeikongress.html](http://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/reden/DE/2019/rede-haldenwang-europaeischer-polizeikongress.html).

**23** Tobias Matern, Der Krieg bleibt, in: Süddeutsche Zeitung, 15. 4. 2021, S. 4.

nem „Biotop“ des islamistischen Terrorismus wie vor 20 Jahren?<sup>24</sup> Deutschland hat den Feldzug der USA gegen al-Qaida am Hindukusch zwar unterstützt, ist im Kontext des Krieges und islamistischer Terroroffensiven im Gegensatz zu Frankreich, dem Vereinigten Königreich oder Belgien bislang aber von einer Folge schwerer Terrorangriffe weitgehend verschont geblieben. Der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016, bei dem 12 Menschen getötet wurden, war die bisher folgenreichste Terroraktion.

Während sich in der Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsbehörden immer wieder Defizite auftun und die Kooperation und Kommunikation mitunter ambivalent ist, sind die deutschen Sicherheitsbehörden mit ihren Systemen insgesamt gut aufgestellt. Länder- und Bundesbehörden, besonders BKA, Verfassungsschutz, BND und Generalbundesanwaltschaft, haben seit dem 11. September 2001 ihre Sensoren immer weiter geschärft und den aktuellen Verhältnissen angepasst.<sup>25</sup> Mehr als ein Dutzend geplanter Anschläge durch militante Islamisten wurde verhindert. Dennoch ist die Gefahr islamistischer Anschläge permanent vorhanden. Die Behörden stufen daher diese Form des Terrorismus neben Rechts- und Linksterrorismus nach wie vor als eine der größten Bedrohungen für die Sicherheit ein.<sup>26</sup> Ein Augenmerk der Sicherheitsbehörden liegt dabei auch auf Rückkehrern aus dem ehemaligen Herrschaftsgebiet des IS. Seit 2012 waren über 1070 Islamisten aus Deutschland in Richtung Syrien und Irak gereist, um den Kampf des „Kalifats“ zu unterstützen. Dem BKA lagen Anfang 2021 Erkenntnisse über 148 in Deutschland lebende Rückkehrer vor, davon schätzte es 78 als islamistische „Gefährder“ und 64 als „Relevante Personen“ ein.<sup>27</sup>

Neben polizeilichen Abwehrmaßnahmen haben manche Bundesländer auch Präventionsmaß-

nahmen gegen das Abgleiten junger Menschen in die militant-islamistische Szene aufgelegt. Programme wie „Wegweiser“ in Nordrhein-Westfalen sollen dazu dienen, „einen Ausstieg vor dem Einstieg“ anzubieten.<sup>28</sup> Sorge bereitet manchen Staatsschützern nach dem territorialen Niedergang des IS nämlich die Verlagerung islamistischer Aktivitäten aus dem öffentlichen Raum ins konspirative private Milieu. Allein in Nordrhein-Westfalen gibt es nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes mittlerweile um die hundert salafistische Familien, in denen vor allem Frauen eine abgeschottete Parallelwelt aufbauen, um ihre Kinder von klein auf zu indoktrinieren. Schon seit Längerem werden in sozialen Netzwerken islamistische Filme, Hörbücher und „kindgerechte“ Lektüre angeboten. Burkhard Freier, der Leiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, sieht in dieser Entwicklung „das Entstehen einer neuen Generation von Salafisten, die ideologisch noch viel tiefer verwurzelt ist als die Generation ihrer Eltern“.<sup>29</sup>

Der Blick auf den 11. September vor 20 Jahren lässt unter dem Aspekt der Terrors und seiner Bekämpfung folgendes Fazit zu: Es gibt zwar keinen Königsweg zur Lösung dieser komplexen Herausforderung. Wohl aber – von Staat zu Staat unterschiedlich – auf die jeweilige spezifische lokale Situation abgestimmte Maßnahmen. Dazu zählen neben der entsprechenden Aufklärung über den potenziellen Gegner und der hinreichenden personellen und technischen Ausstattung der Sicherheitsbehörden das Grundprinzip, dass die Bekämpfung der Bedrohung immer auf der Basis des Rechtsstaats zu erfolgen hat, wenn gleich dies international oft nicht immer gegeben ist. Der Herausforderung durch den Terrorismus, gleich welcher Spielart, begegnet BKA-Präsident Münch gleichsam selbstbewusst wie realistisch: „Wir sind in der Lage, terroristische Bedrohungen zu erkennen und zu bekämpfen – dennoch werden wir nicht immer alle Anschläge verhindern können.“<sup>30</sup>

## ROLF TOPHOVEN

leitet das Institut für Krisenprävention (IFTUS) in Essen, früher Institut für Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik. Schwerpunkte seiner journalistischen und wissenschaftlichen Tätigkeit sind der Nahostkonflikt sowie der nationale, internationale und islamistische Terrorismus.

info@iftus.de

**24** Vgl. Carter Malkasian, *The Taliban Are Ready to Exploit America's Exit*, 14. 4. 2021, [www.foreignaffairs.com/articles/afghanistan/2021-04-14/taliban-are-ready-exploit-americas-exit](http://www.foreignaffairs.com/articles/afghanistan/2021-04-14/taliban-are-ready-exploit-americas-exit).

**25** Zur Terrorabwehr in Deutschland und Europa vgl. Tophoven/Holz (Anm. 21), S. 101 ff.

**26** Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2020*, Berlin 2021.

**27** Vgl. Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bundestagsdrucksache 19/26668, 12. 2. 2021, S. 2, S. 9 f.

**28** Vgl. Tophoven/Holz (Anm. 21), S. 111 ff.

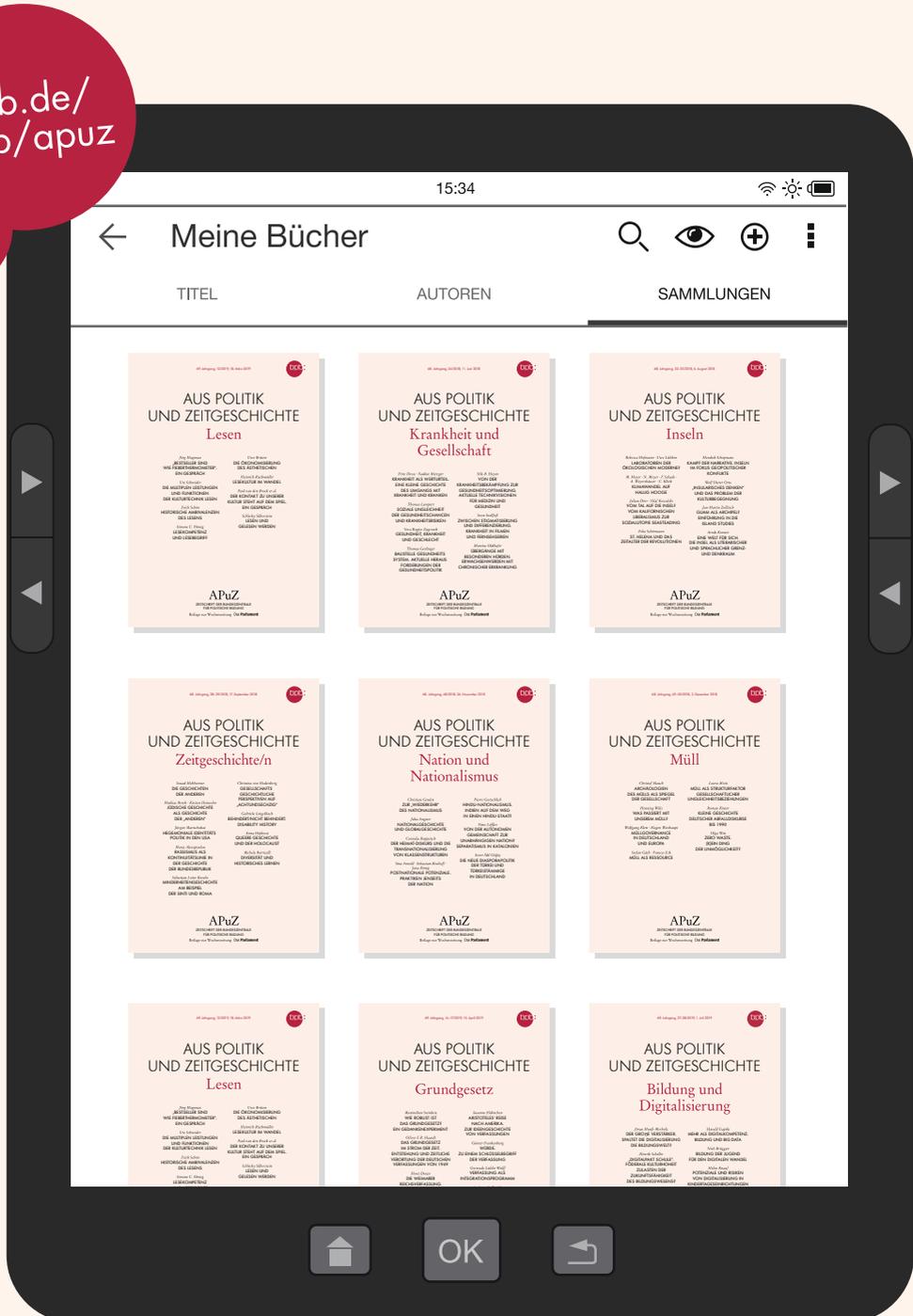
**29** Gespräch des Autors mit Burkhard Freier, 7. 2. 2019.

**30** Gespräch des Autors mit Holger Münch, 18. 7. 2019.

# Unterwegs und überall.

APuZ als E-Book oder PDF herunterladen  
und in über 500 Ausgaben lesen, suchen, markieren ...

bpb.de/  
shop/apuz



# DAS ENDE DER 9/11-ÄRA

## Zur Zukunft der US-amerikanischen Außenpolitik

*Max Bergmann · James Lamond*

In den zurückliegenden zehn Jahren ging die 9/11-Ära langsam zu Ende. Die Ereignisse des 11. September vor zwei Jahrzehnten überschatteten die USA und insbesondere die amerikanische Außenpolitik lange. Im politischen Bewusstsein und Diskurs ist der Terrorismus immer mehr in den Hintergrund getreten, doch die Ereignisse des vergangenen Jahres zogen einen klaren Schlussstrich unter diese Ära. Die Proteste nach dem Tod von George Floyd<sup>01</sup> und die Bemühungen, den systemischen Rassismus zu bekämpfen, Covid-19 und die aus der Pandemie resultierende Wirtschaftskrise, die durch die Trump-Regierung verkörperte Krise der Demokratie, all das hat für die meisten Amerikaner:innen nun mehr Gewicht als die Furcht vor Terroranschlägen. Im Wahlkampf 2020 sind Schlagworte wie „Terrorismus“, „al-Qaida“ und „Islamischer Staat“ (IS) kaum gefallen. Das steht in krassem Gegensatz zu allen vorherigen Präsidentschaftswahlen seit dem Jahr 2000. Die USA haben soeben eine Wahl erlebt, die man als Post-9/11-Wahl bezeichnen könnte. Mit ihr ist die 9/11-Ära zu Ende gegangen. Jetzt stellt sich die Frage: Was kommt als Nächstes?

Einen Zeitabschnitt als eine bestimmte „Ära“ zu beschreiben, dient in der Geschichtswissenschaft als Werkzeug, um die Vergangenheit zu begreifen. Der Historiker Eric Hobsbawm prägte bekanntermaßen den Begriff des „langen 19. Jahrhunderts“,<sup>02</sup> das erst 1914 ein Ende fand, und des „kurzen 20. Jahrhunderts“ – es endete bereits 1989. Eine solche Epochenenteilung wird immer subjektiv und gewissermaßen ungenau sein. Die ersten beiden Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts als 9/11-Ära zu bezeichnen, wird manchen als abwegig erscheinen. Schließlich gab es auch den Aufstieg Chinas,<sup>03</sup> die technologische Revolution durch die explosionsartige Entwicklung von Internet und Mobilkommunikation, und eine bedeutende globale Finanzkrise. Viele der politischen und wirtschaftlichen Ent-

wicklungen unserer Gegenwart – insbesondere der extreme Grabenkampf zwischen den beiden Parteien in Washington und die Dominanz neoliberaler ökonomischer Positionen – nahmen ihren Anfang schon lange vor dem 11. September 2001. Doch für die Vereinigten Staaten war 9/11 ein prägender Einschnitt. Es war ein klarer Dreh- und Angelpunkt, der die Zeit nach dem Kalten Krieg endgültig besiegelte, in der sich die USA als die alleinige, unangreifbare Supermacht der Welt gewöhnt hatten. Zugleich markierte dieser Tag den Beginn einer neuen Periode, gekennzeichnet durch eine Politik von Angst und Konflikt.

Die USA sehen sich heute mit den Nachwirkungen der 9/11-Ära konfrontiert, da diese Ära letztlich eine Niederlage war. Amerika hat seine Kriege nicht gewonnen; das Land befindet sich auf dem Rückzug und ist nach wie vor im Begriff, sich aus diesen bewaffneten Konflikten zurückzuziehen. In Trumps Wahlkampfslogan kann man ein Eingeständnis dieser Niederlage erkennen. „Make America Great Again“ impliziert, dass Amerika im Augenblick nicht „groß“ oder „großartig“ ist. In der Formulierung des deutschen Historikers Peter Bergmann besteht eine Niederlage aus „Geschichte, die schmerzt“ und eine bleibende Narbe in der Psyche einer Nation hinterlässt.<sup>04</sup>

### WIDERSPRÜCHLICHKEITEN DER 9/11-ÄRA

Die durch den 11. September eingeläutete Ära war von Widersprüchen geprägt. Es kam zu einer enormen Ausweitung der Staatsmacht im Bereich Militär, Polizei und in Bezug auf seine nachrichtendienstlichen Möglichkeiten. Doch gleichzeitig brachte sie dem Staat eine ungeheure Schwächung ein. Die Handlungsfähigkeit der Regierung, Infrastruktur aufzubauen oder das Wohl der Bevölkerung zu fördern, wurde ausge-

höhlt. Die Bush-Regierung verfolgte eine rechtsgerichtete Agenda und die damit verbundenen Steuersenkungen beschnitten die Handlungsmöglichkeiten des Staates, wie sich bei der katastrophalen Reaktion auf den Hurrikan „Katrina“ zeigen sollte. Die amerikanische Bevölkerung stellte sich hinter die Truppen, doch das Land polarisierte sich immer mehr. Der „Kampf für die Freiheit“ im Ausland befeuerte eine erstarrende autoritäre Gesinnung, die in der amerikanischen Rechten stets präsent war. Den Anfang machte die Bush-Regierung mit dem Einsatz von staatlicher Folter, unbefristeter Haft und Massenüberwachung; dass die Trump-Regierung das Justizministerium,<sup>05</sup> die Geheimdienstgemeinschaft und das Ministerium für Innere Sicherheit<sup>06</sup> als politische Hebel einsetzte, war schließlich der Gipfel.

Nach dem 11. September gerieten sämtliche außenpolitische Themen gegenüber der Terrorbekämpfung ins Hintertreffen. An dieser Frage wurde der Generationskampf dieser Zeit ausgetragen. Doch anders als bei früheren Kämpfen erging kein Aufruf an das amerikanische Volk als Ganzes, Opfer zu bringen. Der Zweite Weltkrieg bewirkte in den USA eine geschlossene landesweite Reaktion. Fabriken wurden umgenutzt, Kinder pflanzten Siegesgärten, und Lebensmittel, Produkte des täglichen Bedarfs und sonstige Güter wurden für alle Amerikaner:innen rationiert. Während des Kalten Krieges führten massive öffentliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Wissenschaft und Technologie dazu, dass ein Mann auf dem Mond landete und das Internet erfunden wurde.

**01** Vgl. Derrick Bryson Taylor, *George Floyd Protests: A Timeline*, 28.3.2021, [www.nytimes.com/article/george-floyd-protests-timeline.html](http://www.nytimes.com/article/george-floyd-protests-timeline.html).

**02** Vgl. Corey Robin, Eric Hobsbawm, *the Communist Who Explained History*, 9.5.2019, [www.newyorker.com/books/under-review/eric-hobsbawm-the-communist-who-explained-history](http://www.newyorker.com/books/under-review/eric-hobsbawm-the-communist-who-explained-history).

**03** Vgl. Charles Freeman, *China's Rise*, 23.9.2008, [www.csis.org/analysis/chinas-rise](http://www.csis.org/analysis/chinas-rise).

**04** Vgl. Peter Bergmann, *American Exceptionalism and German „Sonderweg“ in Tandem*, in: *The International History Review* 3/2001, S. 505–534, [www.jstor.org/stable/40108749](http://www.jstor.org/stable/40108749).

**05** Vgl. *Politicization of the Justice Department*, 31.7.2020, [www.americanoversight.org/investigation/trump-administrations-politicization-justice-department](http://www.americanoversight.org/investigation/trump-administrations-politicization-justice-department).

**06** Vgl. Benjamin Siegel/Josh Margolin/Lucien Bruggeman, *Whistleblower Details Alleged Politicization of Intelligence at DHS*, 9.9.2020, <https://abcnews.go.com/Politics/story?id=72904622>.

Der „Krieg gegen den Terror“ erforderte im Gegensatz zum Kalten Krieg keine konzentrierte nationale Anstrengung. Stattdessen wurden die Steuern gesenkt. Nach dem 11. September sagte man den Amerikaner:innen, sie sollten weiter munter einkaufen und die Wirtschaft am Laufen halten. Es gab keinen Appell an die amerikanische Bevölkerung, den Öl- und Gasverbrauch zu senken, um die Abhängigkeit des Landes von ausländischem Öl zu brechen, oder gar eine große grüne Initiative, um den Übergang zu saubereren Energiequellen zu forcieren. Stattdessen wurden die Amerikaner:innen regelrecht dazu aufgefordert, ihr Leben so weiter zu leben wie bisher. Die Öffentlichkeit wiegte sich in dem Glauben, die Regierung würde dank des massiv ausgebauten nationalen Sicherheitsapparates imstande sein, tatsächlich einen umfassenden Schutz zu gewährleisten.

Der Krieg gegen den Terror wurde in Washington durchaus als tragfähig empfunden. Die finanziellen Kosten waren zwar hoch, aber vertretbar. Und der Tribut an Menschenleben, katastrophalen Verletzungen und weniger offensichtlichen Schäden wie Hirntraumata und posttraumatischem Stress wurde nicht von der gesamten Bevölkerung getragen, wie im Vietnamkrieg aufgrund des allgemeinen Wehrdienstes, sondern nur von Amerikas rein freiwilliger Truppe, die nie dafür konzipiert war, jahrzehntelange Konflikte auszutragen. Als sich die Kriege hinzogen und die Zahl der Opfer zunahm, hielten die amerikanischen Politiker große Reden auf die Opfer, während den unterfinanzierten Veteranenkrankenhäusern die Mittel fehlten, um ihren Aufgaben nachzukommen.

Obwohl die Last der 9/11-Kriege von den US-Soldaten und ihren Familien allein geschultert wurde, zahlten doch alle Amerikaner:innen auf andere Art und Weise einen Preis. Sie opferten diverse bürgerliche Freiheiten und Grundrechte, sie hießen das Abhören ohne Gerichtsbeschluss gut und ließen in ihrem Namen schreckliche Foltermethoden wie das Waterboarding zu. Das Personal, das mit der Terrorabwehr betraut war, war über jeden Vorwurf erhaben.

Beim Ausbruch der Covid-19-Pandemie Anfang 2020 suchte man den amerikanischen Staat vergeblich. Nicht nur die Inkompetenz und Nachlässigkeit von Donald Trump waren daran schuld, sondern auch ein Jahrzehnt der Austerität sowie die vorausgegangenen jahr-

zehntelangen Anstrengungen der politischen Rechten, dem Staat die finanziellen Mittel zu streichen. Dadurch war die amerikanische Regierung außerstande, auf die Krise angemessen zu reagieren.

Die US-Gesundheitsbehörde, die gefeierten Centers for Disease Control, verpfuschte die erste Testreihe, die Arbeitsämter hatten Schwierigkeiten, Leistungen zu erbringen, und gleichzeitig wuchsen die Schlangen vor den *food banks*, die Lebensmittel ausgeben. Amerikas profitorientiertes Gesundheitssystem, in dem Gewinn und Kosteneffizienz an erster Stelle stehen, verfügte nicht über die ausreichenden Lagerbestände an entscheidenden Versorgungsgütern. Die Mitarbeiter:innen des Gesundheitswesens wurden mit behelfsmäßiger und selbstgemachter Schutzrüstung ausgestattet,<sup>07</sup> wobei man sich an die Bilder von amerikanischen Streitkräften in den ersten Jahren des Irak-Krieges erinnerte, die notdürftige Metallplatten auf ihre ungepanzerten Geländewagen aufschraubten. Im ganzen Land sieht man jetzt Leerstand und „Zu vermieten“-Schilder entlang der Hauptstraßen. Und trotz alledem hat das Leben an der Wall Street nicht einen Schlag lang ausgesetzt. „Wir leben in einem gescheiterten Staat“, schrieb der Journalist George Packer in „The Atlantic“<sup>08</sup> – all das kann als Nachwirkung der 9/11-Ära gewertet werden.

## ERNEUTE AUSEINANDERSETZUNG MIT RASSISMUS

Die USA haben die enge nationale Fokussierung auf Terrorismus, welches das bestimmende politische Merkmal der 9/11-Ära gewesen ist, hinter sich gelassen. Diese Verschiebung ist vielleicht am deutlichsten an dem landesweiten Echo auf die Ermordung von George Floyd und an der aktuellen Wahrnehmung der Polizeiarbeit und der Ungerechtigkeit zwischen Bevölkerungsgruppen im Land festzumachen.

Vor dem 11. September waren Polizeiarbeit und ethnische Spannungen in den USA ein zen-

trales Thema auf nationaler Ebene. Das Ende des Kalten Krieges führte in Amerika zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit systemischem Rassismus. Die auf Video festgehaltene Gewalt gegen Rodney King durch Polizeibeamte in Los Angeles 1991<sup>09</sup> und der darauffolgende Freispruch für die beteiligten Beamten lösten in L.A. Unruhen aus. Der Erfolg von Musikern wie NWA und Ice-T, die Polizeigewalt auf eine neue Art und Weise und für ein neues Publikum thematisierten, rückte das Thema in die Aufmerksamkeit nicht nur der Politik, sondern auch der Popkultur. Der Wirbel um den Prozess gegen OJ Simpson brachte Fragen der Beziehungen zwischen Polizei und Minderheiten in den kulturellen Mainstream. Eine Reihe brutaler Schießereien, an denen Polizisten beteiligt waren, darunter der Tod von Amadou Diallo,<sup>10</sup> auf den die Polizeibeamten 41 Mal geschossen hatten, als er beim Betreten seines eigenen Hauses nach seiner Brieftasche griff, zwangen die USA zu einer Hinterfragung der Machtfülle und Waffen, die der Polizei zur Verfügung standen.

Doch nach 9/11 verflüchtigte sich diese kritische Auseinandersetzung. Polizisten galten nun als „Ersthelfer“, die sich mutig den Flammen gestellt hatten. Ähnlich wie die Angestellten des Gesundheitswesens heute wurden sie in den Himmel gelobt. Bei seinem Eröffnungswurf während der World Series, dem Baseball-Finale, trug George W. Bush eine NYPD-Windjacke. Die Band „The Strokes“ strich einen Song über Diallo, der vor dem 11. September entstanden war, aus dem Album, das ihnen den Durchbruch verschafft hatte, weil er die Zeile enthielt „NYC cops, but they ain’t that smart“. Bruce Springsteens Song „American Skin (41 Shots)“, in dem es auch um die Erschießung von Diallo durch die Polizei geht, verschwand ebenfalls von der Bildfläche und tauchte erst 2014 wieder auf einem Studioalbum auf, als er nach dem Mord an Trayvon Martin neue Aktualität erlangte.

Für Jahre geriet der nationale Diskurs über polizeilichen Machtmissbrauch gegenüber der konsequenten Durchsetzung der Strafverfolgung

<sup>07</sup> Vgl. Tony Schick/Conrad Wilson, *Medical Workers Treating Coronavirus Are Resorting to Homemade Masks*, 26.3.2020, [www.propublica.org/article/medical-workers-treating-coronavirus-are-resorting-to-homemade-masks](http://www.propublica.org/article/medical-workers-treating-coronavirus-are-resorting-to-homemade-masks).

<sup>08</sup> George Packer, *We Are Living in a Failed State*, Juni 2020, [www.theatlantic.com/magazine/archive/2020/06/underlying-conditions/610261](http://www.theatlantic.com/magazine/archive/2020/06/underlying-conditions/610261).

<sup>09</sup> Vgl. Anjali Sastry/Karen Grigsby Bates, *When LA Erupted in Anger: A Look Back at the Rodney King Riots*, 26.4.2017, [www.npr.org/2017/04/26/524744989](http://www.npr.org/2017/04/26/524744989).

<sup>10</sup> Vgl. Jane Fritsch, *The Diallo Verdict: The Overview*, 26.2.2000, [www.nytimes.com/2000/02/26/nyregion/diallo-verdict-overview-4-officers-diallo-shooting-are-acquitted-all-charges.html](http://www.nytimes.com/2000/02/26/nyregion/diallo-verdict-overview-4-officers-diallo-shooting-are-acquitted-all-charges.html).

in den Hintergrund. Es gab einen Krieg zu führen, und die Polizei stand in diesem „Krieg gegen den Terror“ an vorderster Front. Man ging davon aus, dass sie auf jede Art von Gewalt vorbereitet sein musste, und entsprechend wurde sie ausgerüstet, als das Geld in Strömen floss und noch dazu eine Pipeline für ausrangierte militärische Ausrüstung aus den Kriegen eröffnet wurde. Die militärisch anmutende Ausrüstung, mit der die Polizeikräfte der USA ausgestattet sind, ist ein direktes Abfallprodukt der Kriege. Absurderweise ereignete sich diese Entwicklung überall – nicht nur an bei Anschlägen besonders gefährdeten Orten, sondern auch in Kleinstädten.

2020 kehrte die öffentliche Auseinandersetzung mit der Polizei zu ihrer Ausgangslage aus der Zeit vor dem 11. September zurück. Die Ermordung von George Floyd durch Polizisten führte zu den vielleicht größten anhaltenden Protesten in der amerikanischen Geschichte,<sup>11</sup> und sie fanden landesweit breite Unterstützung. Die Polizeikräfte setzten schließlich ihre gesamte Militärausrüstung der 9/11-Ära ein – nicht, um einen Terroranschlag zu verhindern, sondern um friedliche amerikanische Demonstrant:innen niederzustrecken. Wie absurd das war, wurde von den Menschen durchaus registriert, und die Auseinandersetzung mit systemischem Rassismus und die Notwendigkeit von Polizeireformen sind inzwischen Mehrheitsmeinung und genießen breite öffentliche Unterstützung.

### RINGEN MIT DER NIEDERLAGE

Die 9/11-Ära wurde mit dem Bemühen zugebracht, in unzureichend definierten und nicht zu gewinnenden Kriegen den Sieg zu erringen. Es war eine Ära, in der sich die USA vor die Herausforderung gestellt sahen, sich mit einer Niederlage abzufinden. Während die Bush-Regierung an der Präsenz im Irak festhielt, räumte Obama die Fruchtlosigkeit dieses Unterfangens ein und zog die US-Streitkräfte ab.<sup>12</sup> Er schickte jedoch Streitkräfte nach Afghanistan und legte ei-

nen erneuten Fokus auf die Terrorismusbekämpfung.<sup>13</sup> Unter Obama eskalierten die Drohnenangriffe, Guantanamo Bay blieb bestehen, und der nationale Sicherheitsapparat nutzte neue Cyber-Überwachungsinstrumente bei den endlosen Bemühungen, den Terrorismus zu bekämpfen. Afghanistan blieb weiterhin eine schmerzhaft Angelegenheit.

Abgelenkt durch den Terrorismus und den Nahen Osten versäumte es die US-Außenpolitik unterdessen, auf andere wichtige Entwicklungen einzugehen, wie zum Beispiel die Erstarkung antidemokratischer Bewegungen in der ganzen Welt,<sup>14</sup> diverse Migrationskrisen und Russlands Einsatz heimtückischer Waffen bei politischer Einflussnahme.<sup>15</sup> Die Bemühungen der USA um Demokratieförderung im Ausland, die die US-Außenpolitik in den 1990er Jahren beseelte, wurden während der Bush-Regierung von Neokonservativen in Beschlag genommen und zunehmend mit Regimewechsel in Zusammenhang gebracht – eine Assoziation, die prodemokratische Bestrebungen bis heute belastet. Die progressive Außenpolitik konzentrierte sich weniger auf Werte als auf das sehr realpolitische Konzept der „Zurückhaltung“ (*restraint*). Obamas Außenpolitik unterstrich ihren Pragmatismus und ihren Anspruch, „bloß keinen Mist zu bauen“,<sup>16</sup> wurde aber von der Linken nicht wegen ihrer Untätigkeit gegenüber den Machenschaften von Autokraten kritisiert, sondern wegen ihrer zu großen Verwicklung in diese Konflikte.

Die Tötung von Osama Bin Laden im Mai 2011 beseitigte den Gegner und ermöglichte es dem Land, den 11. September als Vergangenheit zu begreifen. Reformen und verschiedene Maßnahmen verringerten den Machtmissbrauch

**11** Vgl. Larry Buchanan/Quoctrung Bui/Jugal K. Patel, Black Lives Matter May Be the Largest Movement in U.S. History, 3.7.2020, [www.nytimes.com/interactive/2020/07/03/us/george-floyd-protests-crowd-size.html](http://www.nytimes.com/interactive/2020/07/03/us/george-floyd-protests-crowd-size.html).

**12** Vgl. Barack Obama Announces Total Withdrawal of US Troops from Iraq, 21.10.2011, [www.theguardian.com/world/2011/oct/21/obama-us-troops-withdrawal-iraq](http://www.theguardian.com/world/2011/oct/21/obama-us-troops-withdrawal-iraq).

**13** Vgl. Rajiv Chandrasekaran, The Afghan Surge Is Over, 25.9.2012, <https://foreignpolicy.com/2012/09/25/the-afghan-surge-is-over>.

**14** Vgl. Max Bergmann/Carolyn Kenney/Trevor Sutton, The Rise of Far-Right Populism Threatens Global Democracy and Security, 2.11.2018, [www.americanprogress.org/issues/security/news/2018/11/02/460498](http://www.americanprogress.org/issues/security/news/2018/11/02/460498).

**15** Vgl. Michael Carpenter, Undermining Democracy: Kremlin Tools of Malign Political Influence, Testimony for the United States House of Representatives, 21.5.2019, [www.congress.gov/116/meeting/house/109537/witnesses/HHRG-116-FA14-Wstate-CarpenterM-20190521.pdf](http://www.congress.gov/116/meeting/house/109537/witnesses/HHRG-116-FA14-Wstate-CarpenterM-20190521.pdf).

**16** Vgl. David Rothkopf, Obama's „Don't Do Stupid Shit“ Foreign Policy, 4.6.2014, <https://foreignpolicy.com/2014/06/04/obamas-dont-do-stupid-shit-foreign-policy>.

und verbesserten den Überblick. Mitte des Jahrzehnts war der Beginn einer Trendwende zu verzeichnen. Obamas Hinwendung nach Asien<sup>17</sup> und die russische Invasion in die Ukraine<sup>18</sup> waren ein Weckruf für die Außenpolitiker:innen in Washington zu einem „Großmachtwettbewerb“, und sie schlugen ein neues Kapitel auf. Trotz des Aufkommens des IS, durch das die USA erneut unverhohlen in den Nahen Osten gezogen wurden, nahmen Obamas Bestrebungen, das Augenmerk von der Region abzuwenden, nach und nach Gestalt an.

Heute wird nur noch in wenigen Washingtoner Thinktank-Panels über Terrorismusbekämpfung diskutiert. Washington konzentriert sich nun auf Populismus, Technologie und den geopolitischen Wettbewerb mit China. Die Kriege sind natürlich nicht beendet – US-Streitkräfte sind nach wie vor in Afghanistan und im Nahen Osten im Einsatz. Zwar wurde im Frühjahr 2021 beschlossen, bis zum 11. September 2021 aus Afghanistan abzuziehen, aber die Bezeichnung dieser Kriege als *forever wars* spricht für sich. Beim außenpolitischen Establishment in Washington waren sie indes ohnehin weitgehend in Vergessenheit geraten. Während die außenpolitische Elite der 9/11-Ära jedoch einfach den Rücken kehrte und eine neues Kapitel aufschlug, tat sich der Rest der USA schwer mit dem, was als Nächstes kommen sollte.

Der Tribut der Kriege machte sich am deutlichsten in den kleinen und mittelgroßen Gemeinden der USA bemerkbar – nicht in den progressiven Großstädten, in denen sich auch der entschiedenste Widerstand geregt hatte. 2016 gehörten die Orte, die einst die stärksten Befürworter der Kriege gewesen waren, zu den stärksten Befürwortern von Trumps „America First“. Trumps Forderungen, die Truppen abzuziehen und sich von der Welt abzuwenden, fanden hier großen Widerhall. Nach Trumps Sieg rückten diese Teile des Landes in den Mittelpunkt der intellektuellen Aufmerksamkeit. In zahlreichen Büchern und Thinktank-Gutachten wurde untersucht, welche Rolle syste-

mische Themen wie Rassismus, Einwanderung, wirtschaftliche Stagnation, Globalisierung und die Opioidkrise für den Aufstieg von Trump und den Populismus spielten. Nur seltene Erwähnung fand in diesen Analysen jedoch, welche Sprengkraft das Gefühl einer Niederlage haben kann.

Zwei Country-Songs markieren Beginn und Ende der Ära. Toby Keiths „Courtesy of the Red, White, and Blue“ von 2002 war ein volltönender patriotischer Ruf zu den Waffen, in dem die „Freiheitsstatue ihre Faust erhebt“. Justin Moores „The Ones That Didn’t Make It Back Home“ von 2019 beschreibt hingegen den Tod eines 22-Jährigen und die Trauer der gesamten Kleinstadt. Bilder vom Kampf „dort drüben“, der geführt wird, damit wir hier die Freiheit genießen können, werden in Songs zwar immer noch aufgerufen, haben aber an Resonanz verloren. Die Frage „wozu das alles gut war“ hängt in der Luft, wenn Moore klagt: „Jedenfalls hier bei uns haben sie eine Lücke hinterlassen.“ Die durch den 11. September ausgelösten Kriege gegen den Terror waren keine Kriege, die zum Sieg führten, sondern eher zu einer mühseligen Pattsituation. Die USA mögen vielleicht nicht verloren haben, aber gewonnen haben sie ganz sicher nicht. Es ist also kein Wunder, dass Trumps politische Anti-Haltung, seine Wut, seine Angriffe auf das Washingtoner Establishment und seine Rückzugsforderungen Beifall fanden.

In der Zwischenzeit erreichte der amerikanische progressive Millennial – der heute kulturell das Feld beherrscht – in einer Zeit das Erwachsenenalter, als die amerikanische Außenpolitik nicht mehr für die Befreiung Europas stand, sondern für Abu Ghraib und rechtswidrige Abschiebungen. Eine Generation, von mehreren Rezessionen gebeutelt, massiv verschuldet durch Studienkredite, in einer unsicheren Gig-Economy gefangen, von den teuren Immobilienmärkten ausgeschlossen, die nun erwartungsgemäß einen weit niedrigeren Lebensstandard als ihre Eltern haben wird, hält die USA nicht mehr für außergewöhnlich.<sup>19</sup> Die USA werden von dieser jüngeren Generation oft als ein zugleich unfähiges und unmoralisches

<sup>17</sup> Vgl. Kenneth G. Lieberthal, *The American Pivot to Asia*, 21. 12. 2011, [www.brookings.edu/articles/the-american-pivot-to-asia](http://www.brookings.edu/articles/the-american-pivot-to-asia).

<sup>18</sup> Vgl. Council on Foreign Relations, *Global Conflict Tracker: Conflict in Ukraine*, o. D., [www.cfr.org/global-conflict-tracker/conflict/conflict-ukraine](http://www.cfr.org/global-conflict-tracker/conflict/conflict-ukraine).

<sup>19</sup> Vgl. Kristen Bialik/Richard Fry, *Millennial Life: How Young Adulthood Today Compares With Prior Generations*, 30. 1. 2019, [www.pewsocialtrends.org/essay/millennial-life-how-young-adulthood-today-compares-with-prior-generations](http://www.pewsocialtrends.org/essay/millennial-life-how-young-adulthood-today-compares-with-prior-generations).

Land empfunden,<sup>20</sup> dessen falsche Vorstellungen von Außergewöhnlichkeit es in die Irre führten. Für einige mag es daher besser erscheinen, auf „Zurückhaltung“ zu drängen und sich zurückzuziehen, als im In- und Ausland weiteren Schaden anzurichten. Während der Vorwahlen der Demokratischen Partei herrschte im Wesentlichen Einigkeit darüber,<sup>21</sup> dass die „ewigen Kriege“ beendet werden müssten. Der Verteidigungshaushalt, der nach dem 11. September lange Zeit als unantastbar galt, wird nun für Kürzungen in Betracht gezogen. Das US-Militär kündigte kürzlich an, sich von der Aufstandsbekämpfung abzuwenden – das heißt von der Doktrin, die den Strategien des US-Militärs im Irak und in Afghanistan zugrunde lag. Das US-Militär hat weder Interesse noch die Absicht, diese Art von Kriegen erneut zu führen.

In der Vergangenheit haben Historiker:innen immer wieder auf die übergroßen Auswirkungen hingewiesen, die eine Niederlage auf die Kultur haben kann. Die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg verursachte eine reaktionäre Gegenreaktion, die in Verbindung mit der Wirtschaftskrise dem Faschismus zu seinem Aufstieg verhalf. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und das anschließende wirtschaftliche Chaos der 1990er Jahre führten geradewegs zu Wladimir Putins autoritärer Oligarchie. Während eine militärische Niederlage zu einem Vertrauensverlust bezüglich Sinn und Zweck einer Nation beitragen kann, kann ein wirtschaftlicher Schock ein Gefühl der Verzweiflung und Wut über eine scheinbar dysfunktionale Gesellschaft hervorrufen. Militärische Niederlagen und Wirtschaftskrisen bilden in der Tat ein giftiges Gemisch.

Das ganze Jahr 2020 hindurch bestand die Befürchtung, dass die US-Wahl einen demokratischen Bruch darstellen könnte. Mit rechten paramilitärischen Gruppierungen, die auf einmal die Bühne betraten, einem Präsidenten, der sich gewillt zeigte, außerhalb aller Gesetzesgrenzen und Normen zu agieren, und Progressiven,

die bereit waren, auf die Straße zu gehen, wuchs das Gefühl, dass sich das Land vielleicht auf eine Krise zubewegte, die das Ende der Demokratie bedeuten könnte. Doch obwohl die Wahl knapper ausfiel, als die Umfragen vermuten ließen, verlief die eigentliche Wahl reibungslos. Amerikas betagte demokratische Institutionen hielten dem absurden Betrugsgezetzer von Trump stand. Amerika entschied sich ziemlich unmissverständlich für die sicheren und vertrauten Hände des ehemaligen Vizepräsidenten Joe Biden, der sich verpflichtete, die „Seele von Amerika“ wieder in Ordnung zu bringen. Auch wenn der Sieg Bidens als Präsident wie eine Rückkehr zur Obama-Ära erscheinen mag, könnte die Situation heute im Vergleich zur damaligen nicht unterschiedlicher sein.

### WAS HÄLT DIE NEUE ÄRA FÜR DIE US-AUßENPOLITIK BEREIT?

Was bedeutet dieses neue Kapitel der amerikanischen Geschichte nach den Wahlen von 2020 für die Rolle der USA in der Welt? Wir leben in einer Zeit der sich verändernden globalen Dynamik. Es ist fast schon zum Klischee geworden darauf hinzuweisen, dass die internationale Politik in eine erneute Phase des Großmachtwettbewerbs zwischen Demokratien, darunter die Vereinigten Staaten und Europa, und autoritären Staaten, allen voran China und Russland, eingetreten ist. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob sich die Vereinigten Staaten gegenüber China in einem „neuen Kalten Krieg“ befänden. Obwohl die Einschätzung, dass wir uns in einem neuen Wettbewerb zwischen Großmächten befinden, durchaus berechtigt ist, ergeben sich zahlreiche Probleme, wenn man den Kalten Krieg als Referenz heraufbeschwört – nicht zuletzt deshalb, weil die eigentliche Idee der Eindämmungspolitik (*containment*), wie sie vom Diplomaten George Kennan in den späten 1940er Jahren ausgearbeitet wurde, von der Annahme ausging, dass die Sowjetunion in absehbarer Zeit von selbst zusammenbrechen würde. Über den Wettbewerb mit China macht man sich heute keine derartigen Illusionen. Das Ziel, wie es von Jake Sullivan (von Biden inzwischen zum Nationalen Sicherheitsberater ernannt) und Kurt Campbell (inzwischen Koordinator für den Indopazifik) umrissen wurde, sollte vielmehr „ein stabiler Zustand der Koexistenz

**20** Vgl. Katrina Mulligan/Blaine Johnson/Abigail Bard, American Foreign Policy Has Left Young Voters Behind, 12.6.2019, [www.americanprogress.org/issues/security/news/2019/06/12/471024](http://www.americanprogress.org/issues/security/news/2019/06/12/471024).

**21** Vgl. Leo Shane III, Democratic Party Platform Calls for Better Pay for Troops, Ending „Forever Wars“, 17.8.2020, [www.militarytimes.com/news/pentagon-congress/2020/08/17/democratic-party-platform-calls-for-better-pay-for-troops-ending-forever-wars](http://www.militarytimes.com/news/pentagon-congress/2020/08/17/democratic-party-platform-calls-for-better-pay-for-troops-ending-forever-wars).

mit offenen Augen sein, der auf Bedingungen beruht, die zugunsten der Interessen und Werte der USA ausfallen“.<sup>22</sup>

Und doch handelt es sich hier um einen Wettbewerb zwischen Großmächten im Atomzeitalter. Es ist unwahrscheinlich, dass es zu einem bewaffneten Konflikt kommt, weil sich beide Seiten der für alle Beteiligten verheerenden Folgen bewusst sind. Wir haben es deshalb mit einer Situation zu tun, in der die Großmächte mit den meisten, wenn nicht mit allen Mitteln der Staatskunst außer eben dem Krieg miteinander konkurrieren. Dieser Wettbewerb auf wirtschaftlicher, politischer und geheimdienstlicher Ebene hat zwar Ähnlichkeiten mit der Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion, doch die Strategien und Ziele sind gänzlich andere.

Die Fokussierung auf China wird die Aufmerksamkeit erneut auf eine nationale Erneuerung lenken. Die Reaktion auf den 11. September war von den innenpolitischen Verhältnissen weitgehend abgekoppelt und erforderte keine breitere landesweite Strategie. Doch der Wettbewerb mit einer alternativen Regierungsform und einer alternativen Gesellschaftsordnung könnte in den USA erneut das Bewusstsein einer gemeinsamen nationalen Zwecksetzung wecken.

Das Coronavirus hat jedoch auch die Schwächen des neoliberalen Wirtschaftssystems der USA aufgedeckt, zu denen das Versagen des Gesundheitssystems, der Mangel an sozialen Schutzmechanismen und die überfüllten beziehungsweise unterfinanzierten Schulen gehören. In einem bemerkenswerten Stimmungswechsel ist die Abneigung des Landes gegenüber staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft einem Bemühen beider Parteien gewichen, die Wirtschaft am Laufen zu halten. Die Krise hat die tiefgreifenden Ungleichheiten, die seit jeher das amerikanische Leben prägen, zutage gebracht und weiter verschärft, aber auch die Tür für einen völlig neuen Ansatz aufgestoßen. Sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik braucht es in dieser neuen Ära eine klarere Vorstellung davon, welche Prioritäten für die USA wirklich an erster Stelle stehen.

In gewisser Weise wird und kann die amerikanische Außenpolitik deshalb nicht mehr so stark auf den Nahen Osten ausgerichtet sein wie in

den vergangenen 20 Jahren und schon gar nicht in demselben hohen Maß an militärischem Engagement. Tamara Wittes und Mara Karlin, zwei ehemalige US-Regierungsbeamte, die sich in ihrer Laufbahn dem Nahen Osten gewidmet haben, stellten kürzlich fest: „Obwohl der Nahe Osten für die Vereinigten Staaten immer noch wichtig ist, hat er deutlich an Bedeutung eingebüßt.“<sup>23</sup> Die neuen Entwicklungen im Nahen Osten werden sicherlich die Aufmerksamkeit hochrangiger außenpolitischer Kader auf sich ziehen, die ihre Karriere der Beschäftigung mit dieser Region verdanken. Doch der Bann, den der Nahe Osten über Washington lange ausübte, ist gebrochen. Der Umbruch ist vielleicht nicht so einschneidend wie das Ende des Kalten Krieges, als eine ganze Kleinstadt an Kreml-Beobachtern und Sowjetologen auf einen Schlag entlassen wurde. Aber er ist nicht zu leugnen.

Natürlich gibt es immer noch wichtige politische Ziele zu verfolgen, und der Nahe Osten findet immer wieder einen Weg, die Aufmerksamkeit Washingtons zu erregen. Die USA werden Nuklearverhandlungen mit Iran aufnehmen und möglicherweise eine spürbare Tauwetterstimmung zwischen Iran und seinen Gegnern im Nahen Osten anstreben. Darüber hinaus müssen die USA wohl auf absehbare Zeit weiterhin begrenzte militärische Operationen gegen den IS und ähnliche Gruppierungen in der Region ausführen. Auch das Engagement für die Sicherheit und den Schutz des Staates Israel wird in nächster Zeit nicht nachlassen. Doch klar ist, dass sich die USA nicht mehr so stark auf das eng gefasste Ziel der Terrorismusbekämpfung und der Sicherheit in der Region konzentrieren werden. Die USA werden sich wahrscheinlich nicht mehr so leicht in militärische Abenteuer verwickeln lassen. Dies wird vermutlich einige Frustration in Europa hervorrufen, insbesondere bei den energischen Franzosen, in deren vernünftiger Einschätzung die Lage in der Region, insbesondere in Syrien, in Libyen und im Libanon, als kritisch für die französische und europäische Sicherheit gewertet wird. Bleiben die USA aufgrund der anhaltenden amerikanischen Truppenpräsenz und der Bemühungen zur Bekämpfung des IS weiterhin in Syrien involviert, haben

<sup>22</sup> Kurt M. Campbell/Jake Sullivan, *Competition Without Catastrophe*, September/Oktober 2019, [www.foreignaffairs.com/articles/china/competition-with-china-without-catastrophe](http://www.foreignaffairs.com/articles/china/competition-with-china-without-catastrophe).

<sup>23</sup> Mara Karlin/Tamara Cofman Wittes, *America's Middle East Purgatory*, Januar/Februar 2019, [www.foreignaffairs.com/articles/middle-east/2018-12-11/americas-middle-east-purgatory](http://www.foreignaffairs.com/articles/middle-east/2018-12-11/americas-middle-east-purgatory).

sie sich aus Libyen bislang weitgehend herausgehalten und werden es wahrscheinlich auch dabei belassen.

Während die Regierungen unter Obama und Bush gute Beziehungen zu den autokratischen Golfstaaten unterhielten und sie in der 9/11-Ära als unverzichtbare Partner wahrnahmen, werden die USA diese Staaten in Zukunft eher als problematische Handelspartner empfinden. Nach der brutalen Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi, dem Krieg im Jemen und den internen Menschenrechtsverletzungen wird Amerika etwas auf Distanz gehen. Da sich die USA auf einen großen Machtwettbewerb mit China vorbereiten, der weitgehend auf den konkurrierenden Prinzipien von Demokratie und Autoritarismus beruht, wird Washington immer weniger bereit sein, seine Werte gegenüber den undemokratischen Golfstaaten zu kompromittieren. Die Beziehungen werden wahrscheinlich herzlich und pragmatisch bleiben, aber der rote Teppich wird ihnen im Weißen Haus wohl nicht mehr ausgerollt. Die USA werden energischer auf innenpolitische Reformen drängen sowie auf einige Kursänderungen in der Außenpolitik der Golfstaaten, möglicherweise gegenüber Iran. Es gibt einfach kein Bedürfnis – weder moralisch noch strategisch –, die eigenen Werte gegen eine Zusammenarbeit einzutauschen, bei der nur begrenzte Sicherheitsinteressen bestehen.

Die von der Trump-Regierung ausgehandelten diplomatischen Abkommen zwischen Israel und Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit werden wahrscheinlich nicht zu einem neuen Durchbruch im Friedensprozess führen.<sup>24</sup> Stattdessen werden die amerikanisch-israelischen Beziehungen heikel bleiben, auch nach dem Ausscheiden des bisherigen Premierministers Benjamin Netanjahu, der eine klare parteiliche Präferenz für die Republikaner hatte. Die deutlichen Spannungen mit dem Weißen Haus unter Obama könnten sich mit der Biden-Regierung und Nafali Bennett als Netanjahu-Nachfolger fortsetzen. Die Politik des Siedlungsausbaus und der Unwille der israelischen Regierung, sich auf einen Friedensschluss zuzubewegen, hat bei weiten Teilen der progressiven Basis für eine tiefe Skepsis ge-

genüber den amerikanisch-israelischen Beziehungen gesorgt.

All diese bewegenden Nahost-Themen hätten die gesamte 9/11-Ära mit ihrer Verengung auf Terrorismus ausfüllen können. Nun, in einer Ära von Großmacht Konkurrenz und Wiederaufbau des durch Pandemie und Wirtschaftskrise schwer angeschlagenen Landes, wirken sie wie lästige Ablenkung. Im Wahljahr 2020 standen die USA vor der Entscheidung, welchen Weg sie in dieser neuen Ära einschlagen wollen. Die Wähler:innen lehnten den von Trump skizzierten düsteren und polarisierenden Weg ab und wählten den hoffnungsvolleren, anständigen Weg von Biden. Sie machten die Wahl zu einer der wichtigsten der amerikanischen Geschichte. Sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik wird Amerika einen neuen Kurs einschlagen müssen, der dieser beginnenden Ära angemessen ist. Eine Rückkehr zum Zustand vor Trump ist nicht möglich, denn die Ära vor Trump ist vorbei. 2020 ist die 9/11-Ära offiziell zu Ende gegangen. Es gibt keinen Weg zurück.

Dieser Text erschien zuerst im Januar 2021 in der Reihe „Perspektiven“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Washington, D. C., und wurde für APuZ leicht überarbeitet und aktualisiert. Übersetzung aus dem amerikanischen Englisch: Birthe Mühlhoff, Dinslaken.

#### MAX BERGMANN

ist Senior Fellow am Center for American Progress und auf europäische Sicherheit und amerikanisch-russische Beziehungen spezialisiert. Von 2011 bis 2017 war er in verschiedenen Positionen im US-Außenministerium tätig.

#### JAMES LAMOND

ist Fellow am Center for American Progress und befasst sich mit Fragen der amerikanisch-russischen Beziehungen und der europäischen Politik und Sicherheit.

<sup>24</sup> Vgl. Peter Baker et al., Israel and United Arab Emirates Strike Major Diplomatic Agreement, 13.8.2020, [www.nytimes.com/2020/08/13/us/politics/trump-israel-united-arab-emirates-uae.html](https://www.nytimes.com/2020/08/13/us/politics/trump-israel-united-arab-emirates-uae.html).

# WIE EWIG IST DER 12. SEPTEMBER?

## 9/11 und die Beziehungen zwischen den USA und Iran

*Katajun Amirpur · Ingrid Overbeck*

Der 11. September 2001 markiert einen Wendepunkt in den internationalen Beziehungen. Die Anschläge an diesem Tag, von der „New York Times“ seinerzeit als „der schlimmste und kühnste terroristische Angriff in der amerikanischen Geschichte“ bezeichnet,<sup>01</sup> sabotierten die Vorstellung von der Quasi-Uneinnehmbarkeit Amerikas und verletzten die Ehre einer Nation, die von Freund und Feind wegen ihrer wirtschaftlichen Stärke, politischen Stabilität, militärischen Macht und technologischen Vorherrschaft beneidet wurde.

Noch heute hängt im Sitz des US-Auslandsgeheimdienstes, der Central Intelligence Agency (CIA), ein Schild, auf dem es heißt: „Every day is September 12th.“<sup>02</sup> Die Denkweise, die diesem Spruch zugrunde liegt, prägte die US-amerikanische Innen- und Außenpolitik für viele Jahre – im Verhältnis zu Iran sogar bis heute. Dabei hätte es direkt nach den Anschlägen sogar die Gelegenheit gegeben, die gegenseitigen Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Doch diese blieb ungenutzt – mit Folgen bis in die Gegenwart.

### VON 9/11 ZUR „ACHSE DES BÖSEN“

Die Reaktionen in Iran auf die Anschläge überraschten viele BeobachterInnen: In Teheran kam es zu spontanen Mahnwachen bei Kerzenschein, die Menschen trauerten um die Toten in den USA. Die Bürgermeister von Teheran und Isfahan schickten Kondolenzbotschaften an die BürgerInnen in New York City, vor einem Fußballspiel wurde eine Schweigeminute für die Opfer abgehalten. Die iranische Regierung gab eine Erklärung ab, in der sie die Terroranschläge scharf verurteilte, und Staatspräsident Mohammad Chātami sprach „der amerikanischen Nation“ öffentlich sein „tiefstes Beileid“ aus.<sup>03</sup>

Bis zum 11. September hatten sich die Beziehungen zwischen den USA und Iran im Jahr 2001

hauptsächlich auf die „Sechs-plus-Zwei-Gespräche“ über Afghanistan beschränkt. Die „Sechs-plus-Zwei-Gruppe“ war ein informelles Forum, in dessen Rahmen sich die sechs an Afghanistan angrenzenden Nationen China, Iran, Pakistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan sowie die USA und Russland seit 1997 unter der Ägide der Vereinten Nationen um eine friedliche Lösung im Konflikt zwischen Taliban und Nordallianz bemühten. Das Gremium konzentrierte sich im Wesentlichen auf die Durchsetzung eines Waffenembargos gegen die Taliban, Initiativen zur Drogenbekämpfung und humanitäre Hilfsmaßnahmen.

Nach 9/11 erkannte US-Außenminister Colin Powell, der im Kabinett unter Präsident George W. Bush als gemäßigter Gegenspieler von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld galt, dass der Antiterrorkampf eine Gelegenheit bot, die internationale Zusammenarbeit gegen das islamistische Netzwerk al-Qaida<sup>04</sup> zu nutzen, um Amerikas strategische Beziehungen zu den regionalen Mächten des Nahen Ostens zu stärken. Diese Dynamik, so die Hoffnung, würde auch helfen, den israelisch-palästinensischen Konflikt zu lösen. Powell beauftragte seine MitarbeiterInnen, eine umfassende diplomatische Strategie zur Unterstützung des „Kriegs gegen den Terrorismus“ zu entwickeln. Als Antwort auf die anteilnehmenden Reaktionen Irans auf 9/11 sandte die US-Regierung über die diplomatische Vertretung der Schweiz in Teheran eine Botschaft, in der sie Iran für die Unterstützung dankte und um Informationen über Al-Qaida-Anführer Osama bin Laden und die Taliban bat.

Auch Präsident Chātami wollte die Gelegenheit nutzen, um der eigenen Außenpolitik gegenüber den USA und dem Westen eine versöhnlichere Orientierung zu geben. Teherans Positionen zu al-Qaida und den Taliban als ideologische Feinde boten einen Ansatz für gemeinsame Interessen mit Washington. Vor diesem

Hintergrund begann eine Phase der amerikanisch-iranischen Zusammenarbeit, die ein bemerkenswertes Ausmaß annahm. So schlug Iran den USA, wenn auch indirekt, eine umfangreiche politische, nachrichtendienstliche und logistische Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus vor. Als im Oktober 2001 erstmals US-amerikanische und verbündete Spezialkräfte im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“ nach Afghanistan entsandt wurden, bot Iran an, amerikanischen Transportflugzeugen den Start von Flugplätzen in Ost-Iran zu ermöglichen. Zudem sollte ein amerikanischer Frachter humanitäre Hilfsgüter in einem iranischen Hafen entladen dürfen.<sup>05</sup> Darüber hinaus half Iran den USA, das Taliban-Regime in Afghanistan zu stürzen, indem es ihren afghanischen paramilitärischen Partner, die gegen die Taliban kämpfende Nordallianz, unterstützte. Diese war vom ehemaligen afghanischen Verteidigungsminister Ahmad Schah Massoud gegründet worden und maßgeblich am Erfolg der US-geführten Intervention beteiligt.<sup>06</sup>

Iran nahm auch an der von den USA initiierten Bonner Konferenz zu Afghanistan teil und unterstützte die Bildung einer neuen afghanischen Regierung, die im Dezember 2001 antrat. Zudem spielte Iran eine entscheidende Rolle bei der Wahl Hamid Karzais zum afghanischen Präsidenten, indem Teheran seinen Einfluss sowohl auf die Hazara-Bevölkerung als auch auf die Bevölkerung in den nördlichen und westlichen Teilen Afghanistans ausspielte. Die schiitischen Hazara Afghanistans haben tiefe soziokulturelle Bindungen zu Iran und viele von ihnen sahen be-

reits während des afghanischen Bürgerkriegs in Teheran ein Gegengewicht zu den sunnitischen Taliban. Iran hatte dies genutzt und zu den zentralen und westlichen Teilen Afghanistans, in denen die Hazara und die persisch sprechenden Tadschiken leben, enge wirtschaftliche und Handelsbeziehungen aufgebaut.

Für Iran war der Sturz der Taliban-Regierung in Afghanistan auch aus eigenem Interesse eine durchaus positive Entwicklung. Fast wäre es einige Jahre zuvor mit den Taliban zum Krieg gekommen, weil diese iranische Diplomaten entführt hatten. Aber ihr Sturz führte auch zu einem neuen Sicherheitsdilemma. In der iranischen Wahrnehmung gelten die USA seit der Iranischen Revolution 1979 traditionell als Bedrohung und Feind. Und nach 9/11 setzten die USA nicht nur den *war on terror* in Gang, sondern riefen schon bald das Department of Homeland Security ins Leben, das mit der Aufgabe betraut wurde, die Sicherheit der US-Grenzen und der Nation deutlich zu erhöhen. Eine Reihe von Antiterrorgesetzen und Exekutivverordnungen wurde erlassen, zudem stimmte der Kongress der Entsendung von Truppen in mindestens 18 Länder zu. Seitdem ist Iran von US-Streitkräften umgeben, die in seinen Nachbarländern stationiert sind.

Die leichte Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und Iran wurde letztlich vor allem durch eine Rede des US-Präsidenten Bush zur Lage der Nation am 29. Januar 2002 sabotiert, in der er Iran, den Irak und Nordkorea als „Achse des Bösen“ und als größte Bedrohung des Weltfriedens bezeichnete. Die Rede war als Rechtfertigung für eine militärische Intervention der USA im Irak gedacht. Dass Iran mit den beiden anderen Ländern in einen Topf geworfen wurde, mutete jedoch willkürlich an. In Iran verstärkte die Brandmarkung als „Achse-des-Bösen-Land“ die Überzeugung, dass durch den Dialog mit den USA nichts gewonnen werden kann und die praktizierte Annäherung an die USA nicht gewürdigt wird. Chätamis Reformbewegung war nun klar in der Defensive. Die Folge war eine stetige Verschlechterung der Beziehungen.

Drei Jahre nach den 9/11-Attentaten räumte Bush ein, dass die CIA keine Verbindungen zwischen Iran und den Anschlägen von 9/11 gefunden hatte. Bei den 9/11-Attentätern handelte es sich um 19 Al-Qaida-Mitglieder aus Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, dem

**01** Serge Schmemmann, U.S. Attacked; President Vows to Exact Punishment for „Evil“, 12.9.2001.

**02** So beschrieben von Ben Rhodes, *The 9/11 Era Is Over*, 6.4.2020, [www.theatlantic.com/ideas/archive/2020/04/its-not-september-12-anymore/609502](http://www.theatlantic.com/ideas/archive/2020/04/its-not-september-12-anymore/609502).

**03** Iranian President Condemns September 11 Attacks, 12.11.2001, <https://edition.cnn.com/2001/WORLD/meast/11/12/khatami.interview.cnn/>.

**04** Der Name al-Qaida („die Basis“) wurde erstmals gegen Ende des Afghanistan-Krieges 1988 verwendet. Als Organisation in der Form, in der sie die Anschläge des 11. September 2001 in New York und Washington verübte, entstand al-Qaida erst Mitte der 1990er Jahre.

**05** Vgl. Kenneth M. Pollack, *The Persian Puzzle: The Conflict Between Iran and America*, New York 2004, S. 346.

**06** So beschrieben von Maysam Behraves, „What Does Iran Want in Afghanistan?“, 4.2.2019, [www.aljazeera.com/opinions/2019/2/4/what-does-iran-want-in-afghanistan](http://www.aljazeera.com/opinions/2019/2/4/what-does-iran-want-in-afghanistan).

Libanon und Ägypten. Aber als Vergeltung für die heimtückischen Anschläge wurde eine ganze Religion zum Ziel einer unerbittlichen Verleumdungskampagne; die „islamische Welt“ wurde als Ganzes verunglimpft. Die Art und Weise, wie die US-Regierung rhetorisch und mit Taten auf die Anschläge vom 11. September 2001 reagierte und wie dieses tragische Ereignis medial reflektiert wurde, hat einen Schub antimuslimischer Vorurteile in Gang gesetzt. Die heutige Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft entlang religiöser und „rassistischer“ Gräben ist nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen.

### ESKALATIONSSPIRALE

Am 3. Januar 2020 wurde der iranische General Qasem Soleimani durch eine amerikanische Drohne auf irakischem Boden gezielt getötet. Diese Eskalation war Teil eines Zyklus, der begann, nachdem US-Präsident Donald Trump im Mai 2018 das 2015 geschlossene internationale Atomabkommen mit Iran – offiziell „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPOA) – einseitig aufgekündigt und umfassende Sanktionen gegen die Islamische Republik verhängt hatte. In dem entsprechenden „National Security Presidential Memorandum“ hatte Trump unverzügliche Maßnahmen zur Wiederinkraftsetzung aller Iran-Sanktionen angeordnet, die im Rahmen des JCPOA ausgesetzt oder aufgehoben worden waren. Dies waren auch sogenannte Sekundär-sanktionen, die sich gegen nicht-amerikanische Firmen mit Iran-Geschäft richten und die nach europäischer Rechtsauffassung unzulässig sind.

Soleimani war eine Legende in Iran; in Umfragen zählte er zu den mit Abstand beliebtesten Persönlichkeiten. In den Augen der IranerInnen hatte er das Land davor bewahrt, vom sogenannten Islamischen Staat (IS) überrannt zu werden. Die Terrormiliz IS, die sich zu einer radikalen Auslegung des sunnitischen Islam bekennt, hat sich auf die Fahnen geschrieben, Schiiten zu bekämpfen, die ihnen als Ungläubige gelten – mit dem langfristigen Ziel, die Islamische Republik Iran zu zerstören. Soleimani kämpfte im Irak gegen den IS – im Übrigen in einer Koalition mit US-Streitkräften. Sein Tod wurde sehr betrauert, Millionen Menschen gingen in Iran auf die Straßen, um gegen seine Tötung zu demonstrieren.

Trotz der Zusammenarbeit mit ihm behauptete US-Vizepräsident Mike Pence, der getöte-

te Kommandeur der iranischen Quds-Truppe<sup>07</sup> habe den 9/11-Terroristen als „Verschwörer“ geholfen. In einer Reihe von Tweets nannte er Soleimani „einen bösen Mann, der für die Tötung Tausender Amerikaner verantwortlich war“. Ohne Beweise zu nennen, beharrte er unter anderem darauf, dass der General „bei der heimlichen Reise von 10 der 12 Terroristen, die die Terroranschläge von 9/11 in den Vereinigten Staaten verübten, nach Afghanistan geholfen“ habe,<sup>08</sup> obwohl schon im offiziellen Bericht der 9/11-Kommission festgestellt worden war, dass es „keine Beweise dafür gibt, dass Iran oder die Hisbollah von der Planung für den späteren Anschlag 9/11 wussten“.<sup>09</sup> Soleimani kommt in dem fast 600-seitigen Bericht gar nicht vor.

Es war nicht das erste Mal, dass die Trump-Administration und ihre UnterstützerInnen eine Verbindung zwischen al-Qaida und Iran kolportierten. Das Beharren darauf könnte entscheidend sein, um einen Krieg gegen Iran zu rechtfertigen. Ein Antiterrorgesetz aus dem Jahr 2001 erlaubt es dem US-Präsidenten, „alle notwendige und angemessene Gewalt gegen jene Nationen, Organisationen oder Personen einzusetzen, die die Terroranschläge an 9/11 geplant, autorisiert, begangen oder unterstützt haben oder (...) solche Personen beherbergen“.<sup>10</sup> Hierbei muss er nicht auf die Zustimmung des Kongresses warten.

Die IranerInnen zahlen einen hohen Preis für die antimuslimische Wut nach den Anschlägen von 9/11. Statt den eigenen Verbündeten Saudi-Arabien anzuklagen, woher Bin Laden und die Mehrzahl der 9/11-Attentäter sowie ihre finanziellen Unterstützer stammten, lenkte die US-Re-

**07** Die Quds-Einheit oder Qods-Brigaden (persisch *یورین* *یوردی*, *Niru-ye Qods*, auch *Qods-e Pasdaran* oder *Sepah-e Qods* genannt; der Name wird von der arabischen Bezeichnung für Jerusalem *al-Quds* abgeleitet) ist die Eliteeinheit der iranischen Revolutionsgarden (*Pasdaran*) für exterritoriale Operationen. Sie wurde Anfang der 1990er Jahre aufgestellt, um eine weltweite islamische Revolution zu führen. Die Quds-Einheit arbeitet mit anderen islamistischen Organisationen wie der Hisbollah oder Hamas zusammen und wird von den USA als Terrororganisation eingestuft.

**08** Mike Pence, 3. 1. 2020, [https://twitter.com/Mike\\_Pence/status/1213189757708189699](https://twitter.com/Mike_Pence/status/1213189757708189699).

**09** National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States, *The 9/11 Commission Report*, 22.7.2004, [www.9-11commission.gov/report/911Report.pdf](http://www.9-11commission.gov/report/911Report.pdf), S. 241.

**10** Joint Resolution to Authorize the Use of United States Armed Forces against Those Responsible for the Recent Attacks Launched against the United States, Public Law 107-40, 18.9.2001.

gierung das Augenmerk auf Iran und erklärte das Land zum weltweit führenden staatlichen Sponsor des Terrors. Auch fast zwei Jahrzehnte nach den Anschlägen von New York und Washington bezeichnete Trump Iran als „terroristische Nation Nummer 1“.<sup>11</sup> Zudem verhängte Trump 2017 ein Einreiseverbot für Staatsangehörige verschiedener muslimischer Länder, was IranerInnen besonders traf, da viele von ihnen Verwandte in den USA haben.

In den Jahren seit den Anschlägen vom 11. September 2001 haben viele IranerInnen Fragen über ihr Ansehen und die globale Wahrnehmung ihres Landes in der Welt gestellt: Was wäre, wenn 15 der 19 Attentäter von 9/11 nicht aus Saudi-Arabien gekommen, sondern Iraner gewesen wären? Was wäre, wenn die zwei Attentäter des Boston-Marathons 2013 nicht tschetschenischer, sondern iranischer Herkunft gewesen wären?

Die zurückliegenden Jahre waren für Iran beziehungsweise für die iranische Regierung unter Präsident Hassan Rohani besonders schwierig. Wenige Tage nach der Ermordung Soleimani kam es zu regierungskritischen Protesten und Unruhen in Teheran, weil die iranische Flugabwehr versehentlich eine ukrainische Verkehrsmaschine mit 176 Passagieren abgeschossen hatte. Zudem erreichte mit der Corona-Pandemie das 2020 weltweit dramatischste und einflussreichste „Ereignis“ die Region, und Iran gehört zu den am stärksten betroffenen Ländern im Nahen Osten. Schließlich folgten in der zweiten Jahreshälfte 2020 die Normalisierungsabkommen Israels mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain – die dazu beitragen sollen, Iran zu isolieren – sowie im November die Ermordung des Leiters des iranischen Atomprogramms, Mohsen Fakhri-zadeh. All dies geschah vor dem Hintergrund einer katastrophalen wirtschaftlichen Lage und einer tiefen politischen Polarisierung im Land selbst.

Doch weder diese Reihe schwerwiegender Ereignisse noch die Politik des „maximalen Drucks“ der USA haben Iran zu einer Änderung seiner Politik bewegt. Nachdem die USA aus dem Atomabkommen ausgestiegen sind, treibt Iran sein Atomprogramm weiter voran: Laut Internationaler Atomenergiebehörde (IAEA) besitzt

Iran bereits 2,4 Kilogramm angereichertes Uran, das fast waffentauglich sei.<sup>12</sup> Außerdem wurde eine neue Anreicherungsanlage tief unter der Erde gebaut, die die bei dem Sabotageangriff im Juli 2020 in Natans schwer beschädigten Zentrifugen ersetzen soll.

## NEUANFANG 2021?

Das Trauma der Amerikaner durch die Besetzung ihrer Botschaft 1979 in Teheran und dem aus dieser Aktion resultierenden Geiseldrama, das 444 Tage dauerte, belastet die iranisch-amerikanischen Beziehungen bis heute schwer. Nach wie vor schauen beide Seiten aus völlig unterschiedlichen Blickwinkeln auf das Ereignis – und bleiben in einem Teufelskreis aus gegenseitigen Verdächtigungen gefangen, der Annäherungen verhindert. 9/11 scheint das neue Trauma der USA zu sein.

Die umfassenden Sanktionen, die die USA nach ihrem Austritt aus dem Atomabkommen 2018 gegen die Islamische Republik verhängten, hatten eine schwere Rezession in Iran zur Folge und empfindliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der IranerInnen. Die neue US-Regierung unter Joe Biden hat die Sanktionen in ihren ersten Wochen im Amt nicht gelockert und nicht einmal iranische Gelder freigegeben, die auf Auslandskonten liegen, was immerhin als Geste des guten Willens hätte interpretiert werden können. Iran braucht diese Gelder dringend, etwa, um Impfstoff zu kaufen. So hat es die US-Administration geschafft, anti-amerikanische Ressentiments weiter zu schüren. Derweil ist unklar, ob und wann das Atomabkommen wiederbelebt werden kann. In Reaktion auf interne und externe Bedrohungsszenarien verschiebt sich die Macht in Iran immer weiter zu Gunsten ultrakonservativer Kräfte. Insbesondere die Revolutionsgarden sichern politisch und wirtschaftlich ihre Interessen und gewinnen an Schlagkraft.

Die Hauptbedeutung der Wahl von Joe Biden zum neuen US-Präsidenten liegt in den Augen des iranischen Regimes in der Tatsache, dass Teheran sich nicht mehr mit Donald Trump auseinandersetzen muss, der neben den strengen Sanktionen, die er gegen den Iran verhängte, in seinen militärischen Reaktionen unberechenbar zu sein

<sup>11</sup> Donald Trump im Interview mit dem britischen TV-Sender iTV, 4. 6. 2019, <https://factba.se/transcript/donald-trump-interview-piers-morgan-gmb-june-4-2019>.

<sup>12</sup> Vgl. Stephan Löwenstein, Iran hat 2,4 Kilogramm fast waffentaugliches Uran, 31.5.2021, [www.faz.net/-17367967.html](http://www.faz.net/-17367967.html).

schien. In den Neuverhandlungen zum Atomabkommen wird sich zeigen, ob es inhaltlich Unterschiede zwischen den Zielen der Administrationen von Trump und Biden gibt: Beide wollen Iran an der Entwicklung von Atomwaffen hindern, auch wenn ihre Mittel zu diesem Zweck unterschiedlich sein mögen. Wie Biden in seinen Erklärungen zur nationalen Sicherheit verdeutlicht hat, ist sein bevorzugter Weg die Diplomatie, wobei er bereit ist, zum JCPOA zurückzukehren, wenn Iran alle seine Verpflichtungen daraus erneuert. Diese Politik ruft in Israel und den Golfstaaten bereits Bedenken hervor. Iran geht seinerseits davon aus, dass die Biden-Administration tatsächlich Trumps Politik gegenüber Teheran umkehren und das JCPOA erneuern will.

Nachdem Hassan Rohani nach zwei Amtszeiten nicht mehr kandidieren konnte, wählte auch Iran am 18. Juni 2021 einen neuen Präsidenten. Das Regime, verkörpert durch den 12-köpfigen „Wächterrath“ und das Staatsoberhaupt, den Revolutionsführer Ali Chamenei, gab sich bei dieser Wahl nicht einmal mehr den Anschein von Legitimität und wollte auf jeden Fall den von ihm favorisierten ultrakonservativen Kandidaten, Ebrahim Raisi, ins Amt heben. Reformen und moderate Konservative wie Ali Larijani oder der bisherige Vizepräsident Eshagh Jahangiri wurden bereits im Vorfeld von der Kandidatur ausgeschlossen.

Nach seiner Wahl ist es allerdings wahrscheinlich, dass Raisi versuchen wird, ein breiteres Segment der Gesellschaft anzusprechen als nur die Kerntruppe seiner bisherigen AnhängerInnen. Außerdem dürfte mit einem Radikalen an der Macht mehr möglich sein als mit einem Moderaten. Wenn dieser ein Einsehen in bestimmte reformatorische Notwendigkeiten hat, wird er sie durchsetzen können, weil niemand seine Entscheidungen und Maßnahmen torpediert – anders als es die Radikalen mit den Moderaten getan haben. Denn die Kandidaten aus den Reihen der Revolutionsgarden stehen dem JCPOA und den Konditionen für eine Rückkehr kritisch gegenüber, müsste Iran sich doch wieder an strikte Beschränkungen für sein Atomprogramm halten. Vor allem lehnen sie die von den Europäern und den USA angestrebten Verhandlungen über Irans Rolle in der Region und sein Programm zum Bau ballistischer Raketen ab. Die letztendliche Entscheidung über eine Rückkehr zum

Abkommen wird indes vom Revolutionsführer gefällt, und dieser ist offenbar für eine solche Rückkehr. Doch werden die IranerInnen nicht zu Kreuze kriechen. Sie befinden sich in einer relativ starken Verhandlungsposition und fordern zum Beispiel, dass auch die Sanktionen gegen die Mitglieder der Revolutionsgarden aufgehoben werden.

„Jeder Tag ist der 12. September“ – wie lange soll das noch gelten? Die Beziehungen zwischen Iran und den USA hatten am Ende der Trump-Administration einen Tiefpunkt erreicht. Iran sah sich konfrontiert mit harten Sanktionen, der Tötung des Quds-Kommandeurs Qasem Soleimani, milliardenschweren Waffenverkäufen an die Golfstaaten und Normalisierungsabkommen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain. Das Jahr 2021 aber begann mit einem Wechsel der Administration in den USA, im Juni folgte der Präsidentenwechsel in Iran. Die Möglichkeit einer Rückkehr zum Atomabkommen und einer Überwindung alter Trauma-Spiralen liegt auf dem Tisch. Die Frage ist, ob sie genutzt wird und es gelingen kann, den Teufelskreis vergangener Traumata und gegenseitigen Misstrauens zu durchbrechen.

#### KATAJUN AMIRPUR

ist Professorin für Islamwissenschaft am Orientalischen Seminar der Universität zu Köln. Zuletzt erschien von ihr „Khomeini. Der Revolutionär des Islam“ (2021).

katajun.amirpur@uni-koeln.de

#### INGRID OVERBECK

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Orientalischen Seminar der Universität zu Köln.

ingrid.overbeck@uni-koeln.de

# AFGHANISTAN 2001 BIS 2021

## Zur Entwicklung der Taleban und al-Qaeda seit 9/11

*Thomas Ruttig*

Unter den Terroristen, die am 11. September 2001 vier gekaperte Flugzeuge in fliegende Bomben verwandelten, war kein einziger Afghane. Auch unter den unmittelbaren Helfern der Terroristen sowie den Ideengebern bei al-Qaeda<sup>01</sup> waren keine. Trotzdem wurde Afghanistan Hauptziel des US-geführten Gegenschlags. Was hatte das Land, in dem seit 1996 die Taleban herrschten, mit diesen Anschlägen zu tun? Was haben beide Gruppen gemein, und was trennt sie? Wie haben sich die Taleban entwickelt, die mit dem beschlossenen vollständigen Abzug der US-Truppen und ihrer Verbündeten nun vor der Wiederkehr an die Macht stehen?

### AL-QAEDA IN AFGHANISTAN

Die Führung der Gruppe al-Qaeda („die Basis“, manchmal auch *Tansim al-Qaeda al-Dschehad*: „Organisation Basis des Heiligen Krieges“) mit ihrem Gründer Osama ben Laden befand sich zum Zeitpunkt der Anschläge, für die sie die Urheberchaft reklamierte, in Afghanistan. Sie waren Gäste der afghanischen Taleban, bei denen die ehemaligen arabischen Verbündeten und Mit-Geldgeber im Kampf gegen die sowjetische Intervention (1979–1989) ein hohes Ansehen genossen. Mit ihren ersten terroristischen Anschlägen zogen sie allerdings den Unmut der Taleban-Führung auf sich. Diese versuchte – unzureichend, wie sich am 11. September 2001 herausstellte –, den Spielraum al-Qaedas einzuschränken.

Al-Qaeda war 1987 zur Unterstützung der gegen die sowjetische Besatzung kämpfenden Mudschahedin gegründet worden. Die Gruppe bestand aus arabischen Kämpfern, die als Freiwillige ihren afghanischen Brüdern im Geiste zur Hilfe geeilt waren und eine Art islamistische internationale Brigade gebildet hatten. Damals besaßen sie noch die Unterstützung des mit den USA verbündeten saudischen Königshauses, gegen das sie sich später wenden sollten.

Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen im Februar 1989 begannen die arabischen Kämpfer, den Dschihad auch in ihre Heimatländer zu tragen. Von Chartum aus, der Hauptstadt des damals von einem islamistischen Regime beherrschten Sudan, kritisierte Ben Laden nun die saudische Monarchie, weil sie US-Truppen ins Land der heiligsten Stätten des Islam gebeten hatte, und organisierte Angriffe auf die ausländischen Truppen. Durch politischen Druck aus Chartum vertrieben, siedelte er im Mai 1996 nach Afghanistan um. Die dortige Mudschahedin-Regierung unter dem damaligen Präsidenten Borhanuddin Rabbani schickte ihm ein Flugzeug und brachte ihn auf eine Farm nahe der ostafghanischen Provinzhauptstadt Dschalalabad, im Einflussgebiet Ben Ladens früheren Gastgebers, des inzwischen verstorbenen Führers der Islamischen Partei, Maulawi Junos Chales.<sup>02</sup>

Rabbani und sein Kriegsminister Ahmad Schah Massud dürften sich von Ben Laden neue Zuschüsse erhofft haben, um sich dem Ansturm der 1994 entstandenen Taleban-Bewegung zu erwehren, die angetreten war, den Fraktionskrieg zwischen verfeindeten Mudschahedin-Fraktionen zu beenden, von denen die Regierung nur eine war. Drei Monate nach seiner Ankunft standen die Taleban jedoch vor Dschalalabad, das am 11. September 1996 an sie fiel. Chales schloss sich ihnen mit seinen Kämpfern an. So wurde Ben Laden „Gast“ der Taleban.

Von Ostafghanistan aus rief Ben Laden im Februar 1998 zusammen mit den Anführern vier dschihadistischer Splittergruppen aus Ägypten, Pakistan und Bangladesch die „Islamische Weltfront für den Dschihad gegen Juden und Kreuzfahrer“ ins Leben – auch daran waren weder Taleban noch andere Afghanen beteiligt. Im August 1998 bekannte sich die Gruppe zu den Bombenanschlägen auf die US-Botschaften in Tansania und Kenia. US-Präsident Bill Clinton antwortete mit Cruise-Missile-Angriffen auf Al-Qaeda-Aus-

bildungslager in Afghanistan; Taliban-Chef Mullah Muhammad Omar beorderte Ben Laden in sein Hauptquartier nach Kandahar, in der Hoffnung, ihn besser kontrollieren zu können. Doch im Oktober 2000 fand die nächste spektakuläre Al-Qaeda-Operation statt: ein Angriff auf das im jemenitischen Hafen von Aden vor Anker liegende US-Kriegsschiff „USS Cole“. Das führte zu UN-Sanktionen gegen die Taliban als Gastgeber Ben Ladens.

Noch für das Frühjahr 2001 rechnete die norwegische Terrorismusforscherin Anne Stenersen al-Qaeda 80 bis 120 Kämpfer zu. Zusammen mit 400 Mittelasiaten und Pakistanis bildeten sie die sogenannte Brigade 055 (auch als Brigade 21 bekannt), die aufseiten der Taliban gegen die gegenrassistische sogenannte Nordallianz kämpfte, einen Zusammenschluss früherer Mudschahedin-Organisationen. Erst nach den Anschlägen vom 11. September und dem am 7. Oktober 2001 begonnenen US-Gegenangriff soll sich deren Zahl nach Medienberichten durch den Zuzug weiterer arabischer Freiwilliger auf 3000 erhöht haben – aber diese Zahl könnte auch zu hoch gegriffen sein.<sup>03</sup>

Die arabischen Kämpfer waren bei den Taliban wegen ihrer Überheblichkeit unbeliebt; man warf ihnen vor, sie blickten auf die Afghanen herab, weil diese nicht Arabisch, die Sprache des Koran, als Muttersprache sprachen. Die Taliban machten sich zudem über ihren Todesdrang, „die Sehnsucht nach dem Paradies“, lustig; sie selbst wollten im Diesseits die politische Macht. Dafür setzten sie die Brigade 055 als „Kanonenfutter“ an den umkämpftesten Fronten ein. Als die US-Luftwaffe 2001 die Fronten nördlich Kabuls bombardierte, tötete sie viele dieser Kämpfer, während die Taliban sich schon zurückgezogen hatten und als Organisation überlebten.<sup>04</sup>

**01** Um der afghanischen Aussprache von Personen- und Ortsnamen möglichst nahe zu kommen, wird in diesem Beitrag von der in vielen deutschen Medien gängigen Schreibweise abgewichen.

**02** In Afghanistan gab es zwei Mudschahedin-Parteien mit dem Namen Hesb-e Islami Afghanistan (Islamische Partei Afghanistans). Die bekanntere wird bis heute von Gulbuddin Hekmatjar geführt; die von Chales geführte Partei ist inzwischen zerfallen. Das zu den Taliban gehörende Haqqani-Netzwerk geht auf sie zurück.

**03** Vgl. Anne Stenersen, *Al-Qaida in Afghanistan*, Cambridge 2017, S. 144; Rory McCarthy/Helen Carter/Richard Norton-Taylor, *The Elite Force Who Are Ready to Die*, 27. 10. 2001, [www.theguardian.com/world/2001/oct/27/afghanistan.terrorism6](http://www.theguardian.com/world/2001/oct/27/afghanistan.terrorism6).

**04** Gespräche des Autors mit Taliban-Mitgliedern während seiner Tätigkeit bei der UN in Kabul 2000/01.

In der Schlacht von Tora Bora im Spinsar-Gebirge südlich von Dschalalabad im Dezember 2001 lieferte sich al-Qaeda seine letzte große Schlacht. Ben Laden und weitere Führungsmitglieder überquerten gegen hohe Bezahlung unter der Führung örtlicher Mudschahedin-Kämpfer – die die Amerikaner für ihre Verbündeten hielten – die Grenze nach Pakistan.<sup>05</sup> Dort wurde Ben Laden fast zehn Jahre später, am 2. Mai 2011, in Abbottabad während einer US-Kommandoaktion getötet. Seither ist al-Qaeda – jedenfalls in Afghanistan und Pakistan – nur noch eine Randerscheinung, von der unklar ist, ob sie unabhängig von den Taliban überhaupt noch handlungsfähig ist.

## KONTINUITÄT UND WANDEL BEI DEN TALEBAN

Inzwischen stehen Afghanistans Taliban kurz vor einer triumphalen Rückkehr an die Macht. Sie können sogar wählen, ob sie das auf militärischem oder dem Verhandlungsweg erreichen wollen. Der laufende Abzug der US-Truppen und die Uneinigkeit im Lager des afghanischen Präsidenten Muhammad Aschraf Ghani stärken ihre Ausgangsposition für beides. Eine künftige Regierung ohne die Taliban wird es kaum geben – bestenfalls in einer Art Koalition.

Auf dem Weg in diese Situation über die vergangenen 20 Jahre haben die Taliban, ihre Führung und Politik sich erkennbar entwickelt. Von einer international isolierten Bewegung mauseren sie sich zu einem diplomatisch anerkannten Verhandlungspartner. Diese Entwicklung kulminierte im Februar 2020 im Truppenabzugsabkommen mit den USA, in dem sich die Taliban verpflichteten, al-Qaeda keinen neuen Handlungsspielraum zu geben.<sup>06</sup>

Obwohl Taliban-Gründer Omar 2013 einer Krankheit erlag und viele Führer der ersten Generation ebenfalls gestorben sind oder im Kampf ge-

**05** Vgl. *Tora Bora Revisited: How We Failed to Get Bin Laden and Why It Matters Today. A Report to Members of the Committee on Foreign Relations, US Senate, Washington, D.C. 2009*, [www.govinfo.gov/content/pkg/CPRT-111SPRT53709/html/CPRT-111SPRT53709.htm](http://www.govinfo.gov/content/pkg/CPRT-111SPRT53709/html/CPRT-111SPRT53709.htm).

**06** Vgl. *Agreement for Bringing Peace to Afghanistan Between the Islamic Emirate of Afghanistan Which Is Not Recognized by the United States as a State and Is Known as the Taliban and the United States of America*, 29. 2. 2020, [www.state.gov/wp-content/uploads/2020/02/Agreement-For-Bringing-Peace-to-Afghanistan-02.29.20.pdf](http://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/02/Agreement-For-Bringing-Peace-to-Afghanistan-02.29.20.pdf).

tötet wurden, gibt es im Führungsrat der Taleban mehr Kontinuität als Wandel. Nach wie vor dominieren ältere Geistliche, Paschtunen aus der Großregion Kandahar im Landessüden, woher auch Omar stammte. Gleichzeitig rückten auf mittlerer und lokaler Führungsebene mehr Nicht-Paschtunen auf, vor allem Usbeken und Tadschiken. Damit will die Taleban-Führung die Bewegung auch in Minderheitsgebieten stärker verankern, wo sie präsenter sind als vor 2001. Zuweilen greift eine Art dynastisches Prinzip, wie auch in anderen politischen Bewegungen Afghanistans: Omars ältester Sohn, der angeblich erst 31-jährige Mullah Muhammad Jaqub, ist inzwischen der für militärische Angelegenheiten zuständige Taleban-Vizechef.

Bei den Taleban-Fußsoldaten gibt es wegen der hohen Kriegsverluste eine viel größere Fluktuation. Viele von ihnen sind sehr jung, kennen nichts als den Krieg und sind in eine inzwischen gefestigte und nun auch kurz vor dem Sieg stehende Struktur eingebunden, was sie stärker ideologisiert als ihre Vorgänger. Doch die – zudem religiös legitimierte – Autorität der Älteren ist weitgehend ungebrochen. Die Jüngeren haben wenig zu sagen. Hierin liegt ein Hoffnungs-schimmer: Die Alten können etwaige Verhandlungsabsprachen intern leichter durchsetzen.

Politisch halten die Taleban an ihrem Hauptziel, der Errichtung einer, wie sie es nennen, „inklusive islamischen Ordnung“ fest, die man als eine Art islamistischen Pluralismus bezeichnen könnte. Tendenziell säkulare politische Kräfte dürften sie kaum tolerieren. Auch die früheren Mudschahedin, die heute in Kabul ein wichtiger Machtfaktor sind, lehnen säkulare Kräfte ab.

Etwa in der Hälfte des Landes hat sich die Guerillabewegung längst zu einer Parallelregierung entwickelt. Dort, wo die Taleban bereits herrschen – dies sind vor allem die dünner besiedelten Landgebiete –, müssen sie Alltagsprobleme der Bevölkerung regeln und erweisen sich dabei zuweilen als flexibler als vor 2001. Offenbar haben die Taleban-Führer erkannt, dass sie auf Dauer nicht gegen die Bevölkerung regieren können. Im Gegenteil: Gelegentlich werden sie sogar von ihr beeinflusst. Die Taleban halten Schulen und Krankenhäuser am Laufen, manchmal auch Mädchenschulen, wenn auch meist nur bis zur 6. Klasse. Sie sammeln Spenden für kleinere Infrastrukturprojekte und registrieren Hilfsorganisationen, die in ihrem Gebiet aktiv werden wollen. Viele Afghanen ziehen die Taleban-Justiz den Ge-

richten der Regierung vor, die notorisch korrupt sind. Politische Freiheiten hingegen sucht man im Gebiet der Taleban vergeblich. Jedoch tolerieren sie örtliche Ältestenräte, über die die Bevölkerung Bittschriften einreichen kann und die als indirekte Verbindung zu Regierungsstrukturen dienen – denn die Regierung, die sich Einfluss in den Taleban-Gebieten erhalten will, finanziert die dortigen Schulen und Kliniken oft über Nichtregierungsorganisationen.<sup>07</sup>

Die Antwort auf die Frage, ob diese pragmatische Mäßigung dauerhaft ist und sich im Frieden womöglich beschleunigen wird oder wieder rückgängig gemacht wird, kann nur die politische Praxis nach einer Beendigung des Krieges durch Verhandlungen zeigen.

### AL-QAEDA IM US-TALEBAN-ABKOMMEN

Im Abkommen, das im Februar 2020 mit der US-Regierung unter Präsident Donald Trump in Katars Hauptstadt Doha geschlossen wurde, haben sich die Taleban verpflichtet, al-Qaeda (als einzige namentlich genannte) und anderen Terrorgruppen, „die die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten gefährden“, die klare Botschaft zu senden, dass sie „keinen Platz in Afghanistan“ haben und ihnen kein Unterschlupf gewährt wird („not to host them“). Zudem müssen die Taleban ihre Kämpfer „instruieren“, „nicht mit ihnen [den Terrorgruppen] zu kooperieren“ sowie Rekrutierung, Ausbildung und Fundraising zu verhindern. Allerdings wird ausländischen Kämpfern eine Hintertür für „Asyl oder Aufenthalt in Afghanistan in Übereinstimmung mit dem internationalen Migrationsrecht und den Verpflichtungen aus diesem Abkommen“ offen gehalten, wenn die Taleban garantieren, dass sie ebenfalls keine Gefahr für die Sicherheit der USA mehr darstellen – also offenbar die Waffen niederlegen und entsprechende Garantien abgeben. Das könnte auf den Wunsch der Taleban zurückgehen, diese Kämpfer nicht an ihre Herkunftsländer überstellen zu müssen, wo ihnen Haft, Folter oder sogar die Todesstrafe drohen könnte.

<sup>07</sup> Vgl. Kate Clark, One Land, Two Rules (11): Delivering Public Services in Insurgency-Affected Districts – a Synthesis Report, 6.5.2020, [www.afghanistan-analysts.org/en/reports/war-and-peace/one-land-two-rules-11-delivering-public-services-in-insurgency-affected-districts-a-synthesis-report](http://www.afghanistan-analysts.org/en/reports/war-and-peace/one-land-two-rules-11-delivering-public-services-in-insurgency-affected-districts-a-synthesis-report).

Allerdings enthält zumindest der veröffentlichte Teil des Abkommens (es soll zwei geheime Anhänge geben)<sup>08</sup> keinerlei Festlegungen, wie die Erfüllung dieser Zusicherungen überprüft werden soll. Bis nach der Amtsübernahme von US-Präsident Joe Biden gab es keine öffentliche Erklärung oder Instruktionen der Taleban bezüglich dieser Verpflichtungen an ihre Mitglieder. Die Trump-Administration verlangte aber auch keinerlei öffentliche Rechenschaft darüber. In einer am 13. Februar 2021 veröffentlichten Erklärung behaupteten die Taleban, dass seit Unterzeichnung des Abkommens keine Gruppe „vom Boden Afghanistans aus irgendwelche Schritte gegen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten“ unternommen hätte.<sup>09</sup> Die US-Regierung bezweifelte das öffentlich auch nicht. Der Vize-Chefunterhändler der Taleban, Scher Muhammad Abbas Stanakzai, hatte schon am 29. Januar 2021 erklärt, dass seine US-Counterparts in Doha „uns gegenüber keinerlei Problem erwähnt“ hätten – „und wir haben einen täglichen Kanal, über den sich unsere Militärleute mit ihren Militärleuten zusammensetzen und diskutieren, was in Afghanistan vor sich geht“.<sup>10</sup>

Gleichzeitig gab es in den vergangenen Monaten in afghanischen und westlichen Medien immer wieder Berichte über angebliche Al-Qaeda-Aktivitäten in Afghanistan und sogar über eine aktive Zusammenarbeit mit den Taleban.<sup>11</sup> Auch zwei angeblich im Oktober 2015 entdeckte und zerstörte Al-Qaeda-Trainingslager in der Provinz Kandahar, von denen eines angeblich „fast 30 Quadratmeilen“ groß gewesen sein soll und dessen Entstehung trotz US-Militärpräsenz im selben Distrikt niemand früher bemerkt haben will, wurden an-

scheinend nie Journalisten vorgeführt.<sup>12</sup> Die einzige Quelle solcher Berichte ist oft die afghanische Regierung, die Partei in diesem Krieg ist, der auch mit propagandistischen Mitteln geführt wird. Viele Berichte sind deshalb nur bedingt glaubwürdig und lassen sich in der Regel auch nicht unabhängig verifizieren. Ähnliches gilt sogar für UN-Berichte zu diesem Thema, die üblicherweise auf Informationen „aus Mitgliedstaaten“ zurückgehen, deren Quelle nicht näher angegeben wird; man kann aber davon ausgehen, dass es sich hierbei um Nachrichtendienste handelt, die sich in Afghanistan wegen stark zurückgegangener Zugangsmöglichkeiten inzwischen jedoch auch meist auf ihren afghanischen Partnerdienst verlassen müssen.<sup>13</sup> Genauso wenig glaubhaft sind allerdings Versicherungen der Taleban, etwa von Stanakzai im Januar 2020, der erklärte: „Derzeit gibt es keine Al-Qaeda-Präsenz in Afghanistan.“<sup>14</sup>

Die geringe Mannschaftsstärke von al-Qaeda und sogenannter assoziierter Gruppen in Afghanistan deutet darauf hin, dass sie militärisch kaum noch ins Gewicht fallen und für die Taleban strategisch unbedeutend sind. In einem UN-Bericht vom Februar 2021 wird die „Gesamtzahl der Mitglieder von al-Qaeda und ihren Unterorganisationen in Afghanistan (...) auf 200 bis 500“ geschätzt, einschließlich zweier assoziierter Gruppen.<sup>15</sup> Die Autoren fügen hinzu, dass die Taleban „diesen Gruppen verboten haben, unabhängige Operationen gegen [afghanische Regierungstruppen] zu starten“, was darauf hindeutet, dass sie nicht von al-Qaeda gegen die Absicht der Taleban instrumentalisiert werden können.

Das belegen auch die Todesumstände des Anführers der Überreste der von den Taleban weitgehend zerschlagenen Islamischen Bewegung Usbekistans, Asis Juldash, dessen Tod offizielle afghanische Stellen im November 2020 meldeten und einer Operation ihrer Truppen zu-

**08** Vgl. Secretary Michael R. Pompeo With Margaret Brennan of CBS Face the Nation, 1.3.2020, <https://2017-2021.state.gov/secretary-michael-r-pompeo-with-margaret-brennan-of-cbs-face-the-nation-3//index.html>.

**09** Statement of Islamic Emirate Regarding Current Political Situation and Allegations, 13.2.2021, <http://alemarahenglish.net/?p=42652>.

**10** Statement of Sher Muhammad Abbas Stanakzai, Moskau, 29.1.2021, [www.youtube.com/embed/XJk5SVUbhwr](http://www.youtube.com/embed/XJk5SVUbhwr) (Abruf am 16.3.2021).

**11** Vgl. Afghan Air Airstrikes in Helmand Kill 11 Al-Qaeda Members, 28.12.2020, [www.ariananews.af/afghan-air-airstrikes-in-helmand-kill-11-al-qaeda-members](http://www.ariananews.af/afghan-air-airstrikes-in-helmand-kill-11-al-qaeda-members); Zahra Rahimi, Al-Qaeda Members Killed in Taliban-Influenced Area in Farah: Zia, 5.11.2020, [www.tolonews.com/afghanistan-167561](http://www.tolonews.com/afghanistan-167561); Taliban, al Qaeda, Daesh Carry out Joint Attack on Security Checkpoint in Badakhshan: Official, 1TV Kabul online, 13.7.2020 (im Archiv des Autors).

**12** Vgl. Thomas Joscelyn/Bill Roggio, US Military Strikes Large al Qaeda Training Camps in Southern Afghanistan, 13.10.2015, [www.longwarjournal.org/archives/2015/10/us-military-strikes-large-al-qaeda-training-camps-in-southern-afghanistan.php](http://www.longwarjournal.org/archives/2015/10/us-military-strikes-large-al-qaeda-training-camps-in-southern-afghanistan.php).

**13** Vgl. z.B. Twenty-Seventh Report of the Analytical Support and Sanctions Monitoring Team Submitted Pursuant to Resolution 2368 (2017) Concerning ISIL (Da'esh), Al-Qaida and Associated Individuals and Entities, United Nations Document S/2021/68, 3.2.2021, S. 3, <https://undocs.org/Home/Mobile?FinalSymbol=s%2F2021%2F68>.

**14** Vgl. Stanakzai (Anm. 10).

**15** Vgl. Twenty-Seventh Report of the Analytical Support and Sanctions Monitoring Team (Anm. 13).

schrieben.<sup>16</sup> Nach Informationen unabhängiger afghanischer Analysten wurde Juldasch jedoch von Taleban getötet, als er sich deren Überwachung entziehen wollte. Auch hohe US-Militärs haben in den zurückliegenden zehn Jahren konsistent von 100 bis 200 Kämpfern des Al-Qaeda-Kerns in Afghanistan gesprochen.<sup>17</sup> Den Taleban dürfte nicht daran gelegen sein, ausländische Terrorgruppen in ihrem Einflussgebiet gewähren zu lassen und damit ihre von der internationalen Gemeinschaft letztlich akzeptierte nahe Rückkehr an die Macht zu gefährden.<sup>18</sup>

## SZENARIEN

Mit dem endgültigen und bedingungslosen Truppenabzug aus Afghanistan beginnt nach fast 20 Jahren das Endspiel der gescheiterten US-Intervention nach den Anschlägen des 11. September. Die Taleban, von den USA und ihren Verbündeten vergeblich militärisch bekämpft, stehen vor eine Rückkehr an die Macht. Die Tür dafür haben ihnen ironischerweise die USA durch ihr Separatabkommen (also ohne Beteiligung der international anerkannten afghanischen Regierung) geöffnet.

Der Abzug soll nach US-Vorstellungen spätestens am 20. Jahrestag der Anschläge abgeschlossen sein. Die USA schließen damit dieses Kapitel für sich und ihre Verbündeten. Afghanistan überlassen sie sich selbst oder, genauer gesagt, den bewaffneten Fraktionen, die bereits seit Jahrzehnten das Schicksal Afghanistans bestimmen, sowie Afghanistans ebenfalls hoch gerüsteter derzeitiger Regierung, die insgesamt über etwa 350 000 Soldaten, Polizisten und Angehörige oft halbkrimineller Milizen mit zweifelhafter Loyalität verfügt. Auch die Loyalität der Soldaten und Polizisten hängt von einer Fortsetzung amerikanischer und anderer Finanz- und Militärhilfe ab. Diese ist zugesagt, aber es ist unklar, wie lange der US-Kongress bereit sein wird, sie in der derzeitigen Höhe zu bewilligen.

Der Krieg ist allerdings nicht zu Ende, eine politische Regelung nicht in Sicht, und Afghanistan

befindet sich in einer tiefen Wirtschafts- und Armutskrise. Das Ziel, al-Qaeda zu zerschlagen, wurde im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet zwar weitgehend erreicht. Aber gleichzeitig hat sich die Gruppe über Unterorganisationen ausgebreitet sowie mit dem sogenannten Islamischen Staat eine noch radikalere Abspaltung hervorgebracht, deren Aktionsraum vom saharischen und subsaharischen Afrika über die Arabische Halbinsel und den Indischen Subkontinent bis nach Südostasien reicht – und Nachahmer in den weltweiten Diasporas hat.

Das Endspiel in Afghanistan bedeutet nicht das Ende des dortigen Konflikts. In einem neuen Kapitel werden lediglich die Karten, das heißt die Macht, neu verteilt. Die USA und der Westen werden darauf jedoch nicht mehr viel Einfluss haben. Allerdings ist auch eine Verhandlungslösung damit nicht vom Tisch. Die Taleban blockieren zwar US-inspirierte Pläne wie eine ursprünglich für Ende April 2021 in Istanbul geplante internationale Afghanistan-Konferenz und verzögern den im September 2020 begonnenen sogenannten intra-afghanischen Gesprächsprozess in Doha.<sup>19</sup> Generell schlossen sie aber Gespräche nicht aus. Gleichzeitig versuchen sie offenbar, in Direktkontakten mit verschiedenen afghanischen Akteuren einen eigenen Gesprächsprozess anzubahnen.<sup>20</sup> Damit geben sie zu verstehen, dass es einen Friedensschluss und eine Machtteilung nur noch zu ihren Bedingungen und nach ihrem Zeitplan geben wird. Eine militärische Machtübernahme durch die Taleban per Einmarsch in Kabul wirkt in diesem Szenario damit zumindest mittelfristig – bis die wie auch immer gearteten Gesprächskanäle ausgeschöpft sind – weniger wahrscheinlich. Auch der erhöhte militärische Druck seit Ende 2020 steht dazu nicht im Gegensatz, sondern passt ins Bild der „traditionellen“ Verhandlungsführung von einer Position der Stärke aus.

Ein militärischer Machtübernahmeversuch der Taleban könnte sie zudem sofort wieder international isolieren. Wenn sie aber das auch nach 20 Jah-

**16** Vgl. IMU Leader Killed in Afghan Forces Operation in Faryab: MoD, 12. 11. 2020, [www.tolonews.com/afghanistan-167708](http://www.tolonews.com/afghanistan-167708).

**17** Zusammenstellung von Craig Whitlock auf Twitter, 15. 9. 2020, <https://twitter.com/CraigMWhitlock/status/1305876451812671488>.

**18** Zur Frage der frühen analytischen Vermischung von Taleban und al-Qaeda: Alex Strick van Lischoten/Felix Kuehn, *An Enemy We Created. The Myth of the Taliban/al Qaeda Merger in Afghanistan, 1970–2010*, London 2012.

**19** „Intra-afghanisch“ bedeutet, im Anschluss an die US-Taleban-Verhandlungen nun zwischen afghanischer Regierung, Taleban und weiteren Fraktionen. Vgl. Thomas Ruttig, „Another Bonn-Style Conference“: A New Plan to „Fix“ the War and Enable US Troops to Leave, 7. 3. 2021, [www.afghanistan-analysts.org/en/reports/war-and-peace/another-bonn-style-conference-a-new-plan-to-fix-the-war-and-enable-us-troops-to-leave](http://www.afghanistan-analysts.org/en/reports/war-and-peace/another-bonn-style-conference-a-new-plan-to-fix-the-war-and-enable-us-troops-to-leave).

**20** Vgl. Sharif Amiry, Taliban Sends Letters to Afghan Leaders Calling for Direct Talks, 28. 4. 2021, [www.tolonews.com/afghanistan-171776](http://www.tolonews.com/afghanistan-171776).

ren westlichen Engagements immer noch extrem arme Land (mit-)regieren wollen, brauchen sie die externen Zuschüsse, von denen Afghanistan weiter abhängig ist.<sup>21</sup> Deshalb ließen sich die Taleban auch in ihrem Separatabkommen mit den USA zusichern, dass Washington sich nach der Bildung einer „neuen islamischen Regierung“ um weitere Unterstützung für das Land bemühen werde.

Eine Verhandlungsregelung zwischen bewaffneten, überwiegend islamistischen Gruppen – ohne große Einwirkungsmöglichkeiten des Westens über finanzielle Hebel hinaus – wird mit hoher Wahrscheinlichkeit trotzdem zu einem Abbau der zumindest ansatzweise existierenden Menschen- und Freiheitsrechte führen. Auch viele der in Kabul mitregierenden oder als Opposition zum politischen System gehörenden Fraktionen sind Islamisten. Sie unterscheiden sich ideolo-

gisch nicht sehr von den Taleban. Auch wenn einige dieser Fraktionen sich durch Selbstbewaffnung auf einen neuen Kampf mit den Taleban vorbereiten, könnten zumindest einige von ihnen zu den Aufständischen umschwenken, um sich mit an der Macht zu halten. Die jüngere Geschichte Afghanistans kennt Beispiele dafür, dass dies zu veränderten Koalitionen und schließlich einem Regimewechsel führen kann – wie etwa 1992, als Russlands Präsident Boris Jelzin die Wirtschafts- und Militärhilfe für den ursprünglich sowjetisch gestützten Präsidenten Mohammed Nadschibullah einstellte und dessen Armeeführer zu den Mudschahedin überliefen. Afghanische Geschichte könnte sich wiederholen – nun mit der anderen ehemaligen Supermacht in der Hauptrolle.

**THOMAS RUTTIG**

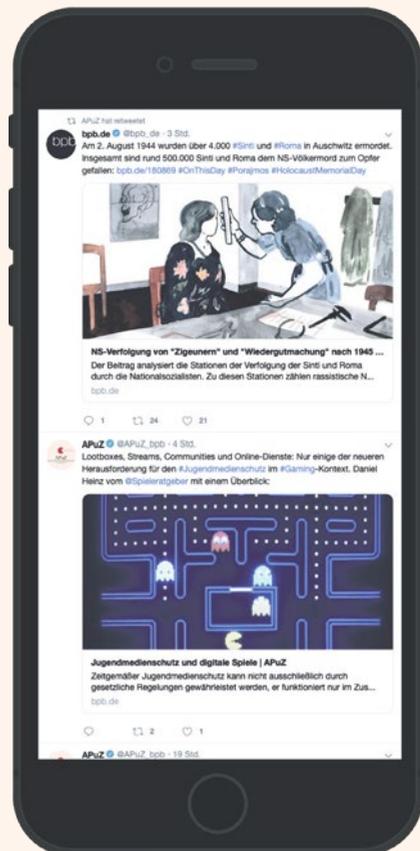
ist Afghanist und Mitbegründer sowie Kodirektor des Thinktanks Afghanistan Analysts Network Kabul/Berlin.

thomas@afghanistan-analysts.org

**21** Vgl. Thomas Ruttig, Geberkonferenz für Afghanistan. Weniger Hilfe trotz Corona, 24. 11. 2020, <https://taz.de/Geberkonferenz-fuer-Afghanistan/15727420>.

## Immer informiert.

Bestellen Sie unseren APuZ-Newsletter oder folgen Sie uns bei Twitter!



Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn  
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2. Juli 2021

#### REDAKTION

Anne-Sophie Friedel  
Julia Günther  
Sascha Kneip  
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)  
Anne Seibring  
Robin Siebert (Volontär)  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
twitter.com/APuZ\_bpb

APuZ  
Nächste Ausgabe

30–31/2021, 26. Juli 2021

KRANKENHAUS

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,  
Mörfelden-Walldorf

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung  
Das **Parlament** ausgeliefert.  
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.  
FAZIT Communication GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Alle Texte – bis auf den Beitrag von Max Bergmann/James Lamond – stehen unter CC-Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)